

VERGABEUNTERLAGEN

2026000671

Qualifizierungssystem Herstellung und Lieferung von
Sekundärtechnik- Schaltschränken für Kundenumspannwerke

Qualifizierungssystem (EU) (Sektorenverordnung)

Qualifizierungssystem (Korrektur)

AUFTRAGGEBER

Stromnetz Berlin GmbH

Eichenstraße 3a, 12435 Berlin, Deutschland

11.05.2026

Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen	1
Projektinformation	1
.....	3
Teilnahmebedingungen.....	3
Wichtiger Hinweis.....	3
Teilnahmebedingungen_PQ SSKUW	4
Übersicht Vergabeunterlagen PQ_SSKUW_260210	28
Mindest- Bewertungskriterien_MK_BK_PQ_SSKUW	29
SNB Musterbürgschaften	30
Muster Vorauszahlungsbürgschaft u. -garantie.pdf.....	30
Muster Gewährleistungsbürgschaft u. -garantie.pdf.....	34
Muster Vertragserfüllungsbürgschaft u. -garantie .pdf	38
Teilnahmeantrag	40
Bewerberbogen_MK_BK_SSKUW_260210.....	40
Formblatt_9_Verschwiegenheitserklärung	65
Formblatt 11 - FAQ_PQ_SSKUW	69
Formblatt_AGU_A.....	70
Formblatt_AGU_B.....	73
Vorabinformation zur Ausschreibung über das Qualifizierungssystem	75
Anlage 8 - Zusätzliche Bedingungen AGU Version 5.2 Stand 11-01-2024.....	75
Anlage 11 - Vertragsklausel_Besondere Vertragsbedingungen BerlAVG	107
Anlage 11.a - BVB Mindeststundenentgelt_Stand 05-24	109
Anlage 11.b - BVB_Frauenfoerderung.....	111
Anlage 11.c - BVB_Verhinderung-von-Benachteiligungen.....	115
Anlage 11.d - BVB_Kontrollrechte_Vertragsstrafen_Stand_Sept._2024	117
Eignungskriterien.....	123
Anlagen	126

VERFAHRENSINFORMATIONEN

11.05.2026

Qualifizierungssystem (Korrektur)

Verfahren: 2026000671 - Qualifizierungssystem Herstellung und Lieferung von Sekundärtechnik- Schaltschränken für Kundenumspannwerke

INFORMATIONEN ZUM QUALIFIZIERUNGSSYSTEM

Es ist beabsichtigt, zu einem Qualifizierungssystem aufzurufen. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

INFORMATIONEN

ALLGEMEIN

Auftragsnummer	2026000671
Maßnahme	U93 - Jens Kuhles
Maßnahme Nummer	
Auftragsbezeichnung	Qualifizierungssystem Herstellung und Lieferung von Sekundärtechnik- Schaltschränken für Kundenumspannwerke
Auftragsbeschreibung	<p>Die Stromnetz Berlin GmbH (im Nachfolgenden Auftraggeber) ist Verteilnetzbetreiber in Berlin. Als mittelbar landeseigenes Unternehmen ist die Stromnetz Berlin GmbH Eigentümer und Betreiber des Berliner Stromnetzes und somit verantwortlich für Anschlüsse, Betrieb, Erhalt, Nutzung und Ausbau des Netzes. Gegenstand des Qualifizierungssystem ist die Herstellung, Bemusterung und Lieferung von Sekundärtechnik-Schaltsschränken für Kundenumspannwerke im Auftrag der Stromnetz Berlin GmbH. Die Schaltschränke sind für den Einsatz im Kundenumspannwerk vorgesehen. Zwischen dem jeweiligen Kunden und der Stromnetz Berlin GmbH besteht ein Vertragsverhältnis zur Materialbeistellung und die Begleitung der Inbetriebnahme mit dem jeweiligen Kunden. Die Planung als auch die Integration der Schaltschränke erfolgt durch vom Kunden separat beauftragte Dritte. Zweck dieses Qualifizierungssystems ist die Auswahl qualifizierter und zuverlässiger Unternehmen für die kommende Vergaben. Die dafür benötigten Leistungsumfänge sind u.a. Folgende: • die Herstellung, Bemusterung und Lieferung von Sekundärtechnik-Schaltsschränken gemäß den technischen Ausführungsrichtlinien der Stromnetz Berlin GmbH, • die Ausführung gemäß den Typendefinitionen und Varianten der Schaltschränke (z.B. Schutzschränke, Systemtechnikschränke, Rangier- und Schnittstellenverteiler), • die Einhaltung der Vorgaben zur Dokumentation, Prüfprotokolle, Betriebsmitteldatenaufnahme und Bauartennachweise nach DIN EN IEC 61439-1/-2, • die Berücksichtigung der projektspezifischen Beistellungen durch den Auftraggeber sowie deren Integration in die Schrankausführung, • die termingerechte Lieferung und Übergabe der Schaltschränke an die jeweiligen Standorte, • die Durchführung von Werksprüfungen und die Sicherstellung der Qualität gemäß den Anforderungen Beistellungen des Auftraggebers: Vom Auftraggeber werden bestimmte Komponenten und Geräte für die jeweiligen Sekundärtechnik-Schaltsschränke Typen beigestellt (die detaillierte Auflistung der vom Auftraggeber beigestellten Geräte ist der jeweiligen Materialliste zu entnehmen). In einzelnen Projekten behält sich der Auftraggeber ausdrücklich vor, die vorgenannte Beistellungsstrategie anzupassen, sodass auftraggeberseitige Beistellungen entfallen können und ergänzend durch den Auftragnehmer zu erbringen sind, oder auftraggeberseitige Beistellungen erweitert werden und weitere Betriebsmittelgruppen durch den Auftraggeber beigestellt werden.</p>

VERFAHREN

Auftraggeber	Stromnetz Berlin GmbH
Weitere Auftraggeber	
Auftraggebertyp	Sektorenauftraggeber
Leistungsart	Lieferleistung
Vergabeart	Qualifizierungssystem (EU) (Sektorenverordnung)

VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Klassifizierungen	Code	Bezeichnung
	31200000-8	Elektrizitätsverteilungs- und -schalteinrichtungen
	31213400-6	Verteileranlage
	31214000-9	Schaltanlagen
	31224700-9	Anschlusskästen

TERMINE

BEKANNTMACHUNG

Bekanntmachung	04.03.2026
----------------	------------

ANTRÄGE UND BEWERTUNG

Laufzeit	Unbegrenzte Laufzeit
----------	----------------------

ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

BEWERBERFRAGEN

Bewerberfragen können bis zum Ende des Qualifizierungssystems eingehen. Bewerberfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden. Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: https://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off. Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

Hinweis: Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bewerberfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

Bei den hier aufgeführten Dokumenten handelt es sich um einen Auszug wesentlicher Unterlagen zum Qualifizierungssystem. Alle weiteren Ausschreibungssunterlagen, Vertragsunterlagen, technische Beschreibungen, Erläuterungen, etc. (siehe auch Übersicht Vergabeunterlagen_PQ_SSKU W) liegen den Vergabeunterlagen als Anlagen bei.

Qualifizierungssystem

**Herstellung und Lieferung von Sekundärtechnik-Schaltschränken
für die Kundenumspannwerke**

**Aufforderung zur Abgabe eines Teilnahmeantrags/
Verfahrens- und Teilnahmebedingungen zum Qualifizierungssystem
Stand: 16.02.2026**

1.	ALLGEMEINE INFORMATIONEN ZUM QUALIFIZIERUNGSSYSTEM	3
1.1	Angaben zum Auftraggeber und Qualifizierungssystem.....	3
1.2	Hinweise zur Erstellung des Teilnahmeantrages zum Qualifizierungssystem.....	4
1.3	Auftraggeber.....	4
1.4	Kontaktstelle, Kommunikation.....	5
1.5	Gegenstand und Zweck des Qualifizierungssystem.....	5
1.6	Erstattung von Aufwendungen.....	6
1.7	Verfahrenssprache	6
1.8	Vertraulichkeit und Verfahrensintegrität	6
1.9	Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten	7
1.10	Obliegenheiten, Rückfragen	8
1.11	Registrierung	8
1.12	Eigentums- und Nutzungsrechte, Schutzrechte	8
1.13	Rechtsschutz.....	9
2.	ABLAUF DES QUALIFIZIERUNGSSYSTEMS.....	9
2.1	Angaben zum Verfahrensablauf des Qualifizierungssystems.....	9
2.2	Ablehnung bzw. Aberkennung der Qualifizierung	10
2.3	Gültigkeitsdauer des Qualifizierungssystems.....	11
2.4	Wichtige Hinweise für spätere Angebots- und Verhandlungsphasen	11
3.	TEILNAHMEUNTERLAGEN ZUM QUALIFIZIERUNGSSYSTEM	13
3.1	Allgemeines.....	13
3.2	Schutz vertraulicher Informationen	14
4.	ALLGEMEINE ANFORDERUNGEN AN DEN TEILNAHMEANTRAG.....	14
4.1	Bestandteile des Teilnahmeantrags und Form.....	14
4.2	Übermittlung des Teilnahmeantrags	15
4.3	Teilnahmefrist.....	15
4.4	Format, Bezeichnung und Ordnung der Teilnahmeantragsunterlagen. Fehler! Textmarke nicht definiert.	
4.5	Eintragungen des Bewerbers und Änderungen hieran.....	16
4.6	Änderung der Teilnahmeunterlagen für das Qualifizierungssystem	16
4.7	Eigentumsübergang der Teilnahmeunterlagen, Nutzungsrecht.....	16
4.8	Kennzeichnung vertraulicher Informationen.....	16
5.	EIGNUNGSANFORDERUNGEN UND NACHWEIS DER EIGNUNG	17
5.1	Bewerberangaben/Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung	17

5.2	Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit	17
5.3	Technische und berufliche Leistungsfähigkeit.....	17
5.4	Eigenerklärung zur Eignung, zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen sowie zu Maßnahmen der Selbstreinigung, Vergabesperre	18
5.5	Eigenerklärung Verordnung (EU) 2022/576	19
5.6	Steuern, Krankenkassen- und Rentenversicherungsbeiträge sowie Beiträge an die Berufsgenossenschaft	20
5.7	Berufung auf die Leistungsfähigkeit und Fachkunde Dritter	20
5.8	Prüfung der Bewerber-Angaben	21
5.9	Musterbaustellenbesichtigung – Stichprobenprüfung der getätigten Angaben	Fehler! Textmarke nicht definiert.
5.10	Informationspflicht zugelassener Bewerber/Lieferanten.....	21
5.11	Qualifikationsnachverfolgung zugelassener Bewerber/Auftragnehmer	22
6.	BEWERBERGEMEINSCHAFTEN.....	24
6.1	Zulässigkeit	24
6.2	Einzureichende Formblätter und weitere Unterlagen	24
7.	BEGRENZUNG DER ANZAHL DER BEWERBER	24
7.1	Bewertungskriterien	24
1.	ALLGEMEINE INFORMATIONEN ZUM QUALIFIZIERUNGSSYSTEM	
1.1	Angaben zum Auftraggeber und Qualifizierungssystem	

Die Stromnetz Berlin GmbH (im Nachfolgenden Auftraggeber) ist Verteilnetzbetreiber in Berlin. Als mittelbar landeseigenes Unternehmen ist die Stromnetz Berlin GmbH Eigentümer und Betreiber des Berliner Stromnetzes und somit verantwortlich für Anschlüsse, Betrieb, Erhalt, Nutzung und Ausbau des Netzes. Weitere Informationen über die Stromnetz Berlin GmbH finden Sie unter: <https://www.stromnetz.berlin/>

Die Schaltschränke sind für den Einsatz im Kundenumspannwerk vorgesehen. Zwischen dem jeweiligen Kunden und der Stromnetz Berlin GmbH besteht ein Vertragsverhältnis zur Materialbeistellung und die Begleitung der Inbetriebnahme mit dem jeweiligen Kunden. Die Planung als auch die Integration der Schaltschränke erfolgt durch vom Kunden separat beauftragte Dritte.

Die Stromnetz Berlin GmbH als Sektorenauftraggeber beabsichtigt die Einführung eines Qualifizierungssystems. Dabei ersetzt die europaweite Bekanntmachung über das Bestehen dieses Qualifizierungssystems den Aufruf zur Teilnahme am Vergabeverfahren durch Veröffentlichung gemäß § 48 Abs. 9 SektVO.

Die Einrichtung des Qualifizierungssystems dient der von einem konkreten Vergabeverfahren unabhängigen Eignungsprüfung nach standardisierten Kriterien.

Auf diesem Weg kann der Sektorenauftraggeber die Eignungsprüfung vorziehen, um somit bei positiv festgestellter Eignung in den darauffolgenden Vergabeverfahren auf die nochmalige Eignungsprüfung verzichten zu können und die Vergabeverfahren allein mit den qualifizierten Unternehmen / Unternehmensgemeinschaften (im Nachfolgenden Bewerber bzw. Auftragnehmer) im Wege eines nicht offenen Verfahrens oder eines Verhandlungsverfahrens durchführen zu können (Vergl. § 48 Abs. 9 SektVO).

Bewerber deren Eignung geprüft und festgestellt wird, werden bei der Stromnetz Berlin GmbH in einem entsprechenden Verzeichnis geführt (Vergl. § 48 Abs. 8 SektVO). Das Verzeichnis hat jedoch nur eine deklaratorische Wirkung.

Es bleibt der Stromnetz Berlin GmbH unbenommen, Bewerber im Zuge der Durchführung bzw. während der Geltungsdauer der Qualifizierung jederzeit im Hinblick auf das Vorhandensein bzw. das Fortbestehen der im Qualifizierungsverfahren bewerteten Eignungskriterien bzw. von Ausschlussgründen gemäß §§ 123 oder 124, 142 GWB zu überprüfen.

Zudem bleibt es der Stromnetz Berlin GmbH unbenommen, einzelne Beschaffungsbedarfe auch ohne Zugriff auf das Qualifizierungssystem zu decken.

Kosten, die den Bewerbern im Rahmen des Qualifizierungsverfahrens entstehen, werden nicht entschädigt.

1.2 Hinweise zur Erstellung des Teilnahmeantrages zum Qualifizierungssystem

Die gegenständlichen Teilnahmebedingungen enthalten alle erforderlichen Informationen für die Einreichung des Antrages zur Aufnahme in das Qualifizierungssystem (im Folgenden Teilnahmeantrag).

Auf Grundlage der Teilnahmebedingungen und der weiteren Vergabeunterlagen für das Qualifizierungssystem werden alle Interessenten zur Abgabe eines Teilnahmeantrags aufgefordert.

Die vorliegenden Teilnahmebedingungen einschließlich der Anlagen können durch den Auftraggeber im Verfahrensverlauf durch schriftliche Information an die Bewerber ergänzt, konkretisiert und – soweit zulässig - geändert werden.

1.3 Auftraggeber

Auftraggeber und Vergabestelle der über das Qualifizierungssystem abzuwickelnden Beschaffungsvorhaben ist:

Stromnetz Berlin GmbH
Eichenstr. 3a
12435 Berlin

1.4 **Kontaktstelle, Kommunikation**

Folgende Stelle ist für das Vergabeverfahren als alleinige Kontaktstelle zuständig:

Stromnetz Berlin GmbH
Einkauf UW & NK PRE-N
Eichenstr. 3a
12435 Berlin

Die Kommunikation der interessierten Bewerber mit dem Auftraggeber findet über das Nachrichtenmodul (Bieterkommunikation) der Vergabepattform „Deutsche e-Vergabe“ (<https://www.deutsche-evergabe.de/>) mittels Bieteraccount statt. Die Verfahrensteilnehmer erklären sich mit der Angabe von Kontaktdaten damit einverstanden, vom Auftraggeber mithilfe dieser Kommunikationsmittel kontaktiert werden zu dürfen, sofern die Kontaktaufnahme nach SektVO zulässig ist.

1.5 **Gegenstand und Zweck des Qualifizierungssystem**

Gegenstand des Qualifizierungssystem ist die Herstellung, Bemusterung und Lieferung von Sekundärtechnik-Schaltschränken für Kundenumspannwerke im Auftrag der Stromnetz Berlin GmbH.

Zweck dieses Qualifizierungssystems ist die Auswahl qualifizierter und zuverlässiger Unternehmen für die kommenden Vergabe.

Die dafür benötigten Leistungsumfänge sind u.a. Folgende:

- die Herstellung, Bemusterung und Lieferung von Sekundärtechnik-Schaltschränken gemäß den technischen Ausführungsrichtlinien der Stromnetz Berlin GmbH,
- die Ausführung gemäß den Typendefinitionen und Varianten der Schaltschränke (z. B. Schutzschränke, Systemtechnikschränke, Rangier- und Schnittstellenverteiler),
- die Einhaltung der Vorgaben zur Dokumentation, Prüfprotokolle, Betriebsmitteldatenaufnahme und Bauartennachweise nach DIN EN IEC 61439-1/-2,
- die Berücksichtigung der projektspezifischen Beistellungen durch den Auftraggeber sowie deren Integration in die Schrankausführung,
- die termingerechte Lieferung und Übergabe der Schaltschränke an die jeweiligen Standorte,
- die Durchführung von Werksprüfungen und die Sicherstellung der Qualität gemäß den Anforderungen

Beistellungen des Auftraggebers:

Vom Auftraggeber werden bestimmte Komponenten und Geräte für die jeweiligen Sekundärtechnik-Schaltschränke Typen beigestellt (die detaillierte Auflistung der vom Auftraggeber beigestellten Geräte ist der jeweiligen Materialliste zu entnehmen).

In einzelnen Projekten behält sich der Auftraggeber ausdrücklich vor, die vorgenannte

Beistellungsstrategie anzupassen, sodass auftraggeberseitige Beistellungen entfallen können und ergänzend durch den Auftragnehmer zu erbringen sind, oder auftraggeberseitige Beistellungen erweitert werden und weitere Betriebsmittelgruppen durch den Auftraggeber beigestellt werden.

Örtlichkeiten und sonstige Rahmenbedingungen:

Die geplanten Leistungserbringungen erfolgen grundsätzlich im Land Berlin bzw. ggf. im näheren Umkreis.

Sonstiges:

Der Auftraggeber muss wegen der grundlegenden Bedeutung der vom Bewerber bzw. Auftragnehmer zu erbringenden komplexen und risikoreichen Leistungen wegen des besonderen Schadenspotentials von Leistungsstörungen im Bereich des Auftraggebers, insbesondere wegen der erheblichen Gefährdung seiner Vermögensinteressen sowie der Gefährdung des öffentlichen Interesses an einer hinreichenden Stromversorgung, im besonderen Maße auf die Loyalität, Leistungsfähigkeit und Leistungsbereitschaft des Auftragnehmers vertrauen.

Details zu den einzelnen Projekten ergeben sich aus den projektspezifischen Ausschreibungsunterlagen, die mit der jeweiligen Aufforderung zur Angebotsabgabe den ausgewählten und qualifizierten Bewerbern zur Verfügung gestellt werden.

Die projektspezifischen Ausschreibungen erfolgen auf Grundlage und unter Berücksichtigung der technischen Mindestkriterien des Auftraggebers. Hierbei sind insbesondere die Technischen Beschreibungen (TB), Betriebsanweisungen (BA) und Verfahrensanweisungen (VA) zu den einzelnen Betriebsmittelgruppen des Auftraggebers zwingend zu beachten. Die Anlagen, Komponenten, Bauteile, etc. sowie Dienstleistungen müssen TB/BA/VA-konform angeboten und ausgeführt werden. Die Netzkonformität sowie gesetzliche Regelungen sind sicherzustellen.

1.6 Erstattung von Aufwendungen

Dem Bewerber/Bieter werden für Aufwendungen im gesamten Vergabeverfahren keine Kosten erstattet.

1.7 Verfahrenssprache

Verfahrenssprache ist deutsch. Die gesamte Kommunikation mit dem Auftraggeber, einschließlich des Schriftverkehrs, ist in deutscher Sprache zu führen. Alle einzureichenden Unterlagen sind in deutscher Sprache vorzulegen. Für Unterlagen, Angaben und Nachweise, die nicht in deutscher Sprache gefasst sind, sind neben dem Original beglaubigte Übersetzungen beizufügen.

1.8 Vertraulichkeit und Verfahrensintegrität

Jedes Unternehmen, das als Bewerber, Mitglied einer Bewerbergemeinschaft oder eignungsverleihendes Unternehmen am Qualifizierungssystem sowie daraus resultierenden zukünftigen Vergabeverfahren teilnehmen möchte, hat eine **Vertraulichkeitserklärung (Formblatt 9)** abzugeben. Der Unterzeichner hat zu gewährleisten, dass die Anforderungen an die Vertraulichkeit durch alle beteiligten

Unterauftragnehmer, Berater und anderer an der Angebotserstellung und gegebenenfalls der folgenden Leistungserbringung beteiligten Unternehmen gewahrt werden.

Zur Gewährleistung eines wettbewerblichen Verfahrens hat jeder Bewerber sicherzustellen, dass der Inhalt seines Teilnahmeantrags sowie jegliche Informationen über den Inhalt und Verlauf des weiteren Verfahrens Dritten nicht zur Verfügung gestellt werden. Dies gilt grundsätzlich auch für alle mit dem Bewerber (bzw. bei einer Bewerbergemeinschaft: allen Mitgliedern der Bewerbergemeinschaft) i.S.d. §§ 15ff. AktG verbundenen Unternehmen; Konzernunternehmen haben geeignete organisatorische Maßnahmen zu ergreifen und dies ggf. nachzuweisen. Ausgenommen vom Verbot der Weitergabe von anbotsrelevanten und sonstigen verfahrensrelevanten Informationen sind: im Teilnahmeantrag oder Angebotsverfahren benannte verleihende Unternehmen, potentielle Unterauftragnehmer sowie sonstige Unternehmen und Berater, die entsprechend zur Verschwiegenheit zu verpflichten sind.

Es wird darauf hingewiesen, dass Vereinbarungen zwischen Unternehmen, Beschlüsse von Unternehmensvereinigungen und aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken, verboten sind. Dieses Verhalten kann zum Ausschluss vom Qualifizierungssystem bzw. Vergabeverfahren führen.

Die Bewerber und späteren Bieter haben ferner zu beachten, dass der Geheimwettbewerb nicht beeinträchtigt wird (z. B. durch eine unzulässige Mehrfachbeteiligung). Eine Mehrfachbeteiligung liegt etwa vor bei

- der parallelen Beteiligung eines Unternehmens als einzelner Bewerber/Bieter und als Mitglied einer Bewerber- oder Bietergemeinschaft,
- bei der Beteiligung mehrerer im Konzernverbund stehenden Unternehmen oder
- der Beteiligung eines Unternehmens als einzelner Bewerber/Bieter oder als Mitglied einer Bewerber- oder Bietergemeinschaft und der gleichzeitigen Einbindung dieses Unternehmens als Unterauftragnehmer für einen oder mehrere andere Bewerber/Bieter oder Bewerber/Bietergemeinschaften.

Ist dem Bewerber/Bieter eine Mehrfachbeteiligung bekannt, muss er den Auftraggeber darauf hinweisen und ist verpflichtet, dem späteren Angebot eine Erläuterung beizufügen, wie die mögliche Verletzung des Geheimwettbewerbs durch geeignete Maßnahmen vermieden wird. Bei Zweifeln an der Einhaltung des Geheimwettbewerbs hat der Auftraggeber das Recht, von den Bewerbern einen Nachweis zu verlangen, dass der Geheimwettbewerb gewahrt worden ist.

1.9 Speicherung und Verarbeitung personenbezogener Daten

Die im Rahmen des Vergabeverfahrens empfangenen personenbezogenen Daten werden von der Stromnetz Berlin GmbH gemäß den gesetzlichen Vorgaben, insbesondere der Datenschutzgrundverordnung und des Bundesdatenschutzgesetzes verarbeitet. Weitere Informationen finden Sie unter folgendem Link: <https://www.stromnetz.berlin/datenschutz>

1.10 Obliegenheiten, Rückfragen

Die interessierten Unternehmen sind verpflichtet, die Vergabeunterlagen zu prüfen. Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung eines interessierten Unternehmens, Widersprüche oder Fehler oder sind die Vergabeunterlagen nach Auffassung eines interessierten Unternehmens unvollständig, hat er den Auftraggeber unverzüglich und vor Einreichung seines Teilnahmeantrags mittels Nachricht über das Nachrichtenmodul (Bieterkommunikation) der Vergabeplattform „Deutsche e-Vergabe“ (<https://www.deutsche-evergabe.de/>) darauf hinzuweisen.

Etwaige Rückfragen zum Qualifizierungssystem sind ebenfalls über das Nachrichtenmodul (Bieterkommunikation) der vorgenannten Vergabeplattform an die Kontaktstelle zu richten.

Eine mündliche bzw. fernmündliche Kontaktaufnahme durch ein interessiertes Unternehmen außerhalb der o. g. Vergabeplattform ist nicht zulässig und wird nicht beantwortet.

Interessierte Unternehmen sind verpflichtet, sich über den in der Auftragsbekanntmachung genannten Link zum Abruf der Vergabeunterlagen regelmäßig über neu beantwortete Bewerberfragen sowie Mitteilungen des Auftraggebers zu informieren. Diese Pflicht gilt bis zum Abschluss des Vergabeverfahrens bzw. Ablauf des Qualifizierungssystems.

1.11 Registrierung

Für den Zugang zur Auftragsbekanntmachung und zu den Vergabeunterlagen ist keine Registrierung erforderlich.

Der Auftraggeber macht aber von dem Recht Gebrauch und verpflichtet interessierte Unternehmen nach dem Abruf der Auftragsbekanntmachung und der Vergabeunterlagen, sich auf <https://www.deutsche-evergabe.de/> mit der Angabe der Unternehmensbezeichnung sowie einer elektronischen Adresse zu registrieren. Über Änderungen oder Ergänzungen dieser Angaben ist der Auftraggeber unverzüglich zu informieren.

1.12 Eigentums- und Nutzungsrechte, Schutzrechte

Die im Rahmen des Qualifizierungssystems von den Bewerbern vorgelegten Unterlagen, Erklärungen etc. gehen in das Eigentum des Auftraggebers über. Der Bewerber räumt dem Auftraggeber die für die Durchführung des Verfahrens erforderlichen Nutzungsrechte ein. Dies umfasst die Nutzung, insbesondere die Vervielfältigung und Verbreitung der Unterlagen, Erklärungen etc. im Rahmen der Durchführung des Verfahrens.

Der Bewerber stellt sicher, dass ihm keine Umstände bekannt sind, die es erschweren oder unzulässig machen, die zur Erfüllung des Vertrages notwendigen Gegenstände und Verfahren herzustellen, zu verkaufen oder zu nutzen. Er stellt weiterhin sicher, dass keine Ansprüche wegen Verletzung von Schutzrechten gegen ihn geltend gemacht worden sind, die der Erfüllung des Vertrages entgegenstehen.

1.13 Rechtsschutz

Rügen wegen erkannter Verstöße gegen Vergabevorschriften sind innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gegenüber dem Auftraggeber zu erheben (vgl. § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 GWB). Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, müssen bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (vgl. § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 GWB). Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden (vgl. § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 3 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers vergangen sind, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen (vgl. § 160 Abs. 3 Satz 1 Nr. 4 GWB).

Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren:

Vergabekammer des Landes Berlin
Martin-Luther-Straße 105
10825 Berlin

2. ABLAUF DES QUALIFIZIERUNGSSYSTEMS

2.1 Angaben zum Verfahrensablauf des Qualifizierungssystems

Jede/s interessierte Unternehmen / Unternehmensgemeinschaft kann jederzeit einen Antrag auf Aufnahme in das Qualifizierungssystem stellen.

Der Antrag auf Aufnahme läuft wie folgt ab:

(a) Erstellung und Einreichung des Teilnahmeantrags

Interessierte Unternehmen werden gebeten, auf der Grundlage der ihnen zur Verfügung gestellten Vergabeunterlagen für das Qualifizierungssystem einen Teilnahmeantrag mit den von der Vergabestelle zur Verfügung gestellten Formblättern zu erarbeiten und diesen formgerecht auf der Vergabeplattform einzureichen.

(b) Durchführung der Eignungsprüfung

Die Eignungsprüfung erfolgt in einem zweistufigen Verfahren:

(i) Formale Prüfung der Teilnahmeanträge

Der Auftraggeber prüft die vorliegenden Teilnahmeanträge zunächst auf die Einhaltung der in diesen Teilnahmebedingungen festgelegten formalen Anforderungen. Dabei wird die Vollständigkeit und Richtigkeit der Teilnahmeanträge verifiziert.

Der Auftraggeber behält sich vor, fehlende, fehlerhafte oder unvollständige Unterlagen von den Bewerbern in angemessener Frist nachzufordern oder korrigieren zu lassen, soweit eine Gleichbehandlung der Bewerber gewahrt bleibt. Zur Nachforderung von Unterlagen ist der Auftraggeber nicht verpflichtet; ein Anspruch der Bewerber besteht nicht.

(ii) Inhaltliche Prüfung der Teilnahmeanträge

Nach der formalen Prüfung der Teilnahmeanträge prüft der Auftraggeber die Eignung der Bewerber für die zu vergebenden Leistungen und das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen. Der Auftraggeber bewertet auf Grundlage der vorgelegten Eignungsnachweise und entlang der aufgestellten Eignungskriterien, ob der Bewerber voraussichtlich fähig ist, die zu vergebenden Leistungen vertragsgemäß zu erbringen. Teilnahmeanträge, die die inhaltlichen Mindestanforderungen nicht erfüllen, werden ausgeschlossen.

(c) Qualifizierungsentscheidung

Der Auftraggeber teilt seine Entscheidung hinsichtlich der Qualifizierung den Antragstellern innerhalb von sechs Monaten nach Eingang der Beantragung zur Aufnahme in das Qualifizierungssystem mit. Erst mit Vorliegen eines vollständigen und damit prüffähigen Antrags auf Aufnahme in das Qualifizierungssystem beginnt die Frist von sechs Monaten.

Kann eine Entscheidung nicht innerhalb von vier Monaten getroffen werden, so teilt die Auftraggeberin innerhalb von zwei Monaten nach Eingang des Antrags dies sowie den voraussichtlichen Entscheidungszeitpunkt dem Unternehmen / der Unternehmensgemeinschaft mit (Vergl. § 48 Abs. 11 SektVO).

Bei erfolgreicher Qualifizierung wird der Antragsteller in einem Verzeichnis der qualifizierten Unternehmen / Unternehmensgemeinschaften aufgenommen und hierüber informiert.

2.2 Ablehnung bzw. Aberkennung der Qualifizierung

Sind eingereichte Anträge auf Aufnahme in das Qualifizierungssystem unvollständig oder nicht plausibel oder sind Ergänzungen bzw. Klarstellungen zu eingereichten Unterlagen notwendig, werden die entsprechenden Unterlagen bzw. Erklärungen nachgefordert und sind vom Antragsteller innerhalb der durch den Auftraggeber hierfür gesetzten Frist nachzureichen.

Nach fruchtlosem Verstreichen der Frist wird auf der Grundlage der vorliegenden Unterlagen über den Antrag auf Aufnahme in das Qualifizierungssystem entschieden. Verspätet eingereichte Unterlagen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Bei Ablehnung des Antrages auf Aufnahme in das Qualifizierungssystem wird das Unternehmen / die Unternehmensgemeinschaft innerhalb von 15 Kalendertagen nach

der Entscheidung unter Angaben der Gründe für die Ablehnung in Textform benachrichtigt (Vergl. § 48 Abs. 12 SektVO).

Kommt der Auftraggeber zu dem Ergebnis, dass die Eignung eines qualifizierten Unternehmens nachträglich entfallen ist, führt sie ein Aberkennungsverfahren gemäß § 48 Abs. 12 S. 3 SektVO durch.

Die Stromnetz Berlin GmbH teilt dem / der qualifizierten Unternehmen / Unternehmensgemeinschaft die konkreten Gründe, die zur Aberkennung der Qualifizierung führen, in Textform gemäß § 126b BGB mindestens 15 Kalendertage vor dem für das Wirksamwerden der Aberkennung vorgesehenen Zeitpunkt mit und räumt auf diese Weise dem Unternehmen / der Unternehmensgemeinschaft die Möglichkeit der Stellungnahme ein (Vergl. § 48 Abs. 12 S. 4 SektVO).

2.3 Gültigkeitsdauer des Qualifizierungssystems

Die Laufzeit des Qualifizierungssystems beginnt ab dem Tag der Veröffentlichung und ist unbegrenzt. Das Datum der Veröffentlichung ist aus dem Formular der Bekanntmachung zu entnehmen.

Eine nachträgliche Abänderung der Laufzeit des Qualifizierungssystems ist zulässig, bedarf jedoch gemäß § 37 Abs. 3 S. 1 SektVO einer eigenen Bekanntmachung.

Interessierte Unternehmen / Unternehmensgemeinschaften können jederzeit einen Antrag auf Aufnahme in das Qualifizierungssystem stellen.

Ein/e aufgrund mangelnder Qualifizierung abgelehnte/s Unternehmen / Unternehmensgemeinschaft kann erst nach Ablauf von 3 Monaten erneut einen Antrag auf Aufnahme in das Qualifizierungssystem stellen.

Ein Unternehmen / Unternehmensgemeinschaften, welche/s in die dritte Stufe der Abweichung vom Qualitätsstandard (siehe Kapitel 5.11) eingestuft wurde, kann sich erst nach Ablauf von 2 Jahren des Verlustes der Zulassung erneut bewerben.

2.4 Wichtige Hinweise für spätere Angebots- und Verhandlungsphasen

Der Auftraggeber weist auf folgende Aspekte des Qualifizierungssystems hin, zu deren Einhaltung sich die Bewerber/Bieter in den zukünftigen Vergabeverfahren u.a. mit der Abgabe des Angebots einverstanden erklären müssen.

Es wird daher zugunsten einer erfolversprechenden Beteiligung und einer effizienten Durchführung dieses Qualifizierungssystems darum gebeten, die Erfüllung dieser Aspekte bereits bei der Prüfung, ob sich ein interessiertes Unternehmen mit einem Teilnahmeantrag an diesem Qualifizierungssystem und den darauf basierenden Vergabeverfahren beteiligt, zu berücksichtigen.

(a) Verhaltenskodex

Der Auftraggeber beabsichtigt in dem abzuschließenden Vertrag zu regeln, dass der künftige Auftragnehmer den Stromnetz Berlin Verhaltenskodex für Lieferanten ein-

halten muss. Der Stromnetz Berlin Verhaltenskodex ist unter folgender Adresse abrufbar:

<https://www.stromnetz.berlin/globalassets/dokumente/einkauf/verhaltenskodex-fur-lieferanten.pdf>

(b) Besondere Vertragsbedingungen nach BerlAVG

Der Auftraggeber ist als Gesellschaft im Eigentum des Landes Berlin zur Einhaltung von Vorgaben des Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetzes (BerlAVG) verpflichtet. Insbesondere hat der Auftraggeber mit Auftragnehmern besondere Vertragsbedingungen zum Mindeststundenentgelt, zur Förderung von Frauen, zur Verhinderung von Benachteiligungen, sowie entsprechende Überwachungs-, Kontroll- und Sanktionsrechte zu vereinbaren.

Der Bieter hat die entsprechenden Formblätter vollständig auszufüllen und – sofern zutreffend – zu unterzeichnen.

(c) Wettbewerbsregisterabfrage

Bei Bestehen einer Abfragepflicht aus dem Wettbewerbsregister nach dem Gesetz zur Einrichtung und zum Betrieb eines Registers zum Schutz des Wettbewerbs um öffentliche Aufträge und Konzessionen (Wettbewerbsregistergesetz [WRegG] vom 18. Juli 2017, BGBl. I S. 2739), fragt der Auftraggeber bei der Registerbehörde vor Erteilung des Zuschlags bezüglich des Bieters, an den der Auftraggeber den Auftrag zu vergeben beabsichtigt, ab, ob im Wettbewerbsregister Eintragungen gespeichert sind.

Bei Vorliegen von Eintragungen im Wettbewerbsregister entscheidet der Auftraggeber nach Maßgabe der vergaberechtlichen Vorschriften in eigener Verantwortung über den Ausschluss des Unternehmens von der Teilnahme an den Vergabeverfahren.

(d) Bereitstellungsverbot nach „Anti-Terror-Verordnungen“

Auf Grundlage der Verordnung (EG) Nr. 2580/2001, der Verordnung (EG) Nr. 881/2002 und der Verordnung (EU) Nr. 753/2011 gilt das sog. Bereitstellungsverbot. Danach dürfen den in den jeweiligen Listen der Verordnungen aufgeführten natürlichen oder juristischen Personen, Gruppen oder Organisationen Gelder weder direkt noch indirekt zur Verfügung gestellt werden oder zugutekommen.

Der Auftraggeber wird auf der Grundlage der zuvor genannten Verordnungen zur Bekämpfung des Terrorismus und zur Durchsetzung von Embargos eine Abfrage in den Finanzsanktionslisten (z.B. www.finanz-sanktionsliste.de/fisalis) vornehmen.

Besteht ein umfassendes Verfügungsverbot für den Bewerber, für ein Mitglied der Bewerbungsgemeinschaft, einen Eignungsverleiher oder für eine natürliche Person, deren Verhalten sich der Bewerber beziehungsweise die Bewerbungsgemeinschaft zurechnen lassen muss, wird der Bewerber von den Vergabeverfahren ausgeschlossen.

(e) Informations- und IT-Sicherheit

Die zur Abgabe eines Angebots ausgewählten Bewerber müssen mit ihrem Angebot ggf. nachweisen, wie die „Anforderungen an die Informations- und IT-Sicherheit“ der Stromnetz Berlin umgesetzt werden. Sofern ein Bieter von Vorgaben der "Anforderungen an die Informations- und IT-Sicherheit" abweicht, ist der schriftliche Nachweis zu führen, dass die Abweichung im Hinblick auf die Erreichung der in den "Anforderungen an die Informations- und IT-Sicherheit" verfolgten Sicherheitsziele unschädlich bzw. das Sicherheitsniveau gleichwertig ist und dem Stand der Technik entspricht.

(f) Einhaltung von Entflechtungsvorschriften

Der Auftraggeber ist Betreiber des Stromverteilungsnetzes in Berlin. Aufgrund dieser Tätigkeit gelten für ihn die Entflechtungsbestimmungen gem. §§ 6 ff. EnWG. Der Auftraggeber ist insoweit u.a. gesetzlich verpflichtet, sicherzustellen, dass die Vertraulichkeit wirtschaftlich sensibler Informationen, von denen er in Ausübung seiner Geschäftstätigkeit als Netzbetreiber Kenntnis erlangt, gewahrt wird und den Netzbetrieb transparent und diskriminierungsfrei auszuüben.

Der Bieter erhält bereits im Rahmen des Vergabeverfahrens Zugang zu Informationen des Netzbetriebs. Zudem werden im Rahmen der Auftragserfüllung Leistungen des Netzbetriebs erbracht. Daraus ergibt sich die Pflicht zur Einhaltung von Entflechtungsvorgaben einschließlich der Einhaltung von besonderen Vertraulichkeitsverpflichtungen. Diese sind Gegenstand von **Formblatt 9** sowie des abzuschließenden Vertrags.

(g) Bürgschaften

Der Bieter muss sich in seinem verbindlichen Angebot verpflichten, bei der Auftragserteilung eine Vertragserfüllungsbürgschaft und/oder Vorauszahlungsbürgschaft und ferner eine Gewährleistungsbürgschaft in Höhe von mindestens 5 % der Auftragssumme von einer Bank mit Niederlassung in der Europäischen Union und einem Rating von mindestens BBB mit stabilem Ausblick (Standard & Poor's) oder Baa2 mit stabilem Ausblick (Moody's) abzuschließen.

(h) Nachweis der Unbedenklichkeit

Der Auftraggeber behält sich ferner vor, aktuelle Unbedenklichkeitsbescheinigungen als Nachweis zur ordnungsgemäßen Zahlung von Steuern, Beträgen zur Sozialversicherung und zur Berufsgenossenschaft zu fordern.

3. Teilnahmeunterlagen zum Qualifizierungssystem

3.1 Allgemeines

Die Vergabeunterlagen umfassen alle Angaben, die erforderlich sind, um interessierten Unternehmen eine Entscheidung zur Teilnahme am Qualifizierungssystem zu ermöglichen. Die Vergabeunterlagen bleiben Eigentum des Auftraggebers.

Die Vergabeunterlagen können im Rahmen des Verhandlungsverfahrens ergänzt, konkretisiert und – soweit zulässig - geändert werden.

Die Technischen Beschreibungen des Auftraggebers werden aufgrund von enthaltenen Detailinformationen zur kritischen Infrastruktur im Rahmen des Qualifizierungssystems nicht bzw. lediglich in Auszügen veröffentlicht. Eine vollständige Veröffentlichung erfolgt, nach erfolgreichem Durchlaufen des Qualifizierungssystems insbesondere der Abgabe der Verschwiegenheitserklärung (Formblatt 9) im Rahmen der Angebots- und Verhandlungsphasen.

3.2 Schutz vertraulicher Informationen

Der Auftraggeber betreibt das Stromversorgungsnetz des Landes Berlin und trägt somit Verantwortung für die Aufrechterhaltung einer kritischen Infrastruktur. Das vorliegende Vergabeverfahren steht mit dem Betrieb des Stromversorgungsnetzes des Landes Berlin in Zusammenhang und beinhaltet die Offenlegung von Informationen, deren Geheimhaltung der Auftraggeber sicherstellen möchte.

Die Bewerber sind vor diesem Hintergrund zur vertraulichen Behandlung aller im Rahmen des Vergabeverfahrens zur Verfügung gestellten Informationen verpflichtet und haben mit der Abgabe des Formblattes 9 eine entsprechende Erklärung abzugeben. Ein besonderes Geheimhaltungsinteresse besteht aufgrund von darin enthaltenen sensiblen Informationen bezüglich folgender Verfahrensunterlagen:

- Einzelprojektvertrag mit den jeweils dazugehörigen projektspezifischen Leistungsbeschreibungen

Die genannten Unterlagen werden nur denjenigen Interessenten im späteren Ausschreibungsverfahren zur Verfügung gestellt, welche die als Formblatt 9 beigelegte Verschwiegenheitserklärung unterzeichnen und dem Auftraggeber über das Vergabeportal zur Verfügung stellen.

Es werden vom Auftraggeber nur unterschriebene Verschwiegenheitserklärungen akzeptiert, die unverändert vom Auftragnehmer gezeichnet werden. Einschränkungen oder Veränderungen jeglicher Form werden nicht akzeptiert und führen dazu, dass die vertraulichen Unterlagen nicht übergeben werden und der betreffende Bewerber/Bieter nicht am Verfahren teilnehmen kann.

4. ALLGEMEINE ANFORDERUNGEN AN DEN TEILNAHMEANTRAG

Der Teilnahmeantrag hat die geforderten Angaben und Erklärungen vollständig zu enthalten.

4.1 Bestandteile des Teilnahmeantrags und Form

Der vollständige Teilnahmeantrag besteht aus dem vollständig ausgefüllten Bewerberbogen insbesondere:

- Eigenerklärungen gemäß Formblätter 2 bis 8, 13 und 16 (anhand Bewerberbogen)

- Nachweis Eintragung Berufs- oder Handelsregister
- Nachweise über die vollständige und fristgerechte Zahlung von Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen, etc.
- Zertifikate der geforderten Managementsysteme
- Fragebogen Arbeitssicherheits- und Gesundheitsschutz (AGU_A und AGU_B)
- Formblatt 9 – Verschwiegenheitserklärung
- Ggf. Bewerberbogen Eignungsleihe
- Ggf. Formblatt 3 – Bewerbergemeinschaft
- Ggf. weitere ergänzende Unterlagen zum Nachweis der Eignung entsprechend den Vorgaben der Teilnahmebedingungen

Die Vollständigkeit des Antrags ist nur dann gewahrt, wenn der Bewerberbogen vollständig ausgefüllt und rechtsverbindlich unterzeichnet ist.

Soweit im Verfahren zugelassen, können ergänzend zu den vom Auftraggeber vorgegebenen Formblättern in dem dort bestimmten Inhalt/Umfang zusätzliche, vom Bewerber selbst erstellte Anlagen eingereicht werden.

4.2 **Übermittlung des Teilnahmeantrags**

Der vollständige Teilnahmeantrag ist in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel an die Vergabeplattform „Deutsche eVergabe“ zu übermitteln.

Eine Einreichung eines Teilnahmeantrags in Schriftform, per Telefax, per E-Mail, mündlich sowie über die Nachrichtenfunktion der Vergabeplattform ist unzulässig, auch nicht ergänzend zu einem elektronisch eingereichten Teilnahmeantrag. Bis zur formgerechten Einreichung des Teilnahmeantrags über das Portal der Deutschen eVergabe, kann der Teilnahmeantrag nicht berücksichtigt werden.

4.3 **Teilnahmefrist**

Das Qualifizierungssystem ist unbefristet gültig. Teilnahmeanträgen können jederzeit eingereicht werden. (unter Berücksichtigung der Sperrfristen dieser Teilnahmebedingungen)

4.4 **Format, Bezeichnung und Ordnung der Teilnahmeantragsunterlagen**

Die von den interessierten Unternehmen einzureichenden Dokumente müssen das PDF-Format aufweisen. Die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Formblätter im Word- bzw. Excel-Format sind daher befüllt in das PDF-Format zu konvertieren. Der ausgefüllte Bewerberbogen ist im PDF-Format mit rechtsverbindlicher Unterschrift und im Excel-Format und einzureichen.

Es ist darüber hinaus unzulässig, Dateien in anderen Dateiformaten (insbesondere Audio- und Videodateien) einzureichen. Informationen solcher Dateien werden nicht berücksichtigt. Jede Datei darf aufgrund einer Begrenzung der Vergabepattform maximal 200 MB groß sein. Die Dateien müssen mit einem handelsüblichen Computer lesbar, unverschlüsselt, druckbar, ohne Kopierschutz sowie frei von Viren, Malware und Trojanern sein.

Zur Dateikomprimierung und Ordner-Bildung sind ZIP-Verzeichnisordner anzulegen. „RAR“ und andere Komprimierungsformate können aufgrund von IT-Regularien des Auftraggebers nicht geöffnet werden und werden daher nicht akzeptiert. Die Dateien für den Bewerber werden direkt im Hauptverzeichnis abgelegt, für die eignungsverleihenden Unternehmen im Ordner „*Eignungsleihe_[Unternehmen]*“.

Anlagen des Bewerbers sind mit Bezug auf den entsprechenden Passus im Bewerberbogen, des einreichenden Unternehmens und den Inhalt der Anlage wie folgt zu bezeichnen:

Anlagen zu Mindestkriterien (beispielhaft): „*[Unternehmen]_ [MK1.1]_HR-Auszug*“

Formblätter (beispielhaft): „*[Unternehmen]_Formblatt 9_Verschwiegenheit*“

4.5 **Eintragungen des Bewerbers und Änderungen hieran**

Eintragungen des Bewerbers müssen klar und eindeutig sein. Der Bewerber trägt das Risiko unklarer und nicht eindeutiger Eintragungen. Sämtliche Eintragungen müssen dokumentenecht sein. Änderungen des Bewerbers an seinen Eintragungen haben zweifelsfrei zu sein.

4.6 **Änderung der Teilnahmeunterlagen für das Qualifizierungssystem**

Die übergebenen Teilnahmeunterlagen sind an den entsprechenden Stellen vom Bewerber auszufüllen und anschließend bei der Vergabestelle einzureichen. Änderungen an den Teilnahmeunterlagen (Texte/Fragen) durch den Bewerber sind unzulässig. Die Vornahme unzulässiger Änderungen durch den Bewerber führt zum Ausschluss des Teilnahmeantrags. Sofern es sich nicht um vom Bewerber auszufüllende Teilnahmeunterlagen handelt, sind diese daher gegen die Vornahme von Veränderungen geschützt.

4.7 **Eigentumsübergang der Teilnahmeunterlagen, Nutzungsrecht**

Der eingereichte Teilnahmeantrag einschließlich der übergebenen Anlagen geht in das Eigentum des Auftraggebers über. Der Bewerber räumt der Vergabestelle die für die Durchführung des Verfahrens und Ausführung des Auftrags erforderlichen Nutzungsrechte ein.

4.8 **Kennzeichnung vertraulicher Informationen**

Die Bewerber werden auf das Recht hingewiesen, Informationen, die vertrauliche Aspekte und/oder Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse beinhalten, mittels eines eindeutigen Vermerks oder Hinweises als vertraulich zu kennzeichnen. Die Vergabestelle wird diese Unterlagen nur den Mitarbeitern der Stromnetz Berlin GmbH

zur Einsicht geben, die mit der Durchführung des Qualifizierungssystems beauftragt sind.

5. EIGNUNGSANFORDERUNGEN UND NACHWEIS DER EIGNUNG

Der Auftraggeber prüft die Eignung des Bewerbers auf Grundlage der von ihm eingereichten Nachweise nach Maßgabe der formalen und inhaltlichen Vorgaben der EU-Auftragsbekanntmachung bzw. der Teilnahmebedingungen gesamthaft. Ein Unternehmen ist geeignet, wenn der Auftraggeber auf Grundlage der vom Bewerber eingereichten Nachweise und Erklärungen davon ausgehen kann, dass das Unternehmen die zu erbringenden Leistungen vertragsgemäß ausführen wird; Mindestanforderungen zur Eignung müssen erfüllt sein.

Die jeweiligen Mindestanforderungen zur Eignung sind den Vergabeunterlagen des Qualifizierungssystems (Mindest- und Bewertungskriterien zur Eignung) zu entnehmen.

Die geforderten Nachweise müssen aktuell sein und vom Bewerber vorgelegte Erklärungen eines Dritten müssen zum Zeitpunkt der Abgabe des Teilnahmeantrages nicht älter als sechs Monate sein. Sollten eingereichte Unterlagen nicht aktuell bzw. älter als gefordert sein, behält sich die Vergabestelle eine Nachforderung ausdrücklich vor.

5.1 Bewerberangaben/Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung

Zum Nachweis der Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung hat der Bewerber die im Bewerberbogen geforderten Angaben und Erklärungen abzugeben beziehungsweise Unterlagen als Nachweis vorzulegen.

5.2 Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit hat der Bewerber die im Bewerberbogen geforderten Nachweise und Erklärungen abzugeben beziehungsweise Unterlagen als Nachweis vorzulegen.

Der Auftraggeber kann zur Beurteilung der wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit des Bewerbers ergänzend zu den geforderten Erklärungen und Nachweisen Auskünfte von Wirtschaftsauskunftsdateien sowie allgemein verfügbare Informationen heranziehen. In diesem Zusammenhang behält sich der Auftraggeber ausdrücklich vor die kompletten konsolidierten Geschäftsberichte (oder vergleichbar) insbesondere Anhängen, Wirtschaftsprüferfreigaben und Kommentaren, etc. sowie etwaige Unternehmensdarstellungen (Organigramme, etc.) vom Bewerber abzufordern.

5.3 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit hat der Bewerber die im Bewerberbogen geforderten Nachweise und Erklärungen abzugeben beziehungsweise Unterlagen als Nachweis vorzulegen.

Mit Angabe der Referenzen bestätigt der Bewerber, dass er vom Referenzauftraggeber das Einverständnis eingeholt hat, den Auftrag als Referenz in diesem Vergabeverfahren mit den vom Auftraggeber geforderten Informationen angeben zu dürfen.

Mit der Angabe eines Ansprechpartners und dessen Kontaktdaten des Referenzauftraggebers bestätigt der Bewerber, dass sich der Ansprechpartner des Referenzauftraggebers einverstanden erklärt hat, vom Auftraggeber mittels der angegebenen Kontaktmöglichkeiten kontaktiert werden zu dürfen.

Können die Kontaktdaten nicht bzw. nicht vollständig angegeben werden (z.B. aus datenschutzrechtlichen Gründen) hat der Bewerber auf anderem Weg sicherzustellen, dass eine Kontaktaufnahme mit dem Referenzauftraggeber einschließlich einer entsprechenden Überprüfung ohne Beisein/Anwesenheit des Bewerbers/Bieters möglich ist.

Alle Angaben des Bewerbers müssen überprüfbar sein. Der Auftraggeber behält sich eine Überprüfung vor.

Sofern ein Bewerber eine Referenz, die mehrere oder ggf. alle Mindestkriterien erfüllt, angegeben hat, kann diese zur Beurteilung der Mindestanforderungen zur Eignung herangezogen werden.

Hinweise:

Der Auftraggeber ist berechtigt, im Rahmen der Gesamtbeurteilung der Eignung eigene Erfahrungen mit den Bewerbern aus vergleichbaren Projekten der vergangenen acht Jahre zu berücksichtigen. Sofern ein Bewerber eine wesentliche Anforderung aus einem früheren Auftrag erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und für den Auftraggeber ein Anspruch auf Schadensersatz, Rücktritt oder Kündigung bestand, kann der Auftraggeber die Eignung verneinen, wenn der Bewerber nicht nachweisen kann, geeignete technische, organisatorische oder personelle Maßnahmen zur effektiven Verhinderung gleichartiger Verstöße umgesetzt zu haben. Der betreffende Bewerber wird vor der Entscheidung des Auftraggebers angehört.

5.4 Eigenerklärung zur Eignung, zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen sowie zu Maßnahmen der Selbstreinigung, Vergabesperre

Zum Nachweis der Zuverlässigkeit hat der Bewerber die im Bewerberbogen geforderten Nachweise und Erklärungen abzugeben beziehungsweise Unterlagen als Nachweis vorzulegen.

(a) Eigenerklärungen gemäß Bewerberbogen

(b) Selbstreinigung gemäß § 125 GWB und Wiederherstellung der Zuverlässigkeit gemäß Bewerberbogen

Liegt ein Ausschlussgrund nach § 123 GWB oder § 124 GWB vor, wird ein Bewerber nicht ausgeschlossen, wenn nachweislich Selbstreinigungsmaßnahmen nach § 125 GWB durchgeführt wurden.

Auch bei einem Verstoß gegen § 124 Abs. 2 GWB i. V. m. § 19 Abs. 1 i. V. m. § 21 MiLoG, § 124 Abs. 2 GWB i. V. m. § 21 Abs. 1 i. V. m. § 23 AEntG und § 124 Abs. 2 GWB i. V. m. § 98c Abs. 1 Satz 1 AufenthG wird das Unternehmen nicht ausgeschlossen, wenn es die Wiederherstellung der Zuverlässigkeit nachweist.

Die Darstellung und der Nachweis der Selbstreinigungsmaßnahme ist mittels gesonderter Anlage des jeweiligen Unterzeichners zum Bewerberbogen vorzunehmen. Dem Nachweis der Selbstreinigungsmaßnahmen muss ein Rechtsgutachten eines Rechtsanwalts beigelegt werden, welches die Selbstreinigungsmaßnahmen als hinreichend im Sinne der gesetzlichen Anforderungen bestätigt.

Das Gutachten entbindet den Auftraggeber nicht von einer eigenen Prüfung und Bewertung der Selbstreinigungsmaßnahmen. Der Auftraggeber kann im eigenen Ermessen und unter Setzung von Ausschlussfristen weitere Unterlagen, Informationen und Nachweise anfordern, die er zur Beurteilung der Sach- und Rechtslage für erforderlich hält. Ungeachtet dessen müssen die Darstellung und der Nachweis vollständig sein.

5.5 Eigenerklärung Verordnung (EU) 2022/576

Aufgrund der Vorgaben der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 08.04.2022 zur Änderung der Verordnung (EU) 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren ist es verboten einen öffentlichen Auftrag an ein Unternehmen zu vergeben, was von den Sanktionen der Verordnung erfasst ist. Verboten ist ebenfalls die Einbeziehung von Unterauftragnehmern, Eignungsverleiher und Lieferanten in die Leistungserbringung, wenn diese unter die Sanktionen fallen.

Vor dem Hintergrund der geltenden Sanktionen haben alle Bewerber die Erklärungen des Bewerberbogens wahrheitsgemäß abzugeben und entsprechend zu unterzeichnen.

Teilnahmeanträge, die die geforderte Erklärung nicht oder nicht vollständig beinhalten, werden vom Verfahren ausgeschlossen.

Hinweise:

Der Auftraggeber weist darauf hin, dass der Bewerber ebenfalls **sämtliche künftigen Lieferanten und Unterauftragnehmer einschließlich Eignungsverleiher** dahingehend zu überprüfen hat, ob jeweils ein Verstoß gegen die Sanktionen vorliegt.

Zu beachten ist zudem, dass die vom Bewerber für die Auftragserbringung geplanten Unterauftragnehmer mit der Angebotsabgabe ebenfalls eine gleichlautende Erklärung einreichen und unterzeichnen müssen.

Der Auftraggeber weist ferner darauf, dass er sich die Abforderung weitergehender Nachweise vorbehält, sofern – unabhängig von der unterzeichneten Erklärung – der

Verdacht besteht, dass ein Verstoß gegen die Sanktion aufseiten des Bewerbers und/oder etwaiger Unterauftragnehmer, Eignungsverleiher oder Lieferanten besteht.

5.6 **Steuern, Krankenkassen- und Rentenversicherungsbeiträge sowie Beiträge an die Berufsgenossenschaft**

Der Bewerber hat nachzuweisen, dass er Steuern, Krankenkassen- und Rentenversicherungsbeiträge sowie Beiträge an die Berufsgenossenschaft fristgerecht und vollständig zahlt.

Der Nachweis hat durch die Vorlage der im Bewerberbogen geforderten Bescheinigungen zu erfolgen.

5.7 **Berufung auf die Leistungsfähigkeit und Fachkunde Dritter**

Ein Bewerber kann sich, auch als Mitglied einer Bewerbergemeinschaft, zum Nachweis seiner wirtschaftlichen und finanziellen sowie technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit der Fähigkeiten Dritter bedienen (Eignungsleihe), ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesen Dritten bestehenden Verbindungen.

(a) Allgemeine Bedingungen zur Eignungsleihe

Jeder Eignungsverleiher muss den gesonderten Bewerberbogen „Eignungsleihe“ ausfüllen und unterzeichnen; diese/r ist/sind mit dem Teilnahmeantrag des Bewerbers einzureichen.

(b) Leihe der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit bzw. wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsfähigkeit

Im Falle der vorgenannten Leihe ist diese nach Maßgabe der Anforderungen in der EU-Auftragsbekanntmachung bzw. dieser Teilnahmebedingungen in jenem Umfang vom Eignungsverleiher nachzuweisen, wie sich der Bewerber darauf beruft. Hierzu sind entsprechend die Referenzen gemäß Bewerberbogen anzugeben.

Ein Bewerber kann im Hinblick auf Nachweise für die erforderliche technische und berufliche Leistungsfähigkeit bzw. wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen nur dann in Anspruch nehmen, wenn diese die Leistung erbringen, für die diese Kapazitäten benötigt werden. Im Bewerberbogen ist daher eine entsprechende Verpflichtungserklärung des Eignungsverleihers zu tätigen.

(c) Überprüfung durch den Auftraggeber

Der Auftraggeber überprüft im Rahmen der Eignungsprüfung, ob der Eignungsverleiher, dessen Kapazitäten der Bewerber für die Erfüllung von Eignungskriterien in Anspruch nehmen möchte, die entsprechenden Eignungskriterien erfüllt und ob Ausschlussgründe vorliegen.

Erfüllt der Eignungsverleiher die entsprechenden Eignungskriterien nicht oder nicht vollständig oder liegt ein zwingender Ausschlussgrund nach § 123 GWB oder ein fakultativer Ausschlussgrund nach § 124 GWB vor, muss der Bewerber diesen Eignungsverleiher ersetzen. Hierfür setzt der Auftraggeber dem Bewerber eine angemessene Frist.

5.8 Prüfung der Bewerber-Angaben

Alle Fragen müssen beantwortet und sofern gefordert mit den dazugehörigen Nachweisen belegt werden. Die Vergabestelle prüft die Antworten in den übergebenen Formblättern auf Plausibilität und Bewerber-Eignung. Sofern eine Mindestbedingung vom Bewerber nicht erfüllt werden kann, erhält der Antragsteller eine Information über die Ablehnung und die Einstellung der weiteren Prüfungen.

Zusätzlich prüft die Vergabestelle die Bestätigung des Bewerbers auf Einhaltung der zusätzlichen Bedingungen für Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz der Stromnetz Berlin GmbH, sowie die Eignung des Bewerbers in Bezug auf die Anforderungen zum Arbeitssicherheits- und Gesundheitsschutz (ZB AGU).

5.9 Optional: Musterbaustellenbesichtigung – Stichprobenprüfung der getätigten Angaben

Die Vergabestelle behält sich vor, nach rechtzeitiger, vorheriger Terminabstimmung, eine Musterbaustellenbesichtigung des Bewerbers durchzuführen.

Erst wenn alle Fragen zur Eignung positiv beantwortet sind, die dazugehörigen Nachweise der Vergabestelle vorliegen und die Einhaltung zur Umsetzung der Technischen Beschreibung ggfs. mit Alternativlösungen vom Bewerber bestätigt wurde, wird die Durchführung einer Musterbaustellenbesichtigung des Bewerbers vorbereitet und terminlich abgestimmt.

Inhalt sind u.a. das Aufzeigen der Prozessabläufe beim Bewerber, Erläuterungen der eingereichten Unterlagen bei der Stromnetz Berlin GmbH, Einsichtnahme in Baubesprechungsprotokolle, Arbeitseinweisungen, Arbeitssicherheitsunterweisungen, Terminplanverfolgung.

Für eine Musterbaustellenbesichtigung wird ca. ein Tag benötigt.

5.10 Informationspflicht zugelassener Bewerber/Lieferanten

Sollten sich nach Abgabe der Teilnahmeantrages auf Aufnahme in das Qualifizierungssystem bei der Stromnetz Berlin GmbH Änderungen in Bezug auf die gemachten Angaben ergeben, ist der Bewerber verpflichtet, diese unverzüglich schriftlich der Vergabestelle mitzuteilen. Dies gilt auch für Änderungen an der Eignung des Bewerbers während der Gültigkeitsdauer des Qualifizierungssystems.

Dies gilt insbesondere bei Änderungen der Gesellschaftsform, Änderungen der Eigentumsverhältnisse, Veränderung der Unternehmensstandorte, oder Änderungen in den getätigten Angaben zur grundsätzlichen und wirtschaftlichen Zuverlässigkeit.

Darüber hinaus sind folgende Nachweise jährlich unaufgefordert bei der Vergabestelle einzureichen:

- **Formblatt 8 – Eigenerklärung zur Eignung**
- **Fragebogen Arbeitssicherheits- und Gesundheitsschutz (ZB AGU)**

5.11 Qualifikationsnachverfolgung zugelassener Bewerber/Auftragnehmer

Qualität-Abweichungstypen und Definition:

- **„FAT“** (Werksprüfung) Abweichung gegenüber Technischer Beschreibung/Vertrag bei FAT
- **„SAT“** (Site Acceptance Test) Abweichung gegenüber Technischer Beschreibung/Vertrag beim SAT
- **„OTD“** (Liefertermin, Montagetermin oder vereinbarte Betriebsbereitschaft) Verzögerung gegenüber Vertrag
- **„G“** (Garantie/Mängel nach Abnahme) gegenüber Technischer Beschreibung/Vertrag nach Abnahme

Auftragnehmer-Qualitätsstatus (QS) und Qualitätsstufen

- **Grün** = zugelassen
- **Gelb** = Aktionsplan erforderlich
- **Rot** = Zulassung beendet

Abweichungsstufen

- Erste Stufe, Abweichung grün, keine bis leichte Abweichung, Keine direkte Konsequenz für den PQ-Status, Beseitigung innerhalb des vereinbarten Terminplans.
- Zweite Stufe, Abweichung gelb, wiederholt/erhöhte Menge an kleineren Ausfällen/reparable Qualitätsabweichungen, Zulassungs-Status gesenkt, Auftragnehmer-Aktionsplan zur Beseitigung innerhalb des vereinbarten Terminplans.
- Dritte Stufe, Abweichung rot, Verlust der Zulassung für bis zu 2 Jahre (Sperrfrist), Auftragnehmer kann sich nach Ablauf der durch den Auftraggeber ausgesprochenen der Sperrfrist erneut bewerben.

Änderungen im Qualitätsstatus (QS)

Ein zugelassener Bewerber/Auftragnehmer startet grundsätzlich mit dem Qualifizierungsstatus grün.

Wird bei der späteren Auftragsabwicklung von der Vergabestelle eine Abweichung im FAT, SAT in OTD oder G festgestellt, ändert sich der Status im Qualitätsstatus des Auftragnehmers. Schlägt der Auftragnehmer geeignete Abhilfemaßnahmen (Action Plan) vor, die von der Vergabestelle akzeptiert werden können, ändert sich der Qualitätsstatus von grün auf gelb.

Sind die vorgeschlagenen Abhilfemaßnahmen von der Vergabestelle nicht akzeptierbar (z.B. wegen Ungeeignetheit zur Erzielung der vertraglich vereinbarten Qualität, oder weil ein solch erheblicher Terminverzug eingetreten ist, der eine



Terminverschiebung von größer 10 Prozent der Gesamt-Projektlaufzeit zur Folge hat) ändert sich der Qualitätsstatus auf „rot“.

Ein Auftragnehmer, der sich im Qualitätsstatus gelb befindet und bei der nächsten Projektausführung wieder alle vertraglich vereinbarten Anforderungen erfüllt, wird wieder auf Qualitätsstatus grün gesetzt.



Ein Auftragnehmer, der sich im Qualitätsstatus gelb befindet und bei der nächsten Projektausführung im gleichen Abweichungstypen erneut Mängel vorweist, wird auf Qualitätsstatus rot gesetzt.

Beispiel:

Ein Auftragnehmer, der aufgrund einer vorherigen verspäteten Lieferung bereits im Qualitätsstatus „gelb“ eingestuft ist und bei der nächsten Leistungserbringung wieder vertragsgemäß/pünktlich leistet, wechselt zurück in den Qualitätsstatus „grün“.

Qualität- Abweichungstyp	Zugelassen „QS grün“	Aktionsplan erforderlich „QS gelb“	Zulassung beendet „QS rot“
FAT	X		
SAT	X		
OTD			
G	X		

Ein Auftragnehmer, der aufgrund einer vorherigen verspäteten Lieferung bereits im Qualitätsstaus „gelb“ eingestuft ist und bei der nächsten Projektausführung wieder verspätet liefert, wechselt in den Qualitätsstatus „rot“. Die erteilte Zulassung im Qualifizierungssystem erlischt.

Qualität- Abweichungstyp	Zugelassen „QS grün“	Aktionsplan erforderlich „QS gelb“	Zulassung beendet „QS rot“
FAT	X		
SAT	X		
OTD			
G	X		

Im Qualitätsstatus rot ist die Qualifizierung/Zulassung beendet.

Ein Auftragnehmer, der in die dritte Stufe der Abweichung vom Qualitätsstandard eingestuft wurde, kann sich erst nach Ablauf der ausgesprochenen Sperrfrist und dem damit verbundenen Verlust der Zulassung erneut bewerben.

6. BEWERBERGEMEINSCHAFTEN

6.1 Zulässigkeit

Die Bewerbung als Bewerbergemeinschaft ist zulässig. Eine Bewerbergemeinschaft wird, wie ein Einzelbewerber behandelt. Die Bewerbergemeinschaft hat sicherzustellen und zu prüfen, dass kein Verstoß gegen Art. 101 AEUV sowie § 1 GWB vorliegt (Vergl. dazu auch Erklärung in **Formblatt 3**).

6.2 Einzureichende Formblätter und weitere Unterlagen

Jedes Mitglied der Bewerbergemeinschaft hat den Bewerberbogen einschließlich der jeweiligen Formblätter vollständig ausgefüllt einzureichen.

7. BEGRENZUNG DER ANZAHL DER BEWERBER

Der Auftraggeber kann in den auf das Qualifizierungsverfahren folgenden Vergabeverfahren, d.h. im nicht offenen Verfahren oder im Verhandlungsverfahren, die Zahl der qualifizierten Bewerber, die zur Angebotsabgabe oder zur Aufnahme von Verhandlungen aufgefordert werden, soweit begrenzen, dass ein angemessenes Verhältnis zwischen den Besonderheiten des Vergabeverfahrens und dem zu seiner Durchführung erforderlichen Aufwand sichergestellt ist, § 45 Abs. 3 Satz 1 SektVO.

Hierbei wird die Zahl der ausgewählten qualifizierten Bewerber so ausgewählt, dass ein angemessener Wettbewerb gewährleistet wird, § 45 Abs. 3 Satz 2 SektVO.

Daher werden nicht zwingend alle Bewerber, die das Qualifizierungsverfahren erfolgreich durchlaufen haben, auch zu den jeweiligen Angebotsabgaben aufgefordert.

Sollte die Vergabestelle von ihrem Recht zur Begrenzung der Anzahl der Bewerber am Vergabeverfahren Gebrauch machen, so wird dies allen qualifizierten Bietern zuvor bekannt geben. Allen Bietern wird in diesem Zusammenhang die Möglichkeit gegeben, die bereits eingereichten Nachweise in aktualisierter Fassung einzureichen. Die so dann vorliegenden Nachweise stellen die Grundlage für die Bewerberauswahl.

7.1 Bewertungskriterien

Für die Auswahl, welche der qualifizierten Bewerber zur Teilnahme an der Angebots- und Verhandlungsphase aufgefordert werden, beruft sich die Vergabestelle auf die in diesen Qualifizierungssystem festgelegten Mindest- und Bewertungskriterien zur Eignung.

Der Auftraggeber behält sich vor, qualifizierte aber nicht zur Angebotsaufforderung ausgewählte Bewerber, zum Verfahren zuzulassen, wenn sich Bewerber zu einem späteren Zeitpunkt aus dem Verfahren zurückziehen oder aus dem Verfahren ausgeschlossen werden.

Übersicht Vergabeunterlagen (Stand 16.02.2026)
Qualifizierungssytem gemäß §48 SektVO: Herstellung und Lieferung von Schutz- und Systemtechnikschränken als Beistellung für die Kunden-Umspannwerke
eVergabe-Nummer: 2026000671

Bezeichnung	Zuordnung/Pfad Anlagen	mit Teilnahmeantrag einzureichen x; (x) nur wenn zutreffend
01_Teilnahmebedingungen_PQ_SSKUW.pdf	01_Teilnahmebedingungen\	
02_Übersicht Mindest- Bewertungskriterien_MK_BK_PQ_SSKUW.pdf	01_Teilnahmebedingungen\	
03_Technischer Liefer- und Leistungsumfang_20260209.pdf	01_Teilnahmebedingungen\	
04_SNB Musterbürgschaften.pdf	01_Teilnahmebedingungen\	
Bewerberbogen_MK_BK_SSKUW_260210.pdf	02_Teilnahmeantrag\	x
Formblatt 11 - FAQ_PQ_SSKUW.pdf	02_Teilnahmeantrag\	(x)
Formblatt_AGU_A.pdf	02_Teilnahmeantrag\	x
Formblatt_AGU_B.pdf	02_Teilnahmeantrag\	x
00_Vertragsentwurf.pdf	03_Vorabinformation zu Ausschreibungen über das Qualifizierungssystem\	
Anlage 2 - Mechanische Begutachtung - Schrank-Prüfprotokoll.pdf	03_Vorabinformation zu Ausschreibungen über das Qualifizierungssystem\	
Anlage 3 - Standard Erstellung Rechnungen (Dezember 2024).pdf	03_Vorabinformation zu Ausschreibungen über das Qualifizierungssystem\	
Anlage 4 - Anweisungen_beim_Umgang_mit_Abfällen_Version_3.pdf	03_Vorabinformation zu Ausschreibungen über das Qualifizierungssystem\	
Anlage 5 - SNB Verhaltenskodex für Lieferanten September 2024.pdf	03_Vorabinformation zu Ausschreibungen über das Qualifizierungssystem\	
Anlage 6 - AGB Abfallentsorgung nach KrWG_Stand 07_2024.pdf	03_Vorabinformation zu Ausschreibungen über das Qualifizierungssystem\	
Anlage 7 - AGB Gefahrgutbeförderung_Stand 2021-07-01.pdf	03_Vorabinformation zu Ausschreibungen über das Qualifizierungssystem\	
Anlage 8 - Zusätzliche Bedingungen AGU Version 5.2 Stand 11-01-2024.pdf	03_Vorabinformation zu Ausschreibungen über das Qualifizierungssystem\	
Anlage 11 - Vertragsklausel_Besondere Vertragsbedingungen BerlAVG.pdf	03_Vorabinformation zu Ausschreibungen über das Qualifizierungssystem\	
Anlage 11.a - BVB Mindeststundenentgelt_Stand 05-24.pdf	03_Vorabinformation zu Ausschreibungen über das Qualifizierungssystem\	
Anlage 11.b - BVB_Frauenfoerderung.pdf	03_Vorabinformation zu Ausschreibungen über das Qualifizierungssystem\	
Anlage 11.c - BVB_Verhinderung-von-Benachteiligungen.pdf	03_Vorabinformation zu Ausschreibungen über das Qualifizierungssystem\	
Anlage 11.d - BVB_Kontrollrechte_Vertragsstrafen_Stand_Sept_2024.pdf	03_Vorabinformation zu Ausschreibungen über das Qualifizierungssystem\	
20251219_MUS_YM1.A_Kunde.pdf	04_technische Anforderungen\	
20251219_MUS_ER0+R1_Kunde_1Trf.pdf	04_technische Anforderungen\	
20251219_MUS_ER0+R1_Kunde_2Trf.pdf	04_technische Anforderungen\	
20251219_MUS_ER0+R2_Kunde_1Trf.pdf	04_technische Anforderungen\	
20251219_MUS_ER0+R2_Kunde_2Trf.pdf	04_technische Anforderungen\	
20251219_MUS_ER1+R1_Kunde.pdf	04_technische Anforderungen\	
20251219_MUS_ER1+R2_Kunde.pdf	04_technische Anforderungen\	
20251219_MUS_ER3+R1_Kunde.pdf	04_technische Anforderungen\	
20251219_MUS_ER3+R2_Kunde.pdf	04_technische Anforderungen\	
20260209_Technischer Liefer- und Leistungsumfang.pdf	04_technische Anforderungen\	
BA3605.pdf	04_technische Anforderungen\BA3\BA3605\	
BA3605_A01.pdf	04_technische Anforderungen\BA3\BA3605\	
BA3605_A02.pdf	04_technische Anforderungen\BA3\BA3605\	
BA3605_A03.pdf	04_technische Anforderungen\BA3\BA3605\	
BA3609.pdf	04_technische Anforderungen\BA3\BA3609\	
BA3609_A01.pdf	04_technische Anforderungen\BA3\BA3609\	
BA3609_A02.xlsx	04_technische Anforderungen\BA3\BA3609\	
BA3609_A03.pptx	04_technische Anforderungen\BA3\BA3609\	
BA3609_A04.xlsx	04_technische Anforderungen\BA3\BA3609\	
BA3609_A05.xlsx	04_technische Anforderungen\BA3\BA3609\	
BA3609_A06.xlsx	04_technische Anforderungen\BA3\BA3609\	
BA3609_A07.xlsx	04_technische Anforderungen\BA3\BA3609\	
BA3609_A08.xlsx	04_technische Anforderungen\BA3\BA3609\	
BA3609_A09.xlsm	04_technische Anforderungen\BA3\BA3609\	
BA3609_A10.xlsx	04_technische Anforderungen\BA3\BA3609\	
BA3609_A11.xlsx	04_technische Anforderungen\BA3\BA3609\	
BA3609_A12.xlsx	04_technische Anforderungen\BA3\BA3609\	
BA3609_A13.xlsx	04_technische Anforderungen\BA3\BA3609\	
BA3609_A14.xlsx	04_technische Anforderungen\BA3\BA3609\	
BA3609_A15.xlsx	04_technische Anforderungen\BA3\BA3609\	
BA3609_A16.xlsx	04_technische Anforderungen\BA3\BA3609\	
Bewerberbogen_MK_BK_SSKUW_260210.xlsx	05_Anlagen\	x
Formblatt_3_Bewerbergemeinschaft.docx	05_Anlagen\	(x)
Formblatt_4_Eignungsleihe.docx	05_Anlagen\	(x)
Formblatt_9_Verschwiegenheitserklärung.docx	05_Anlagen\	x
Formblatt_11 - FAQ_PQ_SSKUW.xlsx	05_Anlagen\	(x)
Formblatt_AGU_A.xlsx	05_Anlagen\	x
Formblatt_AGU_B.xlsx	05_Anlagen\	x

Mindest- und Bewertungskriterien zur Eignung			
zum Qualifizierungssystem gemäß §48 SektVO:			Herstellung und Lieferung von Sekundärtechnik-Schaltanlagen für die Kunden-Umspannwerke
eVergabe-Nummer:			2026000671
Mindestkriterien (MK):			
MK1	Befähigung zur Berufsausübung - einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister		
MK1.1	Aktueller Eintrag aus dem Berufs- oder Handelsregister des Herkunftslandes bzw. Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung		
MK1.2	Aktueller Nachweis des Finanzamtes über die Zahlung von Steuern oder gleichwertige Bescheinigungen des Ursprungs- oder Herkunftslandes.		
MK1.3	Aktueller Nachweis des Sozialversicherungsträgers über die Zahlung von Krankenkassenbeiträgen, Unfallversicherungsbeiträgen und Rentenversicherungsbeiträgen oder gleichwertige Bescheinigungen des Ursprungs- oder Herkunftslandes.		
MK1.4	Eigenerklärung zur Einhaltung der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 08.04.2022 zur Änderung der Verordnung (EU) 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren		
MK1.5	Eigenerklärung zur Eignung, zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen sowie zu Maßnahmen der Selbstreinigung		
MK1.6	Verschwiegenheitserklärung		
MK2	finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit - Bankauskunft/Versicherungen/Umsatz/Bürgschaften/etc..		
MK2.1	Eigenerklärung, über das Bestehen bzw. Abschließen und Aufrechterhalten einer Berufs- bzw. Betriebspflichtversicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden einer Versicherungsgesellschaft mit Firmensitz in der EU. Ein Nachweis zum Bestehen des Versicherungsschutzes erfolgt unaufgefordert durch Vorlage einer entsprechenden Bestätigung der Versicherung im Auftragsfall spätestens 14 Tage nach Zuschlagserteilung.		
MK2.2	Eigenerklärung durch Eigenangaben des Bewerbers, dass der durchschnittliche Gesamtjahresumsatzes des Bewerbers innerhalb der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre mindestens 2.000.000,00 Euro netto betragen hat. (Vorbehalt zur Nachforderung der kompletten konsolidierten Geschäftsberichte (oder vergleichbar) insbesondere Anhängen, Wirtschaftsprüferfreigaben und Kommentaren, etc.)		
MK2.3	Eigenerklärung, wonach der Bewerber im Auftragsfall bereit und in der Lage ist, Bürgschaften gemäß der in den Vergabeunterlagen beiliegenden Musterbürgschaften genannten Anforderungen beizubringen.		
MK3	Formblatt 7.2 - Technische und berufliche Leistungsfähigkeit - Ausstattung, Fachkräfte, Zertifikate		
MK3.1	Eigenerklärung, dass der Bewerber bestätigt, das Knowhow und entsprechend ausgebildetes Personal zu haben, um die folgenden übergreifenden externen Vorschriften - VDEW Empfehlungen für Maßnahmen zur Herabsetzung von Transienten Überspannungen in Sekundärleitungen (TU) innerhalb von Hochspannungsschaltanlagen, - DIN EN 61936 VDE 0101, - EMV/C, - FTEG, - FuAG, - EN 60297, - DIN EN 61439 VDE 0660-600, und die folgenden besonderen Technischen Ausführungsrichtlinien - Erdung und Potentialausgleich gemäß TB 3548, - Beschriftung und Kennzeichnung in Umspannwerken gemäß KG 4048, - Kennzeichnung von elektrischen Betriebsmitteln der Energieverteilung gemäß TB 3605, - Beschriftung und Kennzeichnung in Umspannwerken gemäß TB 3606, Zugelassene Klemmen gemäß TB 3549 Anlage 4, - Ausrüstung von Umspannwerken gemäß TB 3549, - Kennzeichnung und Ordnung von Schaltungsunterlagen gemäß TB 3604 zur Herstellung der Sekundärtechnik-Schaltanlagen einzuhalten.		
MK3.2	Eigenerklärung, dass der Bewerber in der Lage ist die Abwicklung des Gesamtauftrages auf der Grundlage einschlägiger EN- und DIN-Normen, einschlägiger deutscher oder europaweit harmonisierter vergleichbarer technischer Regelwerke, Vorschriften und Richtlinien durchzuführen.		
MK3.3	Eigenerklärung, dass der Bewerber eine Prüf- und Nachbereitungsfläche zur Bemusterung/Werksprüfung für die gefertigten Sekundärtechnik-Schaltanlagen in einem Radius von 500 km um Berlin vorhalten kann.		
MK3.4	Eigenerklärung, dass der Bewerber über eine jährliche Fertigungskapazität von mindestens 100 Schaltanlagen, die mit den in diesem PQ-Verfahren beschriebenen technischen Anforderungen vergleichbar sind, verfügt.		
MK3.5	Nachweis durch Vorlage des aktuell gültigen Zertifikates, dass der Bewerber ein eingeführtes und durch betriebliche Anweisungen umgesetztes, zertifiziertes Qualitätsmanagementsystem entsprechend der DIN EN ISO 9001-er Reihe oder gleichwertig betreibt.		
MK3.7	Nachweis durch Vorlage des aktuell gültigen Zertifikates, dass der Bewerber ein eingeführtes und durch betriebliche Anweisungen umgesetztes Sicherheits-, Gesundheits- und Umweltschutzmanagementsystem entsprechend der DIN ISO 45001 oder gleichwertig betreibt.		
MK3.8	Eigenerklärung, dass der Bewerber im Auftragsfall in der Lage ist: a) die Vertragsabwicklung auch in allen Unterlagen und im Schriftverkehr in deutscher Sprache durchzuführen und Personal zu den erforderlichen Terminen vor Ort (Stadtgebiet Berlin) bereit zu stellen b) Projektpersonal in ausreichender Anzahl zu stellen: - das technisch und kommerziell verhandlungssicher deutsch spricht (mind. CT1) und im Bedarfsfall an Projektbesprechungen und technischen Abstimmungen vor Ort (Stadtgebiet Berlin) teilnimmt, - das bei erkennbaren Gefährdungen des Projektablaufs kurzfristig an Klärungsgesprächen vor Ort (Stadtgebiet Berlin) teil nimmt und das über die gesamte Projektdauer erreichbar ist. c) Im Bedarfsfall Aufsichtspersonal für Montage-, Prüf- und Inbetriebsetzungsarbeiten zu stellen, welches technisch sicher deutsch spricht und zur Vertragsabwicklung in ausreichender Anzahl zur Verfügung steht.		
MK4	Formblatt 7.1 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit - Referenzen		
Info	Die Auswahl, der zur Beurteilung der Mindestkriterien heranzuziehenden Referenzen erfolgt seitens des Bewerbers durch Eintragung der jeweiligen Referenzen in den Bewerberbogen. Referenzen der ausschreibenden Stelle sind ausdrücklich zugelassen.		
MK4.1	Nachweis projektvergleichbarer Referenz. Die Referenz ist projektvergleichbar, wenn diese mindestens die folgenden Anforderungen beinhaltet: a) Die Referenz umfasst ein Projekt in der Verdrahtungstechnik zum Umgang mit flexiblen Leitungen und - Aderendhülsen in Kabelkanälen innerhalb von Sekundärtechnik-Schaltanlagen. b) Die Referenz beinhaltet die Fertigung von mindestens 5 Schränken (freistehend und mit einer Breite zwischen 600 und 1200 mm) c) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.		
MK4.2	Nachweis mindestens einer projektvergleichbaren Referenz. Die Referenz ist projektvergleichbar, wenn diese mindestens die folgenden Anforderungen beinhaltet: a) Die Referenz umfasst ein Projekt mit Kundenspezifischen Komponenteneinbau, wobei folgende Geräte in den Sekundärtechnik-Schaltanlagen mit 19-Zoll-Technik und Montageplatten verbaut wurden: Leitungsschutzschalter, Hilfsrelais, Durchgangsklemmen, Messertrennklemmen, Prüfsteckdosen, Stromschienen b) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.		
MK4.3	Nachweis mindestens einer projektvergleichbaren Referenz. Die Referenz ist projektvergleichbar, wenn diese mindestens die folgenden Anforderungen beinhaltet: a) Die Referenz umfasst hinsichtlich der Fertigungstechnik Projekterfahrung bei der Verarbeitung (Stanzung) von Metallplatten mit Bedien- und Anzeigeelementen wie z.B. Taster, Stellungsmelder, Um- oder Schlüsselschalter gemäß individueller Kundenvorgaben. b) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.		
MK4.4	Nachweis weiterer projektvergleichbarer Referenzen. Die Referenz ist projektvergleichbar, wenn diese mindestens die folgenden Anforderungen beinhaltet: a) Die Referenz umfasst die Lieferung von Sekundärtechnik-Schaltanlagen und/oder Wandschaltanlagen für ein Umspannwerk oder Netzknoten. b) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen. c) Der Gesamtauftragswert der Referenz beträgt mindestens 200.000,00 EUR/netto.		
Bewertungskriterien (BK):			
Info	Von sämtlichen eingereichten Referenzen werden je Bewertungskriterium max 3 Referenzen zur Bewertung herangezogen. Die Auswahl, der zur Bewertung heranzuziehenden Referenzen erfolgt seitens des Bewerbers, durch Eintragung der jeweiligen Referenzen in den Bewerberbogen. Referenzen der ausschreibenden Stelle sind ausdrücklich zugelassen. Die zur Bewertung heranzuziehenden Nachweise werden unabhängig von den Referenzen einmalig bewertet. Bei Punktgleichheit behält sich die ausschreibende Stelle vor, eine etwaige Entscheidung durch Auslosung vorzunehmen.	Punkte je Referenz bzw. Nachweis	erreichbare Punkte bei Wertung von max. 3 Referenzen bzw. 1 Nachweis
BK4.1	Nachweis weiterer projektvergleichbarer Referenzen. Die Referenz ist projektvergleichbar, wenn diese mindestens die folgenden Anforderungen beinhaltet: a) Die Referenz umfasst ein Projekt in der Verdrahtungstechnik zum Umgang mit flexiblen Leitungen und - Aderendhülsen in Kabelkanälen innerhalb von Sekundärtechnik-Schaltanlagen. b) Die Referenz beinhaltet die Fertigung von mindestens 5 Schränken (freistehend und mit einer Breite zwischen 600 und 1200 mm) c) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.	2	6
BK4.2	Nachweis weiterer projektvergleichbarer Referenzen. Die Referenz ist projektvergleichbar, wenn diese mindestens die folgenden Anforderungen beinhaltet: a) Die Referenz umfasst ein Projekt mit Kundenspezifischen Komponenteneinbau, wobei folgende Geräte in den Sekundärtechnik-Schaltanlagen mit 19-Zoll-Technik und Montageplatten verbaut wurden: Leitungsschutzschalter, Hilfsrelais, Durchgangsklemmen, Messertrennklemmen, Prüfsteckdosen, Stromschienen b) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.	2	6
BK4.3	Nachweis weiterer projektvergleichbarer Referenzen. Die Referenz ist projektvergleichbar, wenn diese mindestens die folgenden Anforderungen beinhaltet: a) Die Referenz umfasst hinsichtlich der Fertigungstechnik Projekterfahrung bei der Verarbeitung (Stanzung) von Metallplatten mit Bedien- und Anzeigeelementen wie z.B. Taster, Stellungsmelder, Um- oder Schlüsselschalter gemäß individueller Kundenvorgaben. b) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.	2	6
BK4.4	Nachweis weiterer projektvergleichbarer Referenzen. Die Referenz ist projektvergleichbar, wenn diese mindestens die folgenden Anforderungen beinhaltet: a) Die Referenz umfasst die Lieferung von Sekundärtechnik-Schaltanlagen und/oder Wandschaltanlagen für ein Umspannwerk oder Netzknoten. b) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen. c) Der Gesamtauftragswert der Referenz beträgt mindestens 200.000,00 EUR/netto.	2	6
BK3.6	Nachweis durch Vorlage des aktuell gültigen Zertifikates, dass der Bewerber ein bestehendes Umweltmanagementsystem entsprechend der DIN EN ISO14001:2005-06 oder gleichwertig betreibt	3	3
		erreichbare Gesamtpunktzahl	27

Muster – Vorauszahlungsbürgschaft

Der Auftragnehmer

.....
Name und Sitz

und der Auftraggeber

Stromnetz Berlin GmbH

haben unter der Bestellnummer:

einen Auftrag für:
Bezeichnung der Leistung

abgeschlossen.

Nach den Bedingungen des Vertrages hat der Auftragnehmer als Sicherheit für eine Vorauszahlung eine selbstschuldnerische Bürgschaft zu stellen.

Der Bürge

.....
Name und Sitz

übernimmt im Auftrag des Auftragnehmers zugunsten des Auftraggebers für etwaige Ansprüche des Auftraggebers auf Rückzahlung der geleisteten Vorauszahlung die selbstschuldnerische Bürgschaft bis zu einem Netto-Betrag von

EUR
(in Worten:).
Zzgl. MwSt.

Die Bürgschaft sichert alle Rückzahlungsansprüche einschließlich der gesetzlich geltenden Umsatzsteuer des Auftraggebers, die daraus resultieren, dass die vom Auftragnehmer vertragsgemäß erbrachten Leistungen nicht der vom Auftragnehmer geleisteten Vorauszahlung entsprechen.

[*optional*: Die Bürgschaft umfasst auch den vertraglichen Freistellungsanspruch des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer im Hinblick auf Ansprüche, die aufgrund einer Verletzung der Bestimmungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes und/oder des Mindestlohngesetzes durch den Auftragnehmer bzw. seiner Nachauftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber geltend gemacht werden.]

Aus dieser Bürgschaft kann der Bürge nur auf Zahlung von Geld in Anspruch genommen werden.

Auf die Einrede der Vorausklage (§ 771 BGB) wird ebenso verzichtet, wie auf die Einreden der Anfechtbarkeit und der Aufrechenbarkeit. Der Verzicht auf die Einrede der Anfechtbarkeit

umfasst nicht den Einwand der Anfechtung wegen einer arglistigen Täuschung. Der Ausschluss der Einrede der Aufrechenbarkeit gilt nicht, soweit die Gegenforderung des Auftragnehmers unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist.

Die Bürgschaft ist unbefristet. Sie erlischt mit Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde.

[Option 1: Die Bürgschaft wird entsprechend den im Zahlungsplan getroffenen Bestimmungen zurückgegeben.

Option 2: Die Bürgschaft wird entsprechend den im Zahlungsplan getroffenen Bestimmungen zurückgegeben, wenn der Wert der Zahlung durch entsprechende Leistungen, die in das Eigentum des Auftraggebers übergegangen sind, abgesichert ist.]

Die Bürgschaftsforderung verjährt nicht vor Verjährung sämtlicher durch diese Bürgschaft gesicherter Ansprüche. Im Höchstfalle gilt jedoch die Frist des § 199 Abs. 4 BGB.

Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Gerichtsstand ist Berlin.

.....
(Datum)

.....
(Stempel und Unterschriften)

Muster – Vorauszahlungsgarantie

Der Auftragnehmer

.....
Name und Sitz

und der Auftraggeber

Stromnetz Berlin GmbH

haben unter der Bestellnummer: ...

einen Auftrag für

.....
Bezeichnung der Leistung

abgeschlossen.

Nach den Bedingungen des Vertrages hat der Auftragnehmer als Sicherheit für eine Vorauszahlung eine Garantie zu stellen.

Der Garant

.....
Name und Sitz

übernimmt im Auftrag des Auftragnehmers zugunsten des Auftraggebers für etwaige Ansprüche des Auftraggebers auf Rückzahlung der geleisteten Vorauszahlung die Garantie bis zu einem Brutto-Höchstbetrag von

EUR
(in Worten:).
Zzgl. MwSt.

Die Garantie sichert alle Rückzahlungsansprüche einschließlich der gesetzlich geltenden Umsatzsteuer des Auftraggebers, die daraus resultieren, dass die vom Auftragnehmer vertragsgemäß erbrachten Leistungen nicht der vom Auftragnehmer geleisteten Vorauszahlung entsprechen.

[*optional*: Die Garantie umfasst auch den vertraglichen Freistellungsanspruch des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer im Hinblick auf Ansprüche, die aufgrund einer Verletzung der Bestimmungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes und/oder des Mindestlohngesetzes durch den Auftragnehmer bzw. seiner Nachauftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber geltend gemacht werden.]

Aus dieser Garantie kann der Garant nur auf Zahlung von Geld in Anspruch genommen werden.

Etwaige Einreden oder Einwendungen aus dem Grundgeschäft kann der Garant nur unmittelbar gegenüber dem Auftragnehmer geltend machen. Die Garantie ist unbefristet. Sie erlischt mit Rückgabe dieser Garantieurkunde.

[Option 1: Die Garantie wird entsprechend den im Zahlungsplan getroffenen Bestimmungen zurückgegeben.

Option 2: Die Garantie wird entsprechend den im Zahlungsplan getroffenen Bestimmungen zurückgegeben, wenn der Wert der Zahlung durch entsprechende Leistungen, die in das Eigentum des Auftraggebers übergegangen sind, abgesichert ist.]

Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Gerichtsstand ist Berlin.

.....
(Datum)

.....
(Stempel und Unterschriften)

MUSTER

Muster – Bürgschaft zur Sicherung der Ansprüche aus Mängelhaftung

Der Auftragnehmer

.....
Name und Sitz

und der Auftraggeber

Stromnetz Berlin GmbH

haben unter der Bestellnummer: ...

einen Auftrag für
Bezeichnung der Leistung

abgeschlossen.

Der Auftragnehmer ist vertraglich zur Stellung einer selbstschuldnerischen Bürgschaft zur Absicherung von Mängelansprüchen des Auftraggebers verpflichtet.

Der Bürge

.....
Name und Sitz

übernimmt für den Auftragnehmer für etwaige Ansprüche aus Mängelhaftung des Auftraggebers die selbstschuldnerische Bürgschaft bis zu einem Betrag von

EUR
(in Worten:).

Die Bürgschaft sichert sämtliche Ansprüche des Auftraggebers aus der Mängelhaftung nach der Abnahme gegenüber dem Auftragnehmer einschließlich von Schadensersatzansprüchen für sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Folgeschäden aufgrund von nach der Abnahme festgestellten Mängeln. Der ursprüngliche Vertragsumfang wird unter Umständen durch geänderte und/oder zusätzliche Leistungen abgeändert und/oder erweitert; die Bürgenhaftung erstreckt sich ausdrücklich auch auf diese, mit der Schlussrechnung abgerechneten geänderten bzw. zusätzlichen Leistungen. Veränderungen und Erweiterungen der ursprünglichen Schlussrechnungssumme dürfen allerdings nur bis zu einem Betrag von maximal 5 % der Summe berücksichtigt werden.

Ebenfalls werden die vorgenannten Ansprüche des Auftraggebers für solche Mängel gesichert, deren Beseitigung sich der Auftraggeber bei der Abnahme vorbehalten hat und die nach der Abnahme von dem Auftragnehmer vorzunehmen sind. Die Bürgschaft dient zudem der Absicherung der Ansprüche des Auftraggebers auf die Erstattung von Überzahlungen nach der Rückgabe der Vertragserfüllungsbürgschaft.

[optional: Die Bürgschaft umfasst auch den vertraglichen Freistellungsanspruch des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer im Hinblick auf Ansprüche, die aufgrund einer Verletzung der Bestimmungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes und/oder des Mindestlohngesetzes durch den Auftragnehmer bzw. seiner Nachauftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber geltend gemacht werden.]

Aus dieser Bürgschaft kann der Bürge nur auf Zahlung von Geld in Anspruch genommen werden.

Auf die Einrede der Vorausklage (§ 771 BGB) wird ebenso verzichtet, wie auf die Einreden der Anfechtbarkeit und der Aufrechenbarkeit. Der Verzicht auf die Einrede der Anfechtbarkeit umfasst nicht den Einwand der Anfechtung wegen einer arglistigen Täuschung. Der Ausschluss der Einrede der Aufrechenbarkeit gilt nicht, soweit die Gegenforderung des Auftragnehmers unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist.

Die Bürgschaft ist unbefristet. Sie erlischt mit Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde. Die Bürgschaftsforderung verjährt nicht vor Verjährung sämtlicher durch diese Bürgschaft gesicherter Ansprüche. Im Höchstfalle gilt jedoch die Frist des § 199 Abs. 4 BGB.

Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Gerichtsstand ist Berlin.

.....
(Datum)

.....
(Stempel und Unterschriften)

Muster – Garantie zur Sicherung der Ansprüche aus Mängelhaftung

Der Auftragnehmer

.....
Name und Sitz

und der Auftraggeber

Stromnetz Berlin GmbH

haben unter der Bestellnummer: ...

einen Auftrag für

.....
Bezeichnung der Leistung

abgeschlossen.

Der Auftragnehmer ist vertraglich zur Stellung einer Garantie zur Absicherung von Mängelansprüchen des Auftraggebers verpflichtet.

Der Garant

.....
Name und Sitz

übernimmt für den Auftragnehmer für etwaige Ansprüche aus Mängelhaftung des Auftraggebers die Garantie bis zu einem Höchstbetrag von

EUR
(in Worten:).

Die Garantie sichert sämtliche Ansprüche des Auftraggebers aus der Mängelhaftung nach der Abnahme gegenüber dem Auftragnehmer einschließlich von Schadensersatzansprüchen für sämtliche unmittelbaren und mittelbaren Folgeschäden aufgrund von nach der Abnahme festgestellten Mängeln. Der ursprüngliche Vertragsumfang wird unter Umständen durch geänderte und/oder zusätzliche Leistungen abgeändert und/oder erweitert; die Garantenhaftung erstreckt sich ausdrücklich auch auf diese, mit der Schlussrechnung abgerechneten geänderten bzw. zusätzlichen Leistungen. Veränderungen und Erweiterungen der ursprünglichen Schlussrechnungssumme dürfen allerdings nur bis zu einem Betrag von maximal 5 % der Summe berücksichtigt werden.

Ebenfalls werden die vorgenannten Ansprüche des Auftraggebers für solche Mängel gesichert, deren Beseitigung sich der Auftraggeber bei der Abnahme vorbehalten hat und die nach der Abnahme von dem Auftragnehmer vorzunehmen ist. Die Garantie dient auch der Absicherung der Ansprüche des Auftraggebers auf die Erstattung von Überzahlungen nach der Rückgabe der Garantie zur Absicherung der Vertragserfüllung.

[optional: Die Garantie umfasst auch den vertraglichen Freistellungsanspruch des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer im Hinblick auf Ansprüche, die aufgrund einer Verletzung der Bestimmungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes und/oder des Mindestlohngesetzes durch den Auftragnehmer bzw. seiner Nachauftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber geltend gemacht werden.]

Aus dieser Garantie kann der Garant nur auf Zahlung von Geld in Anspruch genommen werden.

Die Garantie ist unbefristet. Sie erlischt mit Rückgabe dieser Garantieurkunde. Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Gerichtsstand ist Berlin.

.....
(Datum)

.....
(Stempel und Unterschriften)

MUSTER

Muster – Bürgschaft zur Absicherung der Vertragserfüllung

Der Auftragnehmer

.....
Name und Sitz

und der Auftraggeber

Stromnetz Berlin GmbH
Eichenstraße 3A, 12435 Berlin

haben unter der Bestellnummer:

einen Auftrag für

.....
Bezeichnung der Leistung

abgeschlossen.

Nach den Bedingungen des Vertrages hat der Auftragnehmer als Sicherheit für die Erfüllung der Pflichten aus o.g. Vertrag eine selbstschuldnerische Bürgschaft zu stellen.

Der Bürge

.....
Name und Sitz

übernimmt zur Sicherung der Ansprüche des Auftraggebers auf Vertragserfüllung für den Auftragnehmer die selbstschuldnerische Bürgschaft bis zu einem Betrag von

EUR
(in Worten:).

Die Bürgschaft umfasst die Ansprüche auf fristgerechte abnahmefähige Herstellung des Werkes, einschließlich Erfüllung der vertraglichen Nebenpflichten, Vertragsstrafen, also auch Ansprüche auf Schadensersatz wegen Nichterfüllung und Verzugs oder Beseitigung bestehender Mängel vor Abnahme, sowie die Rückerstattung von Überzahlungen einschließlich Zinsen.

Der ursprüngliche Vertragsumfang kann durch geänderte und zusätzliche Leistungen abgeändert oder erweitert werden; die nachfolgend erklärte Bürgenhaftung erstreckt sich ausdrücklich auch auf diese Veränderungen und Erweiterungen des ursprünglichen Vertragsumfangs, allerdings nur bis zu einem Betrag von maximal 10 % der Netto-Auftragssumme.

[Optional: Die Bürgschaft umfasst auch den vertraglichen Freistellungsanspruch des Auftraggebers gegen den Auftragnehmer im Hinblick auf Ansprüche, die aufgrund einer Verletzung der Bestimmungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes und/oder des Mindestlohngesetzes durch den Auftragnehmer bzw. seiner Nachauftragnehmer gegenüber dem Auftraggeber geltend gemacht werden.]

Die Ansprüche des Auftraggebers für solche Mängel, deren Beseitigung sich der Auftraggeber bei der Abnahme vorbehalten hat und die nach der Abnahme von dem Auftragnehmer vorzunehmen sind, werden von der Vertragserfüllungsbürgschaft nicht erfasst.

Aus dieser Bürgschaft kann der Bürge nur auf Zahlung von Geld in Anspruch genommen werden.

Auf die Einrede der Vorausklage (§ 771 BGB) wird ebenso verzichtet, wie auf die Einreden der Anfechtbarkeit und der Aufrechenbarkeit. Der Verzicht auf die Einrede der Anfechtbarkeit umfasst nicht den Einwand der Anfechtung wegen einer arglistigen Täuschung. Der Ausschluss der Einrede der Aufrechenbarkeit gilt nicht, soweit die Gegenforderung des Auftragnehmers unbestritten oder rechtskräftig festgestellt ist.

Die Bürgschaft ist unbefristet. Sie erlischt mit Rückgabe dieser Bürgschaftsurkunde. Die Bürgschaftsforderung verjährt nicht vor Verjährung sämtlicher durch diese Bürgschaft gesicherter Ansprüche. Im Höchstfalle gilt jedoch die Frist des § 199 Abs. 4 BGB.

Es gilt das Recht der Bundesrepublik Deutschland. Gerichtsstand ist Berlin.

.....
(Datum)

.....
(Stempel und Unterschriften)

Bewerberbogen zum Qualifizierungssystem	
zum Qualifizierungssystem gemäß §48 SektVO:	Herstellung und Lieferung von Sekundärtechnik-Schaltschränken für die Kunden-Umspannwerke
eVergabe-Nummer:	2026000671
Allgemeine Hinweise zum Befüllen des Bewerberbogens	Eintragung durch Bewerber
<p>Grundsätzlich sind die Angaben der Auftragsbekanntmachung und der veröffentlichten bzw. uns übermittelten Unterlagen des Vergabeverfahrens zu beachten. Eine Übersicht der im Rahmen dieses Teilnahmewettbewerbes zusätzlich zum Bewerberbogen einzureichenden Unterlagen liegt den Vergabe- und Vertragsunterlagen in Form einer "Übersicht Vergabeunterlagen" bei.</p> <p>Die Auswahl der Bewerber, die im weiteren Verfahren zur Angebotsabgabe aufgefordert werden, erfolgt auf Basis der u.a. in diesem Bewerberbogen abgefragten Angaben sowie der beiliegenden Bewertungsmatrix. Daher sind alle in diesem Bewerberbogen geforderten Angaben vollständig auszufüllen bzw. anzugeben.</p> <p>Alle Pflichtangaben sind in der Spalte B in den "gelb" hinterlegten Zellen zu tätigen.</p> <p><u>Bewerber-/Bietergemeinschaft:</u> Bei Bewerbung als Bewerber-/Bietergemeinschaft ist das separat beiliegende Formblatt 3 - "Erklärung Bewerbergemeinschaft" sowie von jedem Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft jeweils ein separater Bewerberbogen auszufüllen und einzureichen. Bewertungsrelevante Angaben werden in diesem Fall kumuliert.</p> <p><u>Eignungsverleiher:</u> Eignungsverleiher bzw. eignungsverleihende Unternehmen sind Nachunternehmer, die zur Bewertung der Eignung im Rahmen dieses Teilnahmewettbewerbers herangezogen werden sollen. Bei Bewerbung mit Eignungsverleiher ist von jedem eignungsverleihenden Nachunternehmer das separat beiliegende Formblatt 4 - "Verpflichtungserklärung zur Eignungsleihe" sowie ein separater Bewerberbogen auszufüllen und einzureichen. Bewertungsrelevante Angaben werden in diesem Fall kumuliert.</p> <p><u>Referenzen:</u> Die Darstellung der Referenzen soll so erfolgen, dass eine Prüfung der Mindest- und Bewertungskriterien (MK bzw. BK) zur Eignung ermöglicht wird. Die Referenzangaben sind daher grundsätzlich in diesem Bewerberbogen einzutragen und dieser als Excel-Datei einzureichen. Sollten mehr Referenzen eingereicht werden, als Eintragungsmöglichkeiten im Bewerberbogen vorhanden sind, ist der betreffende Teil des Bewerberbogens zu duplizieren und als gesonderte Excel-Datei einzureichen. Inhalte bewerbereigener Referenzdarstellungen werden grundsätzlich nicht bei der Bewertung berücksichtigt, können aber zur ergänzenden Erläuterung beigelegt werden. Referenzen von konzernverbundenen Unternehmen, die nicht für die Leistungserbringung vorgesehen sind, sind nicht zulässig. Der Auftraggeber behält sich ausdrücklich vor, bewertungsrelevante Erklärungen Nachweise nachzufordern (Bestätigungen Dritter, Urkunden, Zeugnisse, Zertifikate, Referenznachweise, etc.) Im Sinne der umweltgerechten Beschaffung ist davon abzusehen, weitere bzw. nicht geforderte Angaben, Unterlagen oder Nachweise einzureichen. Insbesondere sind auf zusätzliche Broschüren, Unternehmensberichte o.ä. zu verzichten.</p>	

<p>Ich/Wir erkläre/n rechtsverbindlich mit formgerechter Abgabe des Teilnahmeantrages, dass ich/ wir die vorgenannten allgemeinen Hinweise zur Kenntnis genommen haben.</p> <p>Ich bin mir/wir sind uns bewusst, dass wissentlich falsche Angaben:</p> <ul style="list-style-type: none"> - meinen/unseren Ausschluss von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat, - nach Erhalt des Zuschlags den Auftraggeber wegen Verletzung einer vertraglichen Pflicht zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt, - im Fall der Kündigung des Vertrages wegen wissentlich falscher Angaben der vorstehenden Erklärungen Schadensersatz von mir/uns zu leisten ist, - meinen/unseren Ausschluss von weiteren Auftragserteilungen zur Folge haben kann. <p>Dies gilt insbesondere auch bei meinen/unseren Referenzangaben.</p>	<p>keine Eintragung notwendig, Bestätigung durch Angabe des Namen des Erklärenden am Ende des Bewerberbogens</p>
<p>Formblatt 1 - Teilnahmeantragsschreiben - Grundsätzliche Erklärung</p>	<p>Eintragung durch Bewerber</p>
<p>Ich/Wir bewerbe/n mich/uns rechtsverbindlich mit formgerechter Abgabe des Teilnahmeantrages um die Teilnahme am gegenständlichen Vergabeverfahren und geben dazu die folgenden in den jeweiligen Formblättern erläuterten Erklärungen ab:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Unsere Bewerbung zur Teilnahme haben wir auf der Grundlage der Auftragsbekanntmachung und der veröffentlichten bzw. uns übermittelten Unterlagen des Vergabeverfahrens erstellt. Wir haben sämtliche Unterlagen geprüft und erklären, dass aus unserer Sicht keine Unklarheiten oder Widersprüche bestehen, keine Fragen offen sind und eine Teilnahme am Vergabeverfahren für uns ohne Einschränkungen möglich ist. 2. Die von uns im Folgenden ausgefüllten Formblätter insbesondere der damit verbundenen Erklärungen sowie die ggfs. von uns hinzugefügten Anlagen sind Bestandteil unserer Bewerbung. 3. Unsere Bewerbung zur Teilnahme erfüllt die Vorgaben der Auftragsbekanntmachung vollständig. Sollte unser Bewerbung zur Teilnahme missverständlich, widersprüchlich oder unklar sein, gilt jene Auslegung, nach der die Anforderungen des Vergabeverfahrens am ehesten erfüllt sind. 4. Kann eine missverständliche, widersprüchliche oder unklare Angabe nicht durch Auslegung hinreichend geklärt werden, geht dies zu unseren Lasten. 5. Unsere Bewerbung zur Teilnahme und die weiteren Formblätter/Unterlagen des Vergabeverfahrens haben wir nur entsprechend der zulässigen Vorgaben ausgefüllt und durch zulässige eigene und als solche gekennzeichnete Unterlagen ergänzt; im Übrigen wurden die Unterlagen von uns nicht verändert. 6. Alle Angaben sind vollständig und wahrheitsgemäß erfolgt und keine Auskünfte wurden zurückgehalten, die den Wahrheits- oder Bedeutungsgehalt einer abgegebenen Erklärung verändern können. Die Richtigkeit der Angaben der von mir/ uns benannten eignungsverleihenden Unternehmen habe/ haben ich/ wir vollständig überprüft. Mir/ Uns ist bewusst, dass falsche Angaben, falsche Erklärungen oder die Zurückhaltung von Auskünften – auch sofern Angaben/Erklärungen von eignungsverleihenden Unternehmen betroffen sind – zum Ausschluss vom weiteren Verfahren führen können. 7. Im Falle einer Änderung von Sachverhalten, die den Wahrheits- oder Bedeutungsgehalt einer abgegebenen Erklärung verändern können, verpflichte/n ich/ wir mich/ uns, dies unverzüglich und unaufgefordert mitzuteilen. Etwaige Rückfragen werde/n ich/ wir unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb der von der Vergabestelle gesetzten Frist, beantworten. 8. Für weitere Fragen und Erläuterungen zu dieser Bewerbung bzw. im weiteren Vergabeverfahren steht der im entsprechenden Formblatt benannte Ansprechpartner unter den aufgeführten Kontaktdaten zur Verfügung. 	<p>keine Eintragung notwendig, Bestätigung durch Angabe des Namen des Erklärenden am Ende des Bewerberbogens</p>

Formblatt 2 - Angaben zum Bewerber/Bieter bzw. Mitglied Bewerber-/Bietergemeinschaft bzw. Eignungsverleiher	Eintragung durch Bewerber
Firmenbezeichnung/Firmenname:	Bitte ausfüllen!
Ansprechpartner:	Bitte ausfüllen!
Telefonnummer des Ansprechpartners:	Bitte ausfüllen!
E-Mail des Ansprechpartners:	Bitte ausfüllen!
Die Bewerbung erfolgt als:	Bitte auswählen!
(nur bei Bewerbung als Bewerber-/Bietergemeinschaft)	
Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft gemäß als Anlage beiliegender Erklärung	Bitte auswählen!
Geschäftsadresse/Anschrift - Straße Hausnummer	Bitte ausfüllen!
Geschäftsadresse/Anschrift - PLZ	Bitte ausfüllen!
Geschäftsadresse/Anschrift - Ort	Bitte ausfüllen!
Telefon:	Bitte ausfüllen!
Fax:	Bitte ausfüllen!
Zentrale E-Mail:	Bitte ausfüllen!
Internetadresse:	Bitte ausfüllen!
IBAN	Bitte ausfüllen!
BIC (Swiftcode)	Bitte ausfüllen!
(nur bei Wirtschaftlichen Verknüpfungen mit Dritten)	
Gesellschaftsrechtliche Verbindungen	Bitte ausfüllen!
Rechtsform	Bitte ausfüllen!
Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister unter der Nummer:	Bitte ausfüllen!
Registergericht	Bitte ausfüllen!
Umsatzsteuer-ID	Bitte ausfüllen!
Bewerber/Bieter, Mitglied Bewerber-/Bietergemeinschaft, Eignungsverleiher bzw. Nachunternehmer ist ein KMU (Kleinstunternehmen, kleines Unternehmen oder mittleres Unternehmen in Anlehnung an die Empfehlung (2003/361/EG) der Europäischen Kommission zu Umsatz- und Beschäftigtengrößenklassen).	Bitte auswählen!
Eine über die vorgenannten Informationen hinausgehende Unternehmensdarstellung ist als Anlage beigelegt:	Bitte auswählen!

Formblatt 3 - Erklärung Bewerbergemeinschaft	Eintragung durch Bewerber
(nur bei Bewerbung als Bewerber-/Bietergemeinschaft) Die Erklärung Bewerbergemeinschaft liegt vollständig ausgefüllt und von allen Mitgliedern unterzeichnet als Anlage bei.	Bitte auswählen!
Angaben zu etwaigen Nachunternehmen bzw. eignungsverleihenden Unternehmen	Eintragung durch Bewerber
Firmenbezeichnung/Firmenname Nachunternehmen bzw. eignungsverleihenden Unternehmen 1	Bitte ausfüllen!
Eignungsleihe mittels Nachunternehmen - 1	Bitte auswählen!
Firmenbezeichnung/Firmenname Nachunternehmen bzw. eignungsverleihenden Unternehmen 2	Bitte ausfüllen!
Eignungsleihe mittels Nachunternehmen - 2	Bitte auswählen!
Firmenbezeichnung/Firmenname Nachunternehmen bzw. eignungsverleihenden Unternehmen 3	Bitte ausfüllen!
Eignungsleihe mittels Nachunternehmen - 3	Bitte auswählen!
Formblatt 4 - Verpflichtungserklärung zur Eignungsleihe	Eintragung durch Bewerber
(nur bei Bewerbung mit Eignungsverleiher/n) Die Verpflichtungserklärung/en zur Eignungsleihe liegt/en vollständig ausgefüllt und vom/von den eignungsverleihenden Unternehmen unterzeichnet als Anlage/n bei.	Bitte auswählen!
MK 1 - Formblatt 5 - Erklärung Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung	Eintragung durch Bewerber
Ich/Wir erfülle/n die gesetzlichen Voraussetzungen für die Ausführung der ausgeschriebenen Leistungen, insbesondere jene die Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung betreffen.	Bitte auswählen!
MK 1.1 Berufs- und/oder Handelsregister Sofern für die Erbringung der Leistung bzw. für mein/unser Unternehmen in jenem Staat, in dem wir niedergelassen ist/sind, die Eintragung in einem Berufs- und/oder Handelsregister vorgeschrieben ist, weisen wir die Befähigung und Erlaubnis zur Berufsausübung durch die Eintragung im jeweiligen Register des Staates, in dem ich/wir niedergelassen sind nach. Hierzu reiche/en ich wir den Registerauszug bzw. die Registerauszüge als Anlage(n) ein.	Bitte auswählen!
(nur wenn kein Nachweis aus einem Berufs- oder Handelsregister vorgelegt werden kann) Sofern kein Nachweis aus einem Berufs- oder Handelsregister vorgelegt wird, ist die folgende alternative Erklärung erforderlich: Hiermit erkläre/n ich/wir, dass ich/wir nicht nach den gesetzlichen Bestimmungen zur Eintragung im Berufs- oder Handelsregister unseres Sitzstaates verpflichtet bin/sind und ich/wir auch im Übrigen keine Erklärung oder Bescheinigung vorlegen kann/können, die in Anhang XI Richtlinie 2014/24/EU für den für uns geltenden Sitzstaat aufgelistet ist.	Bitte auswählen!

MK 2 - Formblatt 6 - Erklärung finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit	Eintragung durch Bewerber
MK 2.1 Haftpflichtversicherung Ich erkläre/ Wir erklären, rechtsverbindlich mit formgerechter Abgabe des Teilnahmeantrages, 1.) dass ich/ wir eine Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden einer Versicherungsgesellschaft mit Firmensitz in der EU unter Berücksichtigung eines marktüblichen Umfanges des Versicherungsschutzes besteht bzw. abgeschlossen und aufrechterhalten wird. Ein Nachweis zum Bestehen des Versicherungsschutzes erfolgt unaufgefordert durch Vorlage einer entsprechenden Bestätigung der Versicherung im Auftragsfall spätestens 14 Tage nach Zuschlagserteilung.	Bitte auswählen!
MK 2.2 Gesamtjahresumsatz Ich/Wir erklären/n, dass der durchschnittliche Gesamtjahresumsatzes unsers Unternehmens innerhalb der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre mindestens 2.000.000,00 Euro netto betragen hat. Der AG behält sich die Nachforderung der kompletten konsolidierten Geschäftsberichte (oder vergleichbar) insbesondere Anhängen, Wirtschaftsprüferfreigaben und Kommentaren, etc. ausdrücklich vor. In den folgenden Geschäftsjahren haben wir folgende Umsätze erzielt:	Bitte auswählen!
<div>2022</div>	Bitte Wert in EUR/netto eintragen!
<div>2023</div>	Bitte Wert in EUR/netto eintragen!
<div>2024</div>	Bitte Wert in EUR/netto eintragen!
<div>2025</div>	Bitte Wert in EUR/netto eintragen!
Ich/Wir erklären/n, dass unser Unternehmen erst nach vorgenannten und abgefragten Jahren gegründet wurde, sodass wir können zu den geforderten wirtschaftlichen Kennzahlen keine bzw. nicht alle Angaben machen können.	Bitte auswählen!

MK/BK 4 - Formblatt 7.1 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit - Referenzen	Eintragung durch Bewerber
MK4.1 - Referenz Nr. 1	Eintragung durch Bewerber
Nachweis mindestens einer projektvergleichbaren Referenz. Die Referenz ist projektvergleichbar, wenn diese mindestens die folgenden Anforderungen beinhaltet:	
a) Die Referenz umfasst ein Projekt in der Verdrahtungstechnik zum Umgang mit flexiblen Leitungen und - Aderendhülsen in Kabelkanälen innerhalb von Sekundärtechnik-Schaltschränken.	
b) Die Referenz beinhaltet die Fertigung von mindestens 5 Schränken (freistehend und mit einer Breite zwischen 600 und 1200 mm)	
c) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.	
Auftraggeber (Name, Adresse) und Ort(e) der Leistungserbringung:	Bitte ergänzen!
Kurzbeschreibung der erbrachten wesentlichen Leistungsinhalte:	Bitte ergänzen!
Kontaktdaten des Ansprechpartners beim Referenzauftraggeber:	Bitte ergänzen!
Name:	Bitte ergänzen!
Telefon	Bitte ergänzen!
E-Mail:	Bitte ergänzen!
a) Die Referenz umfasst ein Projekt in der Verdrahtungstechnik zum Umgang mit flexiblen Leitungen und - Aderendhülsen in Kabelkanälen innerhalb von Sekundärtechnik-Schaltschränken.	Bitte auswählen!
b) Die Referenz beinhaltet die Fertigung von mindestens 5 Schränken (freistehend und mit einer Breite zwischen 600 und 1200 mm)	Bitte auswählen!
c) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.	Bitte auswählen!
Lieferung/Abnahme (TT.MM.JJJJ):	Bitte ergänzen!
Weitere Informationen zu den erbrachten Referenzleistung sind als Anlage beigefügt.	Bitte auswählen!

MK/BK 4.1 - Referenz Nr. 2	Eintragung durch Bewerber
Auftraggeber (Name, Adresse) und Ort(e) der Leistungserbringung:	Bitte ergänzen!
Kurzbeschreibung der erbrachten wesentlichen Leistungsinhalte:	Bitte ergänzen!
Kontaktdaten des Ansprechpartners beim Referenzauftraggeber:	Bitte ergänzen!
Name:	Bitte ergänzen!
Telefon	Bitte ergänzen!
E-Mail:	Bitte ergänzen!
a) Die Referenz umfasst ein Projekt in der Verdrahtungstechnik zum Umgang mit flexiblen Leitungen und - Aderendhülsen in Kabelkanälen innerhalb von Sekundärtechnik-Schaltschränken.	Bitte auswählen!
b) Die Referenz beinhaltet die Fertigung von mindestens 5 Schränken (freistehend und mit einer Breite zwischen 600 und 1200 mm)	Bitte auswählen!
c) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.	Bitte auswählen!
Lieferung/Abnahme (TT.MM.JJJJ):	Bitte ergänzen!
Weitere Informationen zu den erbrachten Referenzleistung sind als Anlage beigefügt.	Bitte auswählen!

MK/BK 4.1 - Referenz Nr. 3	Eintragung durch Bewerber
Auftraggeber (Name, Adresse) und Ort(e) der Leistungserbringung:	Bitte ergänzen!
Kurzbeschreibung der erbrachten wesentlichen Leistungsinhalte:	Bitte ergänzen!
Kontaktdaten des Ansprechpartners beim Referenzauftraggeber:	Bitte ergänzen!
Name:	Bitte ergänzen!
Telefon	Bitte ergänzen!
E-Mail:	Bitte ergänzen!
a) Die Referenz umfasst ein Projekt in der Verdrahtungstechnik zum Umgang mit flexiblen Leitungen und - Aderendhülsen in Kabelkanälen innerhalb von Sekundärtechnik-Schaltschränken.	Bitte auswählen!
b) Die Referenz beinhaltet die Fertigung von mindestens 5 Schränken (freistehend und mit einer Breite zwischen 600 und 1200 mm)	Bitte auswählen!
c) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.	Bitte auswählen!
Lieferung/Abnahme (TT.MM.JJJJ):	Bitte ergänzen!
Weitere Informationen zu den erbrachten Referenzleistung sind als Anlage beigefügt.	Bitte auswählen!

MK/BK 4.2 - Referenz Nr. 1	Eintragung durch Bewerber
<p>Nachweis mindestens einer projektvergleichbaren Referenz. Die Referenz ist projektvergleichbar, wenn diese mindestens die folgenden Anforderungen beinhaltet:</p> <p>a) Die Referenz umfasst ein Projekt mit Kundenspezifischen Komponenteneinbau, wobei folgende Geräte in den Sekundärtechnik-Schaltschränken mit 19-Zoll-Technik und Montageplatten verbaut wurden: Leitungsschutzschalter, Hilfsrelais, Durchgangsklemmen, Messertrennklemmen, Prüfsteckdosen, Stromschienen</p> <p>b) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.</p>	
Auftraggeber (Name, Adresse) und Ort(e) der Leistungserbringung:	Bitte ergänzen!
Kurzbeschreibung der erbrachten wesentlichen Leistungsinhalte:	Bitte ergänzen!
Kontaktdaten des Ansprechpartners beim Referenzauftraggeber:	Bitte ergänzen!
Name:	Bitte ergänzen!
Telefon	Bitte ergänzen!
E-Mail:	Bitte ergänzen!
<p>a) Die Referenz umfasst ein Projekt mit Kundenspezifischen Komponenteneinbau, wobei folgende Geräte in den Sekundärtechnik-Schaltschränken mit 19-Zoll-Technik und Montageplatten verbaut wurden: Leitungsschutzschalter, Hilfsrelais, Durchgangsklemmen, Messertrennklemmen, Prüfsteckdosen, Stromschienen</p>	Bitte auswählen!
<p>b) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.</p>	Bitte auswählen!
Lieferung/Abnahme (TT.MM.JJJJ):	Bitte ergänzen!
Weitere Informationen zu den erbrachten Referenzleistung sind als Anlage beigefügt.	Bitte auswählen!

MK/BK 4.2 - Referenz Nr. 2	Eintragung durch Bewerber
Auftraggeber (Name, Adresse) und Ort(e) der Leistungserbringung:	Bitte ergänzen!
Kurzbeschreibung der erbrachten wesentlichen Leistungsinhalte:	Bitte ergänzen!
Kontaktdaten des Ansprechpartners beim Referenzauftraggeber:	Bitte ergänzen!
Name:	Bitte ergänzen!
Telefon	Bitte ergänzen!
E-Mail:	Bitte ergänzen!
a) Die Referenz umfasst ein Projekt mit Kundenspezifischen Komponenteneinbau, wobei folgende Geräte in den Sekundärtechnik-Schaltschränken mit 19-Zoll-Technik und Montageplatten verbaut wurden: Leitungsschutzschalter, Hilfsrelais, Durchgangsklemmen, Messertrennklemmen, Prüfsteckdosen, Stromschienen	Bitte auswählen!
b) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.	Bitte auswählen!
Lieferung/Abnahme (TT.MM.JJJJ):	Bitte ergänzen!
Weitere Informationen zu den erbrachten Referenzleistung sind als Anlage beigefügt.	Bitte auswählen!

MK/BK 4.2 - Referenz Nr. 3	Eintragung durch Bewerber
Auftraggeber (Name, Adresse) und Ort(e) der Leistungserbringung:	Bitte ergänzen!
Kurzbeschreibung der erbrachten wesentlichen Leistungsinhalte:	Bitte ergänzen!
Kontaktdaten des Ansprechpartners beim Referenzauftraggeber:	Bitte ergänzen!
Name:	Bitte ergänzen!
Telefon	Bitte ergänzen!
E-Mail:	Bitte ergänzen!
a) Die Referenz umfasst ein Projekt mit Kundenspezifischen Komponenteneinbau, wobei folgende Geräte in den Sekundärtechnik-Schaltschränken mit 19-Zoll-Technik und Montageplatten verbaut wurden: Leitungsschutzschalter, Hilfsrelais, Durchgangsklemmen, Messertrennklemmen, Prüfsteckdosen, Stromschienen	Bitte auswählen!
b) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.	Bitte auswählen!
Lieferung/Abnahme (TT.MM.JJJJ):	Bitte ergänzen!
Weitere Informationen zu den erbrachten Referenzleistung sind als Anlage beigelegt.	Bitte auswählen!

MK/BK 4.3 - Referenz Nr. 1	Eintragung durch Bewerber
Nachweis mindestens einer projektvergleichbaren Referenz. Die Referenz ist projektvergleichbar, wenn diese mindestens die folgenden Anforderungen beinhaltet:	
a) Die Referenz umfasst hinsichtlich der Fertigungstechnik Projekterfahrung bei der Verarbeitung (Stanzung) von Metallplatten mit Bedien- und Anzeigeelementen wie z.B. Taster, Stellungsmelder, Um- oder Schlüsselschalter gemäß individueller Kundenvorgaben. b) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.	
Auftraggeber (Name, Adresse) und Ort(e) der Leistungserbringung:	Bitte ergänzen!
Kurzbeschreibung der erbrachten wesentlichen Leistungsinhalte:	Bitte ergänzen!
Kontaktaten des Ansprechpartners beim Referenzauftraggeber:	Bitte ergänzen!
Name:	Bitte ergänzen!
Telefon	Bitte ergänzen!
E-Mail:	Bitte ergänzen!
a) Die Referenz umfasst hinsichtlich der Fertigungstechnik Projekterfahrung bei der Verarbeitung (Stanzung) von Metallplatten mit Bedien- und Anzeigeelementen wie z.B. Taster, Stellungsmelder, Um- oder Schlüsselschalter gemäß individueller Kundenvorgaben.	Bitte auswählen!
b) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.	Bitte auswählen!
Lieferung/Abnahme (TT.MM.JJJJ):	Bitte ergänzen!
Weitere Informationen zu den erbrachten Referenzleistung sind als Anlage beigelegt.	Bitte auswählen!

MK/BK 4.3 - Referenz Nr. 2	Eintragung durch Bewerber
Auftraggeber (Name, Adresse) und Ort(e) der Leistungserbringung:	Bitte ergänzen!
Kurzbeschreibung der erbrachten wesentlichen Leistungsinhalte:	Bitte ergänzen!
Kontaktdaten des Ansprechpartners beim Referenzauftraggeber:	Bitte ergänzen!
Name:	Bitte ergänzen!
Telefon	Bitte ergänzen!
E-Mail:	Bitte ergänzen!
a) Die Referenz umfasst hinsichtlich der Fertigungstechnik Projekterfahrung bei der Verarbeitung (Stanzung) von Metallplatten mit Bedien- und Anzeigeelementen wie z.B. Taster, Stellungsmelder, Um- oder Schlüsselschalter gemäß individueller Kundenvorgaben.	Bitte auswählen!
b) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.	Bitte auswählen!
Lieferung/Abnahme (TT.MM.JJJJ):	Bitte ergänzen!
Weitere Informationen zu den erbrachten Referenzleistung sind als Anlage beigefügt.	Bitte auswählen!

MK/BK 4.3 - Referenz Nr. 3	Eintragung durch Bewerber
Auftraggeber (Name, Adresse) und Ort(e) der Leistungserbringung:	Bitte ergänzen!
Kurzbeschreibung der erbrachten wesentlichen Leistungsinhalte:	Bitte ergänzen!
Kontaktdaten des Ansprechpartners beim Referenzauftraggeber:	Bitte ergänzen!
Name:	Bitte ergänzen!
Telefon	Bitte ergänzen!
E-Mail:	Bitte ergänzen!
a) Die Referenz umfasst hinsichtlich der Fertigungstechnik Projekterfahrung bei der Verarbeitung (Stanzung) von Metallplatten mit Bedien- und Anzeigeelementen wie z.B. Taster, Stellungsmelder, Um- oder Schlüsselschalter gemäß individueller Kundenvorgaben.	Bitte auswählen!
b) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.	Bitte auswählen!
Lieferung/Abnahme (TT.MM.JJJJ):	Bitte ergänzen!
Weitere Informationen zu den erbrachten Referenzleistung sind als Anlage beigefügt.	Bitte auswählen!

MK/BK 4.4 - Referenz Nr. 1	Eintragung durch Bewerber
Nachweis mindestens einer projektvergleichbaren Referenz. Die Referenz ist projektvergleichbar, wenn diese mindestens die folgenden Anforderungen beinhaltet:	
a) Die Referenz umfasst die Lieferung von Sekundärtechnik-Schaltschränken und/oder Wandschaltschränke für ein Umspannwerk oder Netzknoten.	
b) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2019 schluss-/abgenommen.	
c) Der Gesamtauftragswert der Referenz beträgt mindestens 200.000,00 EUR/netto.	
Auftraggeber (Name, Adresse) und Ort(e) der Leistungserbringung:	Bitte ergänzen!
Kurzbeschreibung der erbrachten wesentlichen Leistungsinhalte:	Bitte ergänzen!
Kontakt Daten des Ansprechpartners beim Referenzbeauftragten:	Bitte ergänzen!
Name:	Bitte ergänzen!
Telefon	Bitte ergänzen!
E-Mail:	Bitte ergänzen!
a) Die Referenz umfasst die Lieferung von Sekundärtechnik-Schaltschränken und/oder Wandschaltschränke für ein Umspannwerk oder Netzknoten.	Bitte auswählen!
b) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.	Bitte auswählen!
Lieferung/Abnahme (TT.MM.JJJJ):	Bitte ergänzen!
c) Der Gesamtauftragswert der Referenz beträgt mindestens 200.000,00 EUR/netto.	Bitte auswählen!
Auftragswert in Euro (netto):	Bitte Wert in EUR/netto eintragen!
Weitere Informationen zu den erbrachten Referenzleistung sind als Anlage beigelegt.	Bitte auswählen!

MK/BK 4.4 - Referenz Nr. 2	Eintragung durch Bewerber
Auftraggeber (Name, Adresse) und Ort(e) der Leistungserbringung:	Bitte ergänzen!
Kurzbeschreibung der erbrachten wesentlichen Leistungsinhalte:	Bitte ergänzen!
Kontaktdaten des Ansprechpartners beim Referenzauftraggeber:	Bitte ergänzen!
Name:	Bitte ergänzen!
Telefon	Bitte ergänzen!
E-Mail:	Bitte ergänzen!
a) Die Referenz umfasst die Lieferung von Sekundärtechnik-Schaltschränken und/oder Wandschaltschränke für ein Umspannwerk oder Netzknoten.	Bitte auswählen!
b) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.	Bitte auswählen!
Lieferung/Abnahme (TT.MM.JJJJ):	Bitte ergänzen!
c) Der Gesamtauftragswert der Referenz beträgt mindestens 200.000,00 EUR/netto.	Bitte auswählen!
Auftragswert in Euro (netto):	Bitte Wert in EUR/netto eintragen!
Weitere Informationen zu den erbrachten Referenzleistung sind als Anlage beigefügt.	Bitte auswählen!

MK/BK 4.4 - Referenz Nr. 3	Eintragung durch Bewerber
Auftraggeber (Name, Adresse) und Ort(e) der Leistungserbringung:	Bitte ergänzen!
Kurzbeschreibung der erbrachten wesentlichen Leistungsinhalte:	Bitte ergänzen!
Kontaktdaten des Ansprechpartners beim Referenzauftraggeber:	Bitte ergänzen!
Name:	Bitte ergänzen!
Telefon	Bitte ergänzen!
E-Mail:	Bitte ergänzen!
a) Die Referenz umfasst die Lieferung von Sekundärtechnik-Schaltschränken und/oder Wandschaltschränke für ein Umspannwerk oder Netzknoten.	Bitte auswählen!
b) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.	Bitte auswählen!
Lieferung/Abnahme (TT.MM.JJJJ):	Bitte ergänzen!
c) Der Gesamtauftragswert der Referenz beträgt mindestens 200.000,00 EUR/netto.	Bitte auswählen!
Auftragswert in Euro (netto):	Bitte Wert in EUR/netto eintragen!
Weitere Informationen zu den erbrachten Referenzleistung sind als Anlage beigefügt.	Bitte auswählen!

MK /BK 3 - Formblatt 7.2 - Technische und berufliche Leistungsfähigkeit - Ausstattung, Fachkräfte, Zertifikate	Eintragung durch Bewerber
MK 3.1 Fachpersonal Ich/Wir bestätigen, das Knowhow und entsprechend ausgebildetes Personal zu haben, die folgenden übergreifenden externen Vorschriften - VDEW Empfehlungen für Maßnahmen zur Herabsetzung von Transienten Überspannungen in Sekundärleitungen (TÜ) innerhalb von Hochspannungsschaltanlagen, - DIN EN 61936 VDE 0101, - EMVG, - FTEG, - FuAG, - EN 60297, - DIN EN 61439 VDE 0660-600, und die folgenden besonderen Technischen Ausführungsrichtlinien - Erdung und Potentialausgleich gemäß TB 3548, - Beschriftung und Kennzeichnung in Umspannwerken gemäß KG 4048, - Kennzeichnung von elektrischen Betriebsmitteln der Energieverteilung gemäß TB 3605, - Beschriftung und Kennzeichnung in Umspannwerken gemäß TB 3606, Zugelassene Klemmen gemäß TB 3549 Anlage 4, - Ausrüstung von Umspannwerken gemäß TB 3549, - Kennzeichnung und Ordnung von Schaltungsunterlagen gemäß TB 3604 zur Herstellung der Sekundärtechnik-Schaltschränke einzuhalten.	Bitte auswählen!
MK 3.2 Normen Ich/Wir erklären/n, dass ich/wir in der Lage bin/sind, die Abwicklung des Gesamtauftrages auf der Grundlage einschlägiger EN-und DIN-Normen, einschlägiger deutscher oder europaweit harmonisierter vergleichbarer technischen Regelwerke, Vorschriften und Richtlinien durchzuführen.	Bitte auswählen!
MK 3.3 Prüf- und Nachbereitungsfläche im Umkreis von Berlin Ich/Wir erklären/n, dass ich/wir eine Prüf- und Nachbereitungsfläche zur Bemusterung/Werksprüfung für die gefertigten Sekundärtechnik-Schaltschränke in einem Radius von 500 km um Berlin vorhalten können.	Bitte auswählen!
MK 3.4 jährliche Fertigungskapazität Ich/Wir erklären/n, dass ich/wir über eine jährliche Fertigungskapazität von mindestens 100 Schaltschränken, die mit den in diesem PQ-Verfahren beschriebenen technischen Anforderungen vergleichbar sind, verfügt.	Bitte auswählen!
MK 3.5 Qualitätsmanagement Ich/Wir erklären/n, dass ich/wir ein eingeführtes und durch betriebliche Anweisungen umgesetztes, zertifiziertes Qualitätsmanagementsystems entsprechend der DIN EN ISO 9001-er Reihe oder gleichwertig betreibe/en. Das aktuell gültige Zertifikat ist als Anlage beigelegt.	Bitte auswählen!
BK 3.6 Umweltmanagement Ich/Wir erklären/n, dass ich/wir über ein bestehendes Umweltmanagementsystem entsprechend der DIN EN ISO14001:2005-06 oder gleichwertig verfügen. Das aktuell gültige Zertifikat ist als Anlage beigelegt.	Bitte auswählen!

<p>MK 3.7 Sicherheits-, Gesundheits- und Umweltschutz</p> <p>Ich/Wir erklären/n, dass ich/wir über ein Sicherheits-, Gesundheits- und Umweltschutzmanagementsystem entsprechend der DIN ISO 45001 oder gleichwertig verfügen.</p> <p>Der Nachweis hat zusätzlich durch Beschreibung des eingeführten Systems auf dem entsprechenden AG-Vordruck zu erfolgen. Dazu hat der Bewerber das den Vergabeunterlagen beiliegende Formblatt (Formblatt AGU A) zu nutzen. Das aktuell gültige Zertifikat einschließlich der geforderten Beschreibung sowie dem ausgefüllten Formblatt ist als Anlage beigefügt.</p>	Bitte auswählen!
<p>MK 3.8 Kommunikationsprache</p> <p>Ich/Wir erklären/n, dass ich/wir in der Lage bin/sind,</p> <p>a) die Vertragsabwicklung auch in allen Unterlagen und im Schriftverkehr in deutscher Sprache durchzuführen und Personal zu den erforderlichen Terminen vor Ort (Stadtgebiet Berlin) bereit zu stellen</p> <p>b) Projektpersonal in ausreichender Anzahl zu stellen:</p> <ul style="list-style-type: none">- das technisch und kommerziell verhandlungssicher deutsch spricht (mind. C1) und im Bedarfsfall an Projektbesprechungen und technischen Abstimmungen vor Ort (Stadtgebiet Berlin) teilnimmt,- das bei erkennbaren Gefährdungen des Projektablaufs kurzfristig an Klärungsgesprächen vor Ort (Stadtgebiet Berlin) teil nimmt und das über die gesamte Projektlaufzeit erreichbar ist. <p>c) im Bedarfsfall Aufsichtspersonal für Montage-, Prüf- und Inbetriebsetzungsarbeiten zu stellen, welches technisch sicher deutsch spricht und zur Auftragsabwicklung in ausreichender Anzahl zur Verfügung steht.</p>	Bitte auswählen!

MK 1.5 - Formblatt 8 - Eigenerklärung zur Eignung, zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen sowie zu Maßnahmen der Selbstreinigung	Eintragung durch Bewerber
<p>I Eigenerklärung zur Eignung und zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen</p> <p>1. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren gemäß § 123 Absatz 1 GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) iVm. § 142 Abs. 1 GWB ausgeschlossen werden muss, wenn der Auftraggeber Kenntnis davon hat, dass eine Person, deren Verhalten dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen nach § 30 OWiG (Gesetzes gegen Ordnungswidrigkeiten) eine Geldbuße rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:</p> <p>a) § 129 StGB (Strafgesetzbuch) (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen), § 129b StGB (kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),</p> <p>b) § 89c StGB (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen,</p> <p>c) § 261 StGB (Geldwäsche, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),</p> <p>d) § 263 StGB (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Gemeinschaften oder gegen Haushalte richtet, die von den Europäischen Gemeinschaften oder in deren Auftrag verwaltet werden,</p> <p>e) § 264 StGB (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in deren Auftrag verwaltet werden,</p> <p>f) § 299 StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr), §§ 299a und 299b StGB (Bestechlichkeit und Bestechung im Gesundheitswesen)</p> <p>g) § 108e StGB (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),</p> <p>h) § 108f des Strafgesetzbuchs (unzulässige Interessenwahrnehmung),</p> <p>i) den §§ 333 und 334 StGB (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB (Ausländische und internationale Bedienstete),</p> <p>j) Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder</p> <p>k) den §§ 232, 233a Absatz 1 bis 5, den 232b bis 233a StGB (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).</p> <p>Einer Verurteilung oder einer Festsetzung einer Geldbuße stehen in diesem Sinne eine Verurteilung oder eine Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich. Das Verhalten einer rechtskräftig verurteilten Person ist einem Unternehmen zuzurechnen, wenn sie für dieses Unternehmen bei der Führung der Geschäfte als für die Leitung des Unternehmens Verantwortlicher gehandelt hat; dazu gehört auch die Überwachung der Geschäftsführung oder die sonstige Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung.</p> <p>2. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren gemäß § 123 Absatz 4 GWB iVm. § 142 Abs. 1 GWB ausgeschlossen werden muss, wenn der Auftraggeber Kenntnis davon hat, dass das Unternehmen seinen Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern, Abgaben oder Beiträgen zur Sozialversicherung nicht nachgekommen ist und dies durch eine rechtskräftige Gerichts- oder bestandskräftige Verwaltungsentscheidung festgestellt wurde oder die Verletzung der aufgeführten Verpflichtungen auf sonstige Weise durch den Auftraggeber nachgewiesen wird.</p> <p>3. Mir/Uns ist bekannt, dass ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren gemäß § 124 Absatz 1 GWB iVm. § 142 Abs. 1 GWB ausgeschlossen werden kann, wenn</p>	<p>keine Eintragung notwendig, Bestätigung durch Angabe des Namen des Erklärenden am Ende des Bewerberbogens</p>

- l) das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,
- m) das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,
- n) das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 GWB ist entsprechend anzuwenden,
- o) der Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,
- p) ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,
- q) eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,
- r) das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,
- s) das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder
- t) das Unternehmen versucht hat, die Entscheidungsfindung des Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen, versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.
4. Mir/Uns ist bekannt, dass Unternehmen von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen öffentlichen Auftrag sowie als Unterauftragnehmer ausgeschlossen werden sollen, die gegen die in § 15 BerlAVG (Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz) festgelegten Vertragsbedingungen verstoßen haben.
5. Mir/Uns ist bekannt, dass Bewerber gemäß § 21 AEntG (Arbeitnehmerentsendegesetz) von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrag für eine angemessene Zeit bis zur nachgewiesenen Wiederherstellung ihrer Zuverlässigkeit ausgeschlossen werden sollen, die wegen eines Verstoßes nach § 23 AEntG mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden sind. Das Gleiche gilt auch schon vor Durchführung eines Bußgeldverfahrens, wenn im Einzelfall angesichts der Beweislage kein vernünftiger Zweifel an einer schwerwiegenden Verfehlung besteht.
6. Mir/Uns ist bekannt, dass Auftraggeber gemäß § 21 SchwarzArbG einen Bewerber oder Bieter bis zu einer Dauer von drei Jahren ausschließen sollen, wenn dieser oder dessen nach Satzung oder Gesetz Vertretungsberechtigte nach § 8 Absatz 1 Nummer 2, §§ 10 bis 11 SchwarzArbG, § 404 Absatz 1 oder 2 Nummer 3 SGBIII, §§ 15, 15a, 16 Absatz 1 Nummer 1, 1c, 1d, 1f oder 2 AÜG (Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes) oder § 266a Absatz 1 bis 4 StGB (Strafgesetzbuch)) zu einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen verurteilt oder mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden ist. Das Gleiche gilt auch schon vor Durchführung eines Straf- oder Bußgeldverfahrens, wenn im Einzelfall angesichts der Beweislage kein vernünftiger Zweifel an einer schwerwiegenden Verfehlung nach Satz 1 besteht.

7. Mir/Uns ist bekannt, dass Bewerber gemäß § 19 MiLoG (Mindestlohngesetz) von der Teilnahme an einem Wettbewerb um einen Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrag für eine angemessene Zeit bis zur nachgewiesenen Wiederherstellung ihrer Zuverlässigkeit ausgeschlossen werden sollen, die wegen eines Verstoßes nach § 21 MiLoG mit einer Geldbuße von wenigstens zweitausendfünfhundert Euro belegt worden sind.

8. Mir/Uns ist bekannt, dass Unternehmen von der Teilnahme an einem Verfahren über die Vergabe eines Liefer-, Bau- oder Dienstleistungsauftrags bis zur nachgewiesenen Selbstreinigung nach § 125 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ausgeschlossen werden sollen, die wegen eines rechtskräftig festgestellten Verstoßes nach § 24 Absatz 1 Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG) mit einer Geldbuße nach Maßgabe von § 22 Absatz 2 LkSG belegt worden sind.

9. Ich/Wir erkläre(n) hiermit,

a) dass keine Strafen oder Geldbußen für die vorgenannten Tatbestände oder nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gegen mein/unser Unternehmen oder eine Person verhängt worden sind, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist.

b) dass keine zuvor genannten Gründe vorliegen, die einen Ausschluss meines/unseres Unternehmens von der Teilnahme am Vergabeverfahren rechtfertigen könnten.

c) sofern Strafen oder Geldbußen für die vorgenannten Tatbestände oder nach vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gegen mein/unser Unternehmen oder eine Person verhängt worden sind, deren Verhalten meinem/unserem Unternehmen zuzurechnen ist und/oder vorgenannte Gründe vorliegen die einen Ausschluss meines/unseres Unternehmens von der Teilnahme am Vergabeverfahren rechtfertigen könnten, dies auf folgende Tatbestände/Gründe beschränkt ist:

10. Wir erklären, dass alle Angaben vollständig und wahrheitsgemäß erfolgt sind und keine Auskünfte zurückgehalten wurden, die den Wahrheits- oder Bedeutungsgehalt einer abgegebenen Erklärung betreffen können. Mir/Uns ist bekannt, dass die Nichtvorlage oder die Unrichtigkeit vorstehender Erklärungen zu meinem/unserem Ausschluss von diesem und künftigen Vergabeverfahren sowie zur Kündigung eines etwaig erteilten Auftrags führen kann.

11. Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass der Auftraggeber verlangen kann, dass mein/unser Unternehmen die vorstehenden Erklärungen von Unterauftragnehmern zu fordern hat und diese vor Zustimmung des Auftraggebers zur Weiterbeauftragung vorzulegen sind.

12. Ich erkläre/wir erklären, dass mir/uns nicht bekannt ist, dass, im Wettbewerbsregister eine Eintragung vorliegt, die das Unternehmen bzw. die verantwortlich handelnde(n) Person(en) betrifft/betreffen. Ich bin mir/Wir sind uns bewusst, dass der Auftraggeber bereits in einem möglichen Teilnahmewettbewerb berechtigt ist, meine/unsere Angaben zu überprüfen und eine Abfrage beim Wettbewerbsregister durchzuführen.

II. Erklärung zu Maßnahmen der Selbstreinigung

Folgende Tatbestände oder Gründe zur vorstehenden Ziff. I.9 lt. c) werden benannt:

(nur wenn zur vorstehenden Ziff. I.9 lt. c) Tatbeständen oder Gründen bestehen)

Angaben zum Vorliegen von Tatbeständen oder Gründen gemäß Ziff. I.9 lt. c) sind Folgende:

Nur wenn Angaben zum Vorliegen von Tatbeständen oder Gründen gemäß Ziff. I.9 lt. c) benannt wurden, wird um eine ergänzende Erklärung gebeten. Dazu bitte eine der nachstehenden Alternativen auswählen.

Sofern keine Alternative ausgewählt wird, obwohl unter Ziff. I.8 c) Angaben über das Vorliegen von Tatbeständen oder Gründen gemacht wurden, wird unterstellt, dass keine Selbstreinigungsmaßnahmen vorgenommen wurden.

Bitte ergänzen!

Bitte auswählen!



MK 1.6 - Formblatt 9 - Verschwiegenheitserklärung	Eintragung durch Bewerber
Die Verschwiegenheitserklärung liegt vollständig ausgefüllt und unterzeichnet als Anlage/n bei.	Bitte auswählen!

MK 1 - Formblatt 13 - Nachweise der Unbedenklichkeit	Eintragung durch Bewerber
<p>Ich/Wir erkläre/n rechtsverbindlich mit formgerechter Abgabe des Teilnahmeantrages, dass ich/wir meinen/unseren Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung einschließlich der Berufsgenossenschaft ordnungsgemäß nachgekommen bin/sind.</p> <p>*Der Nachweis kann alternativ auch durch die Vorlage einer gültigen Bescheinigung des Eintrages im Berliner Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis (ULV) oder der Eintragung in die jeweilige Liste der Vereine für Präqualifikation von Bauunternehmen oder für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden.</p>	<p>keine Eintragung notwendig, Bestätigung durch Angabe des Namen des Erklärenden am Ende des Bewerberbogens</p>
<p>MK 1.2 Zahlung von Steuern Ein aktueller Nachweis zur vollständigen und fristgerechten Zahlung von Steuern ist als Anlage beigefügt.*</p>	<p>Bitte auswählen!</p>
<p>MK 1.3 Zahlung von SV-Beiträgen Ein aktueller Nachweis zur vollständigen und fristgerechten Zahlung von Krankenkassen- und Rentenversicherungsbeiträgen ist als Anlage beigefügt.*</p>	<p>Bitte auswählen!</p>
<p>MK 1.3 Zahlung von BG-Beiträgen Ein aktueller Nachweis zur vollständigen und fristgerechten Zahlung von Beiträgen an die Berufsgenossenschaft ist als Anlage beigefügt.*</p>	<p>Bitte auswählen!</p>

MK 1.4 Formblatt 16 - Eigenerklärung zur Einhaltung der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 08.04.2022 zur Änderung der Verordnung (EU) 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren	Eintragung durch Bewerber
<p>1. Mir/Uns ist bekannt, dass die Vergabe eines öffentlichen Auftrags an und/oder die Erfüllung eines Vertrags gegenüber natürlichen oder juristischen Personen, Organisationen oder Einrichtungen nicht erfolgen darf, wenn diese von Art. 5k Abs. 1 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 08.04.2022 zur Änderung der Verordnung (EU) 833/2014 erfasst sind.</p> <p>2. Mir/Uns ist bekannt, dass von dem Verbot gem. Art. 5k Abs. 1 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 08.04.2022 zur Änderung der Verordnung (EU) 833/2014 auch Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher erfasst sind, wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswertes entfällt.</p> <p>3. Wir/ich erkläre(n), dass</p> <p>a. wir/ich keine russische Staatsangehörige oder in Russland niedergelassene natürliche oder juristische Person, Organisation oder Einrichtung sind/bin,</p> <p>b. wir/ich keine juristische Person, Organisation oder Einrichtung sind/bin, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder</p> <p>c. wir/ich keine natürliche oder juristische Person, Organisation oder Einrichtung sind/bin, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handelt.</p>	<p>keine Eintragung notwendig, Bestätigung durch Angabe des Namen des Erklärenden am Ende des Bewerberbogens</p>
<p>(nur bei Bewerbung als Eignungsverleiher)</p> <p>Wir können /ich kann die vorstehende Erklärung in unserer/meiner Eigenschaft als o.g. Eignungsverleiher oder o.g. Unterauftragnehmer nicht abgeben, unser/mein Leistungsanteil beträgt aber nicht mehr als 10 %. Die Einzelheiten erläutern wir/erläutere ich vollständig in dem als Anlage beigefügten Dokument. Der Nachweis ist vollständig zu führen.</p>	<p>Bitte auswählen!</p>
<p>(nur bei Bewerbung als Bewerber/Bewerbergemeinschaft)</p> <p>4. Wir/ich erkläre(n) in unserer Eigenschaft als o.g. Bewerber/ o.g. Bewerbergemeinschaft, dass kein im Rahmen des hier ausgeschriebenen Auftrags benannter Unterauftragnehmer/Eignungsverleiher oder eingesetzter Lieferant vom Verbot gem. Art. 5k Abs. 1 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 08.04.2022 zur Änderung der Verordnung (EU) 833/2014 erfasst ist. Sofern wir/ich künftig Unterauftragnehmer und/oder Lieferanten einsetzen, stelle(n) wir/ich sicher, dass diese nicht vom Verbot gem. Art. 5k Abs. 1 der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 08.04.2022 zur Änderung der Verordnung (EU) 833/2014 erfasst sind.</p>	<p>Bitte auswählen!</p>
<p>Mit Angabe des Namen des Erklärenden geben wir/ gebe ich die vorgenannten in den einzelnen Formblättern aufgeführten Erklärungen ab:</p>	<p>Eintragung durch Bewerber</p>
<p>Ort:</p>	<p>Bitte ergänzen!</p>
<p>Datum:</p>	<p>Bitte ergänzen!</p>
<p>Vor- und Nachname des Bieters bzw. der erklärenden Person:</p>	<p>Bitte ergänzen!</p>

Formblatt 9
Verschwiegenheitserklärung

Bezeichnung Vergabeverfahren/Los	Qualifizierungssystem Herstellung und Lieferung von Sekundärtechnik-Schaltschränken für die Kundenumspannwerke
Veröffentlichungsnummer (eVergabe)	2026000671
Bewerber/Bewerbergemeinschaft	

Die Abgabe des Formblatts erfolgt als

- ☐ o.g. Bewerber/Mitglied der o.g. Bewerbergemeinschaft
- ☐ Eignungsverleiher für den o.g. Bewerber/die o.g. Bewerbergemeinschaft
- ☐ Unterauftragnehmer für den o.g. Bewerber bzw. Bieter/die o.g. Bewerbergemeinschaft bzw. Bietergemeinschaft

Der Auftraggeber betreibt das Stromversorgungsnetz des Landes Berlin und trägt somit Verantwortung für die Aufrechterhaltung einer kritischen Infrastruktur. Das vorbezeichnete Vergabeverfahren steht mit dem Betrieb des Stromversorgungsnetzes des Landes Berlin in Zusammenhang und beinhaltet die Offenlegung von Informationen, deren Schutz der Auftraggeber sicherstellen möchte. Der Unterzeichner erkennt das besondere Schutzinteresse an und verpflichtet sich vor diesem Hintergrund zur Einhaltung der nachfolgenden Verpflichtungen:

§ 1 DEFINITIONEN

1. „**Auftraggeber**“ bezeichnet die Stromnetz Berlin GmbH. „**Unterzeichner**“ bezeichnet die jeweils unterzeichnende, zur Einhaltung der Erklärungen verpflichtete Person.
2. „**Vertrauliche Informationen**“ bezeichnet sämtliche verfahrens-, betriebs- und geschäftsbezogenen Informationen, insbesondere netzbetriebsbezogene Informationen iSv. §§ 6 ff. EnWG, einschließlich der Kommunikations- und Verhandlungsinhalte des Vergabeverfahrens, die von oder im Namen des Auftraggebers gegenüber dem Unterzeichner im Zusammenhang mit

oder zum Zwecke der Durchführung des vorbezeichneten Vergabeverfahrens oder der Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber offengelegt werden. Insbesondere umfasst dies Informationen aus und/oder mit Bezug zu folgenden Unterlagen:

- Leistungsbeschreibung
- Rahmenvertrag

Die Vertraulichkeit der Information besteht unabhängig davon, wer diese Informationen erstellt hat und unabhängig davon in welcher Form diese übermittelt werden, sei es mittelbar oder unmittelbar, elektronisch, schriftlich, mündlich, visuell, gegenständlich oder in anderer Form.

3. **„Verbundenes Unternehmen“** bezeichnet ein Unternehmen, eine Gesellschaft oder eine sonstige juristische Person, die von dem Unterzeichner unmittelbar oder mittelbar kontrolliert wird, die den Unterzeichner unmittelbar oder mittelbar kontrolliert, oder die mit dem Unterzeichner unter gemeinsam unmittelbarer oder mittelbarer Kontrolle steht, wobei „kontrollieren“ bzw. „Kontrolle“ das Halten der Mehrheit der Stimmrechte der Gesellschafter, Aktionäre oder Teilhaber, oder die kraft Vertrag oder Satzung bestehende Möglichkeit beherrschenden Einfluss auszuüben, voraussetzt.
4. **„Berechtigte Personen“** bezeichnet den Unterzeichner und mit ihm verbundene Unternehmen einschließlich der jeweiligen Mitarbeiter, leitenden Angestellten, Organe, Berater des Unterzeichners, Banken des Unterzeichners sowie qualifizierte und/oder einfache Unterauftragnehmer des Unterzeichners.

§ 2 PFLICHTEN DES UNTERZEICHNERS

1. Der Unterzeichner verpflichtet sich,
 - a) Vertrauliche Informationen vor anderen als den Berechtigten Personen geheim zu halten;
 - b) alle zur Verhinderung unbefugten Zugriffs auf Vertrauliche Informationen erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, wobei diese Maßnahmen in Art und Umfang mit den in Bezug auf die jeweils eigenen vertraulichen Informationen ergriffenen Maßnahmen mindestens gleichwertig sein müssen;
 - c) Vertrauliche Informationen Berechtigten Personen nur dann zugänglich zu machen, sofern dies für die Teilnahme an dem vorbezeichneten Vergabeverfahren oder zum Zwecke der Vertragsdurchführung notwendig ist, die Verfahrensintegrität und Geheimwettbewerb jederzeit gewahrt ist, diese einer mindestens gleichwertigen vertraglichen oder gesetzlichen Vertraulichkeitsverpflichtung unterliegen und zuvor auf die Verpflichtung zur Vertraulichkeit hingewiesen wurden;
 - d) Vertrauliche Informationen nicht ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers anderen als den Berechtigten Personen zu offenbaren, zur Verfügung stellen oder anderweitig zugänglich machen, wobei Voraussetzung für eine Zustimmung ist, dass die anderen Personen nachweislich einer mit dieser Vereinbarung vergleichbaren vertraglichen oder gesetzlichen Vertraulichkeitsverpflichtung unterliegen;
 - e) Vertrauliche Informationen nicht zu anderen als der Teilnahme am Vergabeverfahren oder der Vertragsdurchführung dienenden oder mit diesen zusammenhängenden Zwecken zu verwenden oder verwenden zu lassen;

- f) Vertrauliche Informationen weder insgesamt noch in Teilen zu kopieren, zu reproduzieren oder zusammenzufassen (sei es schriftlich, in digitaler oder sonstiger Form), wenn es nicht für die Teilnahme an dem vorbezeichneten Vergabeverfahren oder zum Zwecke der Vertragsdurchführung erforderlich ist.
- 2. Beruft sich der Unterzeichner auf die Zulässigkeit der Offenlegung von Vertraulichen Informationen, trägt er dafür die Beweislast.
- 3. Eine Verletzung der vorstehenden Vertraulichkeitspflichten durch Berechtigte Personen oder Dritte, denen der Unterzeichner vertrauliche Informationen offenbart hat, gilt als Verletzung dieser Vereinbarung durch den Unterzeichner.

§ 3 AUSNAHMEN VON DEN PFLICHTEN UND BESCHRÄNKUNGEN

- 1. Die in § 2 bestimmten Pflichten und Beschränkungen gelten nicht
 - a) für Vertrauliche Informationen, die öffentlich bekannt sind oder werden, soweit dies nicht auf einer Verletzung dieser Vereinbarung beruht;
 - b) für Vertrauliche Informationen, die dem Unterzeichner bereits vor der Offenbarung durch den Auftraggeber rechtmäßig bekannt waren und keinen Vertraulichkeitsbeschränkungen unterlagen; oder
 - c) für Vertrauliche Informationen, die dem Unterzeichner von einem Dritten rechtmäßig offenbart, zur Verfügung gestellt oder anderweitig zugänglich gemacht wurden, ohne dass der Unterzeichner oder der Dritte (nach bestem Wissen und Gewissen und pflichtgemäßer, sorgfältiger Prüfung des Unterzeichners) Vertraulichkeits- oder Unterlassungspflichten gegenüber dem Auftraggeber verletzt haben.
- 2. Die in § 2 bestimmten Pflichten und Beschränkungen gelten ferner nicht, soweit aufgrund der Anordnung eines zuständigen Gerichts oder gegenüber einer staatlichen Behörde Vertrauliche Informationen offenbart werden müssen, allerdings nur in dem Umfang, in dem die Offenbarung rechtlich erzwingbar ist. In einem solchen Fall hat der Unterzeichner den Auftraggeber unverzüglich über die bevorstehende oder bereits eingetretene Offenbarungspflicht unter Benennung der jeweils zu offenbarenden Vertraulichen Information, des Empfängers und der Rechtsgrundlage der Offenbarungspflicht zu informieren. Der Unterzeichner hat zudem alle zumutbaren Maßnahmen zu ergreifen, um die Offenbarung Vertraulicher Informationen abzuwenden oder zu beschränken.

§ 4 INFORMATIONSPFLICHTEN

Der Unterzeichner ist verpflichtet, dem Auftraggeber auf dessen Verlangen eine Liste jener Personen und Institutionen zu übermitteln, denen Vertrauliche Informationen offengelegt wurden und die Einhaltung der Vertraulichkeitsverpflichtung jeweils nachzuweisen.

§ 5 KEINE ÜBERTRAGUNG VON RECHTEN

Der Auftraggeber behält alle Rechte an den Vertraulichen Informationen. Der Unterzeichner erkennt an, dass neben der Offenlegung der Vertraulichen Informationen zum Zwecke der Durchführung des Vergabeverfahrens bzw. der Zusammenarbeit seitens des Auftraggebers keine weiteren Rechte gewährt oder übertragen werden und auch nicht aus der Offenlegung abgeleitet werden dürfen.

§ 6 LAUFZEIT

Die Verpflichtungen aus dieser Verschwiegenheitserklärung gelten ab dem Datum der Unterzeichnung und enden mit dem Ablauf des in der Ausschreibung abzuschließenden Vertrags bzw. des längstlaufenden Einzelvertrags. Die Einhaltung der Pflichten gem. § 2 Ziff. 1 hat der Unterzeichner darüber hinaus solange sicherzustellen hat, wie das Geheimhaltungsinteresse des Auftraggebers besteht.

§ 7 RÜCKGABE/ LÖSCHUNG/ VERNICHTUNG VERTRAULICHER INFORMATIONEN

1. Der Unterzeichner verpflichtet sich, alle Vertraulichen Informationen, ungeachtet ihrer Form, zu löschen und/oder zu vernichten, wenn das Vergabeverfahren oder die Zusammenarbeit endet. Auf die Geltendmachung von Zurückbehaltungsrechten wird verzichtet. Über die Einhaltung der Pflichten erteilt der Unterzeichner nach Aufforderung Auskunft, legt ggf. Nachweise vor und gibt eine schriftliche Bestätigung ab.
2. Eine Pflicht nach Abs. 1 besteht nicht, sofern und soweit gesetzliche Regelungen oder gerichtliche oder behördliche Verfügungen dem Unterzeichner bzw. deren Beratern die Aufbewahrung oder Archivierung der Dokumente vorschreiben oder eine Rückgabe bzw. Vernichtung technisch unmöglich oder unzumutbar ist (z.B. wegen automatischer Datensicherung). Der Unterzeichner wird sicherstellen, dass die Vertraulichkeit der Informationen für die Dauer der Ausnahme gewahrt bleibt. Die Verpflichtungen aus dieser Verschwiegenheitserklärung bleiben entsprechend für die Dauer der Ausnahme in Kraft.

§ 8 SCHLUSSBESTIMMUNGEN

1. Die Verschwiegenheitserklärung unterliegt deutschem Recht. Gerichtsstand ist Berlin.
2. Diese Verschwiegenheitserklärung ist abschließend. Mündliche Abreden bestehen nicht. Änderungen und Ergänzungen dieser Erklärung bedürfen der Schriftform, sofern nicht gesetzlich eine strengere Form vorgeschrieben ist. Auf die Notwendigkeit der Schriftform kann nur schriftlich verzichtet werden.
3. Sollten einzelne Regelungen dieser Verschwiegenheitserklärung ganz oder teilweise unwirksam oder undurchführbar sein oder werden, so berührt dies die Wirksamkeit der übrigen Regelungen nicht. Der Unterzeichner verpflichtet sich stattdessen, solchen wirksamen/durchführbaren Regelungen zuzustimmen, die wirtschaftlich dem am Nächsten kommen, was mit der ursprünglichen Verpflichtung bezweckt war. Entsprechendes gilt für lückenhafte Regelungen.

Ort:

Datum:

, ,
(Name des Erklärenden, Funktion des Erklärenden, Unternehmensbezeichnung)

Formblatt 11

FAQ - Qualifizierungssystem Sekundärtechnik-Schaltschränke für Kundenumspannwerke

Fragebogen Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz

Gefährdungsklasse A



Hinweis:

Alle Angaben dieses Fragebogens werden vertraulich behandelt!

Bitte füllen Sie alle Felder im Fragebogen aus. Fehlende Angaben werden mit „Nein“ bewertet.

Bitte beachten Sie, dass nicht relevante Felder automatisch ausgeblendet und nicht gewertet werden.

Die Bewertung erfolgt nach Punkten. Eine Übersicht über die Punkte entnehmen Sie der Tabelle am Ende des Fragebogens.

Dieser Bogen ist einmal jährlich auszufüllen und aktualisiert an den Auftraggeber zu schicken!*

* Bitte als Excel-Datei zur weiteren Verarbeitung bei Stromnetz Berlin

[Kontakt](mailto:vertragsfirmenmanagement@stromnetz-berlin.de) (vertragsfirmenmanagement@stromnetz-berlin.de)

Ihr Ansprechpartner:

Rufnummer:

Firma:*

Straße / Nr.:

Postleitzahl:

Ort:

Anzahl Mitarbeiter im angefragten Leistungsspektrum:*

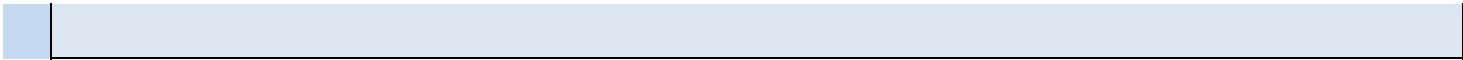
Datum:*

* Pflichtfelder

1. Arbeitsschutz (Health and Safety)		max. erreichbare Punkte: 130
1.1.	Verfügt Ihr Unternehmen über ein dokumentiertes Arbeitsschutzmanagementsystem wie bspw. ISO45001, SCC, BG-AMS oder vergleichbare Systeme?	<input checked="" type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein 40
1.2.	Wenn ja, welchem Standard entspricht dieses Arbeitsschutzmanagementsystem?	
1.3.	Wenn andere - welche?	
1.4.	Ist dieses Arbeitsschutzmanagementsystem durch ein akkreditiertes Unternehmen zertifiziert?	<input type="radio"/> Ja <input checked="" type="radio"/> Nein 90
1.5.	Ausfüllen ist nicht mehr notwendig!	
Bemerkungen:		
<input type="text"/>		

2. Beauftragter für den Arbeitsschutz		max. erreichbare Punkte: 20
2.1.	Wie ist die Sicherheitstechnische und arbeitsmedizinische Betreuung entsprechend Arbeitsschutz-, Arbeitssicherheitsgesetz und die DGUV Vorschrift 2 geregelt?	<input type="radio"/> Regelbetreuung* <input type="radio"/> Unternehmermodell* <input checked="" type="radio"/> Gar nicht 20
Regelbetreuung (Vorgabe bestehend aus Grundbetreuung und betriebsspezifischer Betreuung), Unternehmermodell (Alternative Betreuung)		
2.2.	Ausfüllen ist nicht mehr notwendig!	
2.3.	Ausfüllen ist nicht mehr notwendig!	
Bemerkungen:		
<input type="text"/>		

3. Folgende Fragen sind nur zu beantworten, wenn kein zertifiziertes Arbeitsschutzmanagementsystem vorliegt		max. erreichbare Punkte: 70
3.1.	Würde sich Ihr Unternehmen im Falle einer Auftragsvergabe verpflichten innerhalb eines Jahres ein zertifiziertes Arbeitsschutzmanagementsystem zu erlangen?	<input type="radio"/> Ja <input checked="" type="radio"/> Nein 15
3.2.	Orientiert sich Ihr Unternehmen im Arbeitsschutz an schriftlich festgelegten Richtlinien (z. B. Arbeitsschutzpolitik, Unternehmensleitlinien zum Arbeitsschutz)?	<input type="radio"/> Ja <input checked="" type="radio"/> Nein 5
3.3.	Ist ein betriebsärztlicher Dienst oder Betriebsarzt bestellt?	<input type="radio"/> Ja <input checked="" type="radio"/> Nein 10
3.4.	Hat Ihr Unternehmen Ziele zur Verbesserung des Arbeitsschutzes definiert?	<input type="radio"/> Ja <input checked="" type="radio"/> Nein 5
3.5.	Liegen für die von Ihrem Unternehmen durchgeführten Arbeiten schriftlich dokumentierte Gefährdungsermittlung(en) vor?	<input type="radio"/> Ja <input checked="" type="radio"/> Nein 10
3.6.	Werden die in Ihrem Unternehmen festgelegten Prozesse und Maßnahmen zum Arbeitsschutz regelmäßig auditiert?	<input type="radio"/> Ja <input checked="" type="radio"/> Nein 5
3.7.	Falls 3.6. ja, von wem (interner oder externer Auditor):	<input type="text"/>
3.8.	Werden die Mitarbeiter/-innen Ihres Unternehmens regelmäßig zum Thema Arbeitsschutz informiert und geschult?	<input type="radio"/> Ja <input checked="" type="radio"/> Nein 10
3.9.	Werden Arbeitsmittel entsprechend den gesetzlichen Vorgaben geprüft und wird das Prüfergebnis dokumentiert?	<input type="radio"/> Ja <input checked="" type="radio"/> Nein 10
Bemerkungen:		
<input type="text"/>		



4. Zusatzangaben zum Arbeitsschutzmanagement

max. erreichbare Punkte: 40

4.1.

Findet in Ihrem Unternehmen eine Unfallauswertung statt und wird diese schriftlich dokumentiert?

10

4.2.

Wenn ja, bitte nennen Sie für die letzten 3 Jahre die Anzahl der Arbeitsunfälle (außer Wegeunfälle) bezogen auf 1 Mio. geleistete Arbeitsstunden (LTIF). Tödliche Unfälle gesondert auflführen.

☐ Unternehmen existiert noch keine 3 Jahre.

Bemerkung:

Hinweis:

Zulassungskriterium für Unternehmen bis einschließlich 120 Mitarbeiter sind max. 2 Arbeitsunfälle (außer Wegeunfälle) mit ≥ 1 Tag Ausfallzeit (Lost Time Injury, LTI) pro Jahr. In diesem Fall müssen Sie keine Arbeitsstunden angeben. Unternehmen mit über 120 Mitarbeitern müssen eine Unfallhäufigkeit pro 1 Million Arbeitsstunden (Lost Time Injury Frequency, LTIF) ≤ 20 nachweisen.

LTIF = (Anz. Unfälle : (Arbeitsstunden * Mitarbeiter)) * 1.000.000

Jahre	Mitarbeiter	Unfälle	Arbeitsstunden (je Mitarbeiter)	LTIF	Tödliche Unfälle
Muster:	300	5	1.700	9,8	0
2023					
2024					
2025					

4.3.

Stellt Ihr Unternehmen sicher, dass während der Arbeiten ein Verantwortlicher durchgehend anwesend ist, der die deutsche Sprache beherrscht?

☐ Ja

☒ Nein

10

4.4.

Ist in Ihrem Unternehmen sichergestellt, dass nur Mitarbeiter zum Einsatz kommen, die über die erforderlichen Vorsorgeuntersuchungen und die erforderliche persönliche Schutzausrüstung verfügen?

☐ Ja

☒ Nein

10

4.5.

Werden die von Ihrem Unternehmen eingesetzten Subunternehmer hinsichtlich ihrer Arbeitsschutzqualität bewertet und ausgewählt?

☐ Ja

☒ Nein

10

Bemerkungen:

Erreichte Punktzahl:

Bereich	Punkte	
	gefordert	erreicht
1. Arbeitsschutz (Health and Safety)	130	40
2. Beauftragter für den Arbeitsschutz	20	0
3. Kein zertifiziertes Arbeitsschutzmanagementsystem	40	0
4. Zusatzangaben zum Arbeitsschutzmanagement	40	10

Sie haben nicht alle Pflichtfelder ausgefüllt.
(Firma, Anzahl Mitarbeiter, Datum)
Für eine Zulassung haben Sie nicht die geforderte Anzahl an Punkten erreicht. Zudem werden gesetzliche Vorgaben (3.3., 3.5., 3.8. und 3.9.) nicht erfüllt.

[Kontakt](#)

Fragebogen Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz

Gefährdungsklasse B



Hinweis:

Alle Angaben dieses Fragebogens werden vertraulich behandelt!

Bitte füllen Sie alle Felder im Fragebogen aus. Fehlende Angaben werden mit „Nein“ bewertet.

Bitte beachten Sie, dass nicht relevante Felder automatisch ausgeblendet und nicht gewertet werden.

Die Bewertung erfolgt nach Punkten. Eine Übersicht über die Punkte entnehmen Sie der Tabelle am Ende des Fragebogens.

Ein nicht Erreichen der Mindestanforderungen/Mindestpunktzahl, kann zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen.

Ihr Ansprechpartner:

Rufnummer:

Firma:*

Straße / Nr.:

Postleitzahl:

Ort:

Anzahl Mitarbeiter im angefragten Leistungsspektrum:*

Datum:*

* Pflichtfelder

1. Arbeitsschutz (Health and Safety)

max. Punkte: 130

1.1.	Verfügt Ihr Unternehmen über ein dokumentiertes Arbeitsschutzmanagementsystem wie z. B. OHSAS, SCC, BG Verfahren oder vergleichbare Systeme?	<input type="radio"/> Ja <input checked="" type="radio"/> Nein	40
1.2.	Ausfüllen ist nicht mehr notwendig!		
1.3.	Ausfüllen ist nicht mehr notwendig!		
1.4.	Ausfüllen ist nicht mehr notwendig!	<input type="radio"/> Ja <input checked="" type="radio"/> Nein	90
1.5.	Ausfüllen ist nicht mehr notwendig!		
Bemerkungen:			
<input type="text"/>			

2. Beauftragter für den Arbeitsschutz

max. Punkte: 20

2.1.	Wie ist die Sicherheitstechnische und arbeitsmedizinische Betreuung nach Arbeitsschutzgesetz und die DGUV Vorschrift 2 geregelt?	<input type="radio"/> Regelbetreuung* <input type="radio"/> Unternehmermodell* <input checked="" type="radio"/> Gar nicht	20
	Ausfüllen nicht mehr notwendig!		
	Ausfüllen nicht mehr notwendig!		
*Bitte Nachweis zusenden.			
Bemerkungen:			
<input type="text"/>			

3. Folgende Fragen sind nur zu beantworten, wenn kein zertifiziertes Arbeitsschutzmanagementsystem vorliegt

max. Punkte: 70

3.1.	Würde sich Ihr Unternehmen im Falle einer Auftragsvergabe verpflichten innerhalb eines Jahres ein zertifiziertes Arbeitsschutzmanagementsystem zu erlangen?	<input checked="" type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein	15
3.2.	Orientiert sich Ihr Unternehmen im Arbeitsschutz an schriftlich festgelegten Richtlinien (z. B. Arbeitsschutzpolitik, Unternehmensleitlinien zum Arbeitsschutz)?	<input checked="" type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein	5
3.3.	Ist ein betriebsärztlicher Dienst oder Betriebsarzt bestellt?	<input checked="" type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein	10
3.4.	Hat Ihr Unternehmen Ziele zur Verbesserung des Arbeitsschutzes definiert?	<input checked="" type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein	5
3.5.	Liegen für die von Ihrem Unternehmen durchgeführten Arbeiten schriftlich dokumentierte Gefährdungsermittlung(en) vor?	<input checked="" type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein	10
3.6.	Werden die in Ihrem Unternehmen festgelegten Prozesse und Maßnahmen zum Arbeitsschutz regelmäßig auditiert?	<input checked="" type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein	5
3.7.	Falls ja, von wem (interner oder externer Auditor):	<input type="text"/>	
3.8.	Werden die Mitarbeiter/-innen Ihres Unternehmens regelmäßig zum Thema Arbeitsschutz informiert und geschult?	<input checked="" type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein	10
3.9.	Werden Arbeitsmittel entsprechend den gesetzlichen Vorgaben geprüft und wird das Prüfergebnis dokumentiert?	<input checked="" type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein	10
Bemerkungen:			
<input type="text"/>			

4. Zusatzangaben zum Arbeitsschutzmanagement

max. Punkte: 40

4.1.

Findet in Ihrem Unternehmen eine Unfallauswertung statt und wird diese schriftlich dokumentiert?

☒ Ja
☐ Nein

10

4.2.

Wenn ja, bitte nennen Sie für die letzten 3 Jahre die Anzahl der Arbeitsunfälle (außer Wegeunfälle) bezogen auf 1 Mio. geleistete Arbeitsstunden (LTIF). Tödliche Unfälle gesondert auflführen.

☐ Unternehmen existiert noch keine 3 Jahre.

Bemerkung:

Hinweis:

Zulassungskriterium für Unternehmen bis einschließlich 120 Mitarbeiter sind max. 2 Arbeitsunfälle (außer Wegeunfälle) mit ≥ 1 Tag Ausfallzeit (Lost Time Injury, LTI) pro Jahr. In diesem Fall müssen Sie keine Arbeitsstunden angeben. Unternehmen mit über 120 Mitarbeitern müssen eine Unfallhäufigkeit pro 1 Million Arbeitsstunden (Lost Time Injury Frequency, **LTIF**) ≤ **20** nachweisen.

LTIF = (Anz. Unfälle : (Arbeitsstunden * Mitarbeiter)) * 1.000.000

Jahre	Mitarbeiter	Unfälle	Arbeitsstunden (je Mitarbeiter)	LTIF	Tödliche Unfälle
Muster:	300	5	1.700	9,8	0
2023					
2024					
2025					

4.3.

Stellt Ihr Unternehmen sicher, dass während der Arbeiten ein Verantwortlicher durchgehend anwesend ist, der die deutsche Sprache beherrscht?

☒ Ja
☐ Nein

10

4.4.

Ist in Ihrem Unternehmen sichergestellt, dass nur Mitarbeiter zum Einsatz kommen, die über die erforderlichen Vorsorgeuntersuchungen und die erforderliche persönliche Schutzausrüstung verfügen?

☒ Ja
☐ Nein

10

4.5.

Werden die von Ihrem Unternehmen eingesetzten Subunternehmer hinsichtlich ihrer Arbeitsschutzqualität bewertet und ausgewählt?

☒ Ja
☐ Nein

10

Bemerkungen:

Erreichte Punktzahl:

Bereich	Punkte	
	maximal	erreicht
1. Arbeitsschutz (Health and Safety)	0	0
2. Beauftragter für den Arbeitsschutz	20	0
3. Kein zertifiziertes Arbeitsschutzmanagementsystem	30	70
4. Zusatzangaben zum Arbeitsschutzmanagement	40	40

Sie haben nicht alle Pflichtfelder ausgefüllt.
(Firma, Anzahl Mitarbeiter, Datum)

Sie haben nicht die angeforderte Anzahl an Punkten gesammelt.

Nach Erfüllung auftraggeberseitig erteilter Auflagen ist eine Zulassung möglich.

AGU-Bogen - Version 1.1 - Stand 18.12.2023

Vertraulichkeit: C2 - Intern

74

Zusätzliche Bedingungen Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz (ZB AGU) für den Einsatz von Fremdfirmen bei der Stromnetz Berlin GmbH

Version 5.2

Stromnetz Berlin GmbH
Eichenstr. 3a
12435 Berlin

www.stromnetz.berlin

0	Änderungshinweise	4
1	Geltungsbereich	4
2	Allgemeine Forderungen	4
2.1	Voraussetzung für die Zulassung	4
2.2	Vorschriften	5
2.3	Verantwortliche Personen des Auftragnehmers	6
2.4	Auftragnehmer und Subunternehmer	6
2.5	Arbeitsschutzrelevante Unterlagen	7
2.6	Gefährdungsbeurteilung	7
2.7	Sicherheitspass	7
2.8	Bereitstellung und Benutzung von Arbeitsmitteln	8
2.9	Umgang mit Gefahrstoffen	9
2.10	Persönliche Schutzausrüstung	9
2.11	Arbeitsmedizinische Vorsorge	10
2.12	Standortregelungen	10
2.13	Ausweistragepflicht	10
2.14	Transport- und Fluchtwege	11
2.15	Sauberkeit auf der Baustelle	11
2.16	Baustellenabgrenzung / Bauzaun	12
2.17	Baustelleneinrichtung	12
2.18	Baustrom	13
2.19	Bau- und Montagegeräte	14
2.20	Schutzeinrichtungen und Absperrmaßnahmen	14
2.21	Hebezeuge, Aufzüge	14
2.22	Belästigung am Arbeitsplatz	15
2.23	Alkohol, Rauchwaren und sonstige Rauschmittel	15
2.24	Notfallmanagement/Gefahrenabwehr	15
2.25	Meldung von Qualitätsmängeln	15
2.26	Meldung von Unfällen oder Infektionsereignissen	15
2.27	Erste Hilfe	16
3	Einweisung	16
3.1	Ersteinweisung nach Vertragsabschluss	17
3.2	Schlüsselbeantragung vor Arbeitsaufnahme	17
3.3	Einweisung vor Ort	18
4	Auftragsausführung/Auftragsdurchführung	19
4.1	Vor Beginn der Arbeiten	19
4.2	Verkehrssicherung	20
4.3	Freigabeverfahren	20
4.4	Verfahrensweise 1 kV Verfügungserlaubnis	21
4.5	Durchführungserlaubnis zur 1 kV-Störungsbearbeitung	23
4.6	Anlagenbeauftragter an der Arbeitsstelle	24
4.7	Erlaubnisschein für feuergefährliche Arbeiten	26
5	Arbeitssicherheits-/Koordinierungsmaßnahmen	26
6	Brandschutz	26
6.1	Allgemeine Hinweise	26
6.2	Vorbeugender Brandschutz	27
7	Elektrische Anlagen und Betriebsstätten	28
7.1	Aufenthalt an oder in der Nähe von elektrischen Anlagen	28
7.2	Arbeiten an oder in der Nähe von unter Spannung stehenden Teilen	28
7.3	Einsatz von Sonderfahrzeugen	28
7.4	Arbeiten in großen Höhen	28

ZB AGU für den Einsatz von Fremdfirmen

Seite/Umfang
2/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

8	Abschließende Pflichten des Auftragnehmers _____	28
9	Sanktionen _____	29
10	Abweichung zur Vertragsleistung _____	29
11	Überwachungs- und Prüfrechte _____	29
12	Schriftliche Anerkennung durch Firma _____	31

**ZB AGU
für den Einsatz
von Fremdfirmen**

Seite/Umfang
3/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

0 Änderungshinweise

Alle Änderungshinweise gegenüber vorherigen Versionen sind im Anhang I - Änderungshinweise, Tabelle I-1 Änderungshinweise dokumentiert.

1 Geltungsbereich

Die „Zusätzlichen Bedingungen Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz für den Einsatz von Fremdfirmen bei der Stromnetz Berlin GmbH“, im Weiteren ZB AGU, sind Vertragsbestandteil und damit für den Auftragnehmer und für die von ihm eingesetzten Subunternehmen verbindlich. Die ZB AGU sind bei der Durchführung der Arbeiten einzuhalten. Der Auftragnehmer hat die ZB AGU den in seinem Auftrag tätigen Personen nachweislich zur Kenntnis zu geben und durch Unterschrift zu dokumentieren.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, diese ZB AGU wortgleich in seinen Verträgen mit eventuell eingesetzten Subunternehmern mit Weitergabeverpflichtung zu vereinbaren.

Sämtliche Leistungen des Auftragnehmers, die sich aus diesen ZB AGU ergeben, sind mit den vertraglich vereinbarten Preisen abgegolten.

Für Schäden bzw. Nachteile, die dem Auftragnehmer durch die Nichtbeachtung der ZB AGU entstehen, haftet der betreffende Auftragnehmer.

Haftungs- und Versicherungsfragen grundsätzlicher Art werden zwischen dem Bauherrn und dem durch Stromnetz Berlin beauftragten Auftragnehmer gesondert geregelt.

2 Allgemeine Forderungen

2.1 Voraussetzung für die Zulassung

Grundsätzlich fordert Stromnetz Berlin GmbH, im Weiteren Auftraggeber, bei Arbeiten in Gewerken der Gefährdungsklasse A ein zertifiziertes Arbeitsschutz-Management-System (AMS) von den beauftragten Fremdfirmen einschließlich der Subunternehmen. Anerkannt werden alle Zertifizierungs-/Prüfverfahren für den Arbeits- und Gesundheitsschutz bspw. DIN ISO 45001, SCC/SCP, BG-AMS oder vergleichbare Systeme.

Zulassungskriterium für Unternehmen/Unternehmensteile im angefragten Leistungsspektrum bis einschließlich 120 Mitarbeitenden sind max. 2 Arbeitsunfälle (außer Wegeunfälle) mit ≥ 1 Tag Ausfallzeit (Lost Time Injury, LTI) pro Jahr. Unternehmen/Unternehmensteile im angefragten Leistungsspektrum mit über 120 Mitarbeitenden müssen eine Unfallhäufigkeit pro 1 Million Arbeitsstunden (Lost Time Injury Frequency) LTIF ≤ 20 nachweisen.

Bei fehlender Zertifizierung oder Überschreitung des LTI/LTIF kann die Beauftragung unter Auflagen erfolgen.

ZB AGU für den Einsatz von Fremdfirmen

Seite/Umfang
4/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

Der Auftragnehmer sichert die Fachkenntnisse / Ausbildungen / Erfahrungen aller Mitarbeitenden seines eigenen Unternehmens sowie die von ihm beauftragten Subunternehmen zu und hat auf Anfrage umgehend Nachweise dafür vorzulegen.

Der Auftraggeber behält sich vor, den Auftragnehmer einschließlich seiner eingesetzten Subunternehmer nach Ankündigung durch eigene Mitarbeitende oder beauftragte Experten zu auditieren.

Grundsätzlich ist die Anlage „Fragebogen Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz“ entsprechend der Gefährdungsklassen A oder B auszufüllen. Eine Kopie des gültigen Zertifikates für das Arbeitsschutz-Management-System (AMS) ist dem Fragebogen beizufügen.

ZB AGU für den Einsatz von Fremdfirmen

Seite/Umfang
5/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

Gefährdungsklasse A (hohes Gefährdungspotential)

Gefährliche Arbeiten sind solche, bei denen eine erhöhte Gefährdung aus

- dem Arbeitsverfahren
- der Art der Tätigkeit
- den verwendeten Stoffen
- aus der Umgebung

gegeben ist, weil keine ausreichenden Schutzmaßnahmen durchgeführt werden können.

Zu diesen Arbeiten zählen beispielsweise:

- Arbeiten an oder in der Nähe von elektrischen Anlagen
- Arbeiten in abgeschlossenen, elektrischen Betriebsräumen
- Arbeiten mit Absturz- / Verschüttungsgefahr: Höhe / Tiefe > 7 m
- Transportarbeiten ausgenommen Paket und Umzugsleistungen

Gefährdungsklasse B (geringes Gefährdungspotential)

Zu diesen Arbeiten zählen beispielsweise:

- Arbeiten die nicht in direkter Nähe von elektrischen Anlagen stattfinden
- Arbeiten außerhalb von abgeschlossenen, elektrischen Betriebsräumen
- Arbeiten ohne Absturz- / Verschüttungsgefahr

2.2 Vorschriften

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, bei der Erfüllung des Auftrages die maßgeblichen Gesetze, Verordnungen und Unfallverhütungsvorschriften sowie die allgemein anerkannten sicherheitstechnischen und arbeitsmedizinischen Regeln zu beachten und einzuhalten.

Der Auftragnehmer steht dafür ein, dass die **zum Zeitpunkt der Beauftragung geltenden** Regelungen DIN/EN, DIN/IEC bzw. DIN VDE, DGUV oder gleichwertige europäische Normen und Richtlinien sowie den anerkannten Regeln der Technik entsprechen und alle einschlägigen Gesetze beachtet werden.

2.3 Verantwortliche Personen des Auftragnehmers

Alle durch den Auftraggeber beauftragten Arbeiten, die durch den Auftragnehmer realisiert werden, müssen unter Leitung und Aufsicht verantwortlicher Personen des Auftragnehmers stehen. Diese verantwortlichen Personen sind dem Auftraggeber schriftlich zu benennen. Die verantwortlichen Personen müssen über ausreichende Deutsch-Kenntnisse in Wort und Schrift verfügen, um alle Sicherheitsanweisungen verstehen und umsetzen zu können. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass die verantwortlichen Personen ihre Pflichten, Aufgaben und Befugnisse wahrnehmen können. Insbesondere muss ihnen das Weisungsrecht gegenüber ihren Mitarbeitenden sowie auch gegenüber den Mitarbeitenden der Subunternehmen übertragen werden. Während der Ausführung der Arbeiten müssen die verantwortlichen Personen vor Ort anwesend und ständig erreichbar sein.

ZB AGU für den Einsatz von Fremdfirmen

Seite/Umfang
6/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

2.4 Auftragnehmer und Subunternehmer

Grundlage für das Arbeiten des Auftragnehmers beim Auftraggeber bilden die entsprechenden vertraglichen Regelungen. Ausgehend von dieser vertraglichen Bindung verbleiben das Weisungsrecht und die Sicherheitsverantwortung für die vom Auftragnehmer eingesetzten Mitarbeitenden einschließlich der von ihm eingesetzten Subauftragnehmer bei dem Auftragnehmer.

Lässt der Auftragnehmer die Vertragserfüllung durch Dritte (Subunternehmen) teilweise vornehmen, ist er verpflichtet, zur Auftragsvergabe (Bestellung) diese Subunternehmen schriftlich zu benennen und durch den Auftraggeber bestätigen zu lassen. Leistungen, für welche das Unternehmen des Auftragnehmers im Handels-/Berufsregister eingetragen ist, dürfen grundsätzlich nicht weiter vergeben werden. Der Auftraggeber behält sich vor, Subunternehmen aus wichtigem Grund, z. B. auf Grund von arbeitsrelevanten Ereignissen mit Sach- und Personengefährdung, abzulehnen. Werden Subunternehmen eingesetzt, die nicht durch den Auftraggeber schriftlich bestätigt wurden, kann der Auftraggeber die Fortführung der Arbeiten untersagen. Darüber hinaus stehen ihm die Rechte gemäß Ziffer 9 dieser ZB AGU sowie sämtliche weiteren vertraglichen und gesetzlichen Rechte zu. Der Auftragnehmer bleibt unabhängig hiervon für die Einhaltung des Terminplans verantwortlich.

Die Untervergabe der vertraglichen Leistungen über eine Kette von mehr als zwei Subunternehmen (Sub-Sub) ist ausdrücklich untersagt.

Beim Einsatz von Subunternehmen ist der Auftragnehmer dafür verantwortlich, die für ihn geltenden Anforderungen in den Bereichen Arbeits-, Gesundheits-, Brand- und Umweltschutz auch seinen Subunternehmen weiterzugeben und diese entsprechend zu unterweisen.

Mitarbeitende des Auftragnehmers dürfen sich nur in den Teilen von Betriebsanlagen/Baustellen/Kundenanlagen aufhalten, in denen sie Arbeiten auszuführen haben oder in die sie ein ausdrücklicher Auftrag führt (u. U. erst nach erteilter Verfügungserlaubnis/Durchführungserlaubnis).

Der Auftragnehmer und dessen zugelassene Subunternehmer sind verpflichtet, Listen über die auf den Baustellen täglich beschäftigten Arbeitnehmenden zu

führen, und haben sicherzustellen, dass diese Listen auf Verlangen dem Auftraggeber vorgelegt werden. Der Auftragnehmer hat seine Subunternehmer entsprechend zu verpflichten.

**ZB AGU
für den Einsatz
von Fremdfirmen**

Seite/Umfang
7/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

2.5 Arbeitsschutzrelevante Unterlagen

Arbeitsschutzrelevante Unterlagen des Auftragnehmers, die zur Erstellung der Gewerke oder für Tätigkeiten notwendig sind (bspw. Gefährdungsbeurteilungen, Sicherheitsdatenblätter usw.), sowie erforderliche Qualifikationsnachweise müssen vorab vorhanden sein und dem Auftraggeber auf Anforderung zur Verfügung gestellt werden. Wenn notwendig, sind gesonderte Betriebsanweisungen vor Arbeitsaufnahme durch den Auftragnehmer zu erstellen, und der Auftraggeber ist darüber in Kenntnis zu setzen. Nachweise erforderlicher Qualifikationen (z. B. Schweißer) und Befähigungen (z. B. Arbeiten unter Spannung) sind vor Ort bereitzuhalten und werden stichprobenartig durch den Auftraggeber geprüft.

2.6 Gefährdungsbeurteilung

Der Auftragnehmer hat entsprechend § 5 ArbSchG und § 3 BetrSichV für seine zum Einsatz kommenden Mitarbeitenden, einschließlich der Mitarbeitenden der Subunternehmen, eine Beurteilung der mit ihrer Arbeit verbundenen Gefährdungen vorzunehmen, erforderliche Schutzmaßnahmen zu treffen und nach Maßgabe des § 6 ArbSchG vor Arbeitsbeginn geeignete Unterlagen hierüber zu erstellen. Neben der Beurteilung der üblichen Arbeiten ist bei Erfordernis eine Beurteilung der gegenseitigen Gefährdungen vom Auftragnehmer durchzuführen. Der Auftraggeber wird hinsichtlich der betriebsspezifischen Gefahren den Auftragnehmer bei der Erstellung der Gefährdungsbeurteilungen auf Anfrage unterstützen und die anlagenbezogene Gefährdungsbeurteilungen zur Verfügung stellen. Nach § 8 ArbSchG muss der Auftragnehmer diese Unterlagen am Einsatzort verfügbar halten und dem Auftraggeber auf Anforderung vorlegen. Die Richtigkeit und Angemessenheit der Gefährdungsbeurteilungen sowie die daraus zum Schutz seiner Mitarbeitenden abgeleiteten Maßnahmen bleiben in der Verantwortlichkeit des Auftragnehmers.

2.7 Sicherheitspass

Der Auftragnehmer ist verpflichtet sicherzustellen, dass sein Personal und das Personal der von ihm auf dem Betriebsgelände/der Baustelle/der Kundenanlage eingesetzten Subunternehmen einen Sicherheitspass (bspw. nach dem Muster des Wirtschaftsverbandes Erdöl und Erdgasgewinnung e. V. (WEG) oder der Deutschen Wissenschaftlichen Gesellschaft für Erdöl, Erdgas und Kohle e. V. (DGMK)) mit sich führt. In dem Sicherheitspass müssen alle aktuellen Informationen in Bezug auf Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit enthalten sein.

Inhalte:

- Angaben zur Person inkl. Lichtbild
- Arbeitgeberdaten
- arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen
- Nachweise der erhaltenen Unterweisungen

- Nachweise der besonderen Qualifikationen.

Der Auftragnehmer hat dafür Sorge zu tragen, dass der Sicherheitspass unbeschadet jeweils aktuell mit allen für die beauftragten Tätigkeiten maßgeblichen Angaben gepflegt ist. Dem Auftraggeber bzw. seinen Beauftragten ist auf Verlangen die Einsichtnahme in den Sicherheitspass zu gestatten. Mitarbeitende des Auftragnehmers bzw. seiner Subunternehmen, die ohne Sicherheitspass oder ohne aktuell gepflegten Sicherheitspass angetroffen werden, können vom Auftraggeber des Betriebsgeländes/der Baustelle/der Kundenanlagen verwiesen werden.

ZB AGU für den Einsatz von Fremdfirmen

Seite/Umfang
8/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

2.8 Bereitstellung und Benutzung von Arbeitsmitteln

Alle vom Auftragnehmer für die Auftragserfüllung verwendeten Arbeits- und Betriebsmittel müssen den einschlägigen Vorschriften entsprechen und dürfen nur in bestimmungsgemäßer Weise benutzt werden. Der Auftragnehmer ist verantwortlich für die sicherheitsgerechte Ausrüstung, den ordnungsgemäßen Zustand und den sicheren Betrieb der Arbeits- und Betriebsmittel. Dies gilt auch für die Ausrüstung und die Arbeits- und Betriebsmittel seiner eingesetzten Subunternehmen. Vom Auftraggeber bereitgestellte Arbeits- und Betriebsmittel sind vom Auftragnehmer vor der Benutzung auf sichtbare Mängel zu prüfen. Festgestellte Mängel sind unverzüglich dem Auftraggeber zu melden und die mangelbehafteten Geräte der Nutzung zu entziehen. Arbeiten mit und Bedienen von Betriebsmitteln, Geräten, Einrichtungen und Anlagen des Auftraggebers bedürfen grundsätzlich der Genehmigung des Auftraggebers. Die Benutzung der vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Arbeits- und Betriebsmittel hat nach den gültigen Betriebsanweisungen des Auftraggebers zu erfolgen.

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, im Rahmen seiner Gefährdungsbeurteilung zu prüfen, ob für den konkreten Einsatzfall weitergehende Schutzmaßnahmen erforderlich sind.

Steckdose mit unbekannter Schutzmaßnahme

Der direkte Anschluss von elektrischen Verbrauchsmitteln an Steckdosen einer Gebäudeinstallation ist ohne Anwendung eines zusätzlichen Schutzes nicht zulässig, da der Zustand der vorgelagerten elektrischen Anlage, das Vorhandensein und die Funktionsfähigkeit der erforderlichen Schutzeinrichtungen vom Anwender meist nicht beurteilt werden können. Um die genannten Steckdosen einer Gebäudeinstallation nutzen zu können, ist ein zusätzlicher Schutz erforderlich. Dieser kann durch eine ortsveränderliche Fehlerstrom-Schutzeinrichtung (PRCD nach VDE 0661) realisiert werden, die nachfolgende Anforderungen erfüllt:

- Bemessungsdifferenzstrom $I_{\Delta n} \leq 30 \text{ mA}$
- allpolig schaltend, einschließlich Schutzleiter
- Unterspannungsauslösung
- kein selbstständiges Wiedereinschalten nach Spannungswiederkehr.

2.9 Umgang mit Gefahrstoffen

Auf den Betriebsgeländen, Baustellen und in Kundenanlagen ist das Lagern, Umfüllen, Transportieren und der Einsatz von Gefahrstoffen dem Auftragnehmer nur mit ausdrücklicher vorheriger Zustimmung durch den Auftraggeber erlaubt. Dazu muss der Auftragnehmer eine Liste der möglicherweise zum Einsatz kommenden Gefahrstoffe (Handelsname, Menge und Sicherheitsdatenblatt) erstellen und an den Auftraggeber übergeben.

Bei Tätigkeiten mit gefährlichen Arbeitsstoffen ist der Auftragnehmer für die Veranlassung und Durchführung von Arbeitssicherheitsmaßnahmen in seinem Arbeitsbereich selbst verantwortlich.

Diese Verantwortung erstreckt sich auch auf beauftragte Subunternehmen. Insbesondere hat der Auftragnehmer eigenverantwortlich die nach Maßgabe der Gefahrstoffverordnung, im Weiteren GefStoffV, erforderlichen Schutz- und Kontrollmaßnahmen zu treffen.

Besteht nach Maßgabe der GefStoffV eine Anzeigepflicht gegenüber der Aufsichtsbehörde, hat der Auftragnehmer diese Pflicht zu erfüllen. Der Auftraggeber ist darüber schriftlich zu informieren. Mit Vertragsschluss bestätigt der Auftragnehmer, dass er und seine Subunternehmen für alle beauftragten Tätigkeiten mit Gefahrstoffen über die erforderlichen besonderen Fachkenntnisse und Erfahrungen verfügen. Des Weiteren muss er rechtzeitig vor Arbeitsbeginn eine Gefährdungsbeurteilung nach Maßgabe der GefStoffV erstellen, diese zusammen mit den Sicherheitsdatenblättern der zum Einsatz kommenden gefährlichen Arbeitsstoffe am Einsatzort vorhalten und auf Verlangen des Auftraggebers vorlegen. Besteht im Zusammenhang mit der Verwendung von Gefahrstoffen die Möglichkeit der Gefährdung von Mitarbeitern, muss der Auftragnehmer bei der Durchführung der Gefährdungsbeurteilung mit dem Auftraggeber und ggf. mit weiteren Beauftragten zusammenarbeiten und sich abstimmen (gemäß § 15 GefStoffV – Zusammenarbeit verschiedener Firmen). Das Ergebnis der gemeinsamen Gefährdungsbeurteilung ist vor Beginn der Tätigkeiten vom Auftragnehmer zu dokumentieren und seinen Mitarbeitenden zu vermitteln. Verbleibende Reste gefährlicher Arbeitsstoffe hat der Auftragnehmer wieder mitzunehmen.

2.10 Persönliche Schutzausrüstung

Soweit bei den vorgesehenen Arbeiten (nach Maßgabe der Gefährdungsbeurteilung/Betriebsanweisungen) das Tragen persönlicher Schutzausrüstungen notwendig oder vorgeschrieben ist, ist der Auftragnehmer verpflichtet, diese seinen Mitarbeitenden bzw. den Mitarbeitenden der von ihm eingesetzten Subunternehmer in ausreichender Menge zur Verfügung zu stellen. Die Mitarbeitenden sind verpflichtet, diese persönlichen Schutzausrüstungen zu benutzen. Mitarbeitende, die ohne notwendige vorgeschriebene persönliche Schutzausrüstung angetroffen werden, können des Betriebsgeländes/der Baustelle/der Kundenanlagen durch den Auftraggeber verwiesen werden.

Beim Umgang mit bspw. Asbest, Künstlichen Mineralfasern (KMF) und anderen gefährlichen Stoffen oder Betriebsmitteln mit gefährlichen Inhaltsstoffen sind die einschlägigen Gesetze, berufsgenossenschaftliche Vorschriften und

ZB AGU für den Einsatz von Fremdfirmen

Seite/Umfang
9/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

Regeln sowie Vorschriften zum Umgang mit Gefahrstoffen in der jeweils aktuell geltenden Fassung zu beachten:

- TRGS 519 „Asbest: Abbruch-, Sanierungs- oder Instandhaltungsarbeiten“,
- TRGS 521 „Abbruch-, Sanierungs- und Instandhaltungsarbeiten mit alter Mineralwolle“,
- DGUV Regel 101 - 104 „Kontaminierte Bereiche“,
- Verordnung zum Schutz vor Gefahrstoffen (Gefahrstoffverordnung – GefStoffV)
- Betriebssicherheitsverordnung

In gesonderten Fällen ist eine spezielle Schutzausrüstung zu verwenden, wie z. B. auf Hubarbeitsbühnen, auf Trafos, auf Freileitungen, bei Arbeiten an Absturzkanten, in Schächten und Kanälen.

2.11 Arbeitsmedizinische Vorsorge

Der Auftragnehmer ist dafür verantwortlich, dass nur Mitarbeitende zum Einsatz kommen, für die jeweils eine gültige ärztliche Bescheinigung über die Teilnahme an der erforderlichen arbeitsmedizinischen Vorsorge vorliegt und diese im Sicherheitspass dokumentiert ist. Des Weiteren sind die Ergebnisse von arbeitsmedizinischen Eignungsuntersuchungen, welche für die Tätigkeit laut Gefährdungsbeurteilung (z. B. Arbeiten unter Spannung, Arbeiten mit Absturzgefahr, Arbeiten unter Atemschutz) erforderlich sind, schriftlich im Sicherheitspass zu dokumentieren und auf Verlangen dem Auftraggeber vorzulegen.

2.12 Standortregelungen

An Standorten des Auftraggebers gelten zusätzlich zu diesen Regelungen die jeweils speziellen Standortregelungen. Sie werden dem Auftragnehmer vor Auftragsvergabe bzw. spätestens zur Einweisung bekannt gegeben und sind verbindlich. Der Auftragnehmer hat sicherzustellen und zu dokumentieren, dass sein Personal und die von ihm eingesetzten Subunternehmen die Standortregelungen kennen und einhalten.

Für Mitarbeitende des Auftragnehmers besteht nach Maßgabe der jeweiligen Standortregelungen des Auftraggebers eine An- und Abmeldepflicht.

2.13 Ausweistragepflicht

Der Auftragnehmer muss vor Erbringung seiner Leistungen die zum Einsatz kommenden Mitarbeitenden auflisten und diese dem Verantwortlichen des Auftraggebers benennen. Für Mitarbeitende des Auftragnehmers, die häufig

- Betriebsgelände des Auftraggebers
- Kraftwerksgelände der BEW Berliner Energie und Wärme AG
- Kundenanlagen

betreten müssen, besteht die Möglichkeit, personalisierte mit Foto versehene Ausweise im Vorfeld für eine begrenzte Zeit zu beantragen.

ZB AGU für den Einsatz von Fremdfirmen

Seite/Umfang
10/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

Mitarbeitende, die selten oder kurzfristig die vorgenannten Standorte betreten müssen, haben sich beim Empfang/Pförtner anzumelden und erhalten einen nicht personalisierten Besucherausweis. Der Erhalt des Besucherausweises wird durch den Empfang/Pförtner dokumentiert.

Die (Besucher-) Ausweise sind beim Betreten der Standorte sowie in Kundenanlagen offen und sichtbar zu tragen.

Die Bereitstellung der (Besucher-) Ausweise wird durch den Auftraggeber organisiert.

Nach Beendigung der Tätigkeiten bzw. nach Ablauf der Gültigkeit sind die (Besucher-) Ausweise durch den Mitarbeitenden des Auftragnehmers direkt an die ausgebende Stelle zurückzugeben.

Der Verlust oder die Beschädigung eines (Besucher-) Ausweises ist der ausgebenden Stelle umgehend anzuzeigen.

ZB AGU für den Einsatz von Fremdfirmen

Seite/Umfang
11/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

2.14 Transport- und Fluchtwege

Auf dem Betriebsgelände des Auftraggebers gelten sinngemäß die Straßenverkehrsordnung und die jeweiligen vom Auftraggeber erlassenen Standortregelungen. Für Transport und Lagerung von Teilen dürfen nur die vom Auftraggeber zugewiesenen Wege und Lagerstellen benutzt werden. Verkehrswege, auch innerhalb von Gebäuden, sind in jedem Fall freizuhalten. Für den Transport von Teilen sind die erforderlichen Ladungssicherungsmaßnahmen zu treffen. Die max. Tragfähigkeit von Fahrwegen, Bühnen, Gerüsten und Konstruktionen ist hierbei zu beachten.

- Die Zufahrtsstraßen und das interne Straßennetz sind jederzeit für Feuerwehr-, Rettungs-, Polizei- und sonstige Hilfsdienstfahrzeuge freizuhalten und dürfen nicht eingeeignet werden.
- Bau- und Montagearbeiten sind so einzurichten, dass der Verkehr auf den Zugangsstraßen nicht behindert wird.
- Etwaige erforderliche Sperrungen sind mit dem Auftraggeber rechtzeitig zu vereinbaren.
- Die Straßen sind in sauberem Zustand zu halten.
- Schäden sind dem Auftraggeber unverzüglich zu melden.
- Im Zuge des Baufortschrittes werden Fluchtwege markiert. Sie sind jederzeit freizuhalten. Markierungen dürfen nicht beschädigt oder entfernt werden.

2.15 Sauberkeit auf der Baustelle

Alle Auftragnehmer sind verpflichtet, ihre Arbeitsplätze sauber zu halten. Alle anfallenden Abfälle sind mindestens einmal wöchentlich – falls erforderlich auch häufiger – vom verursachenden Auftragnehmer von der Baustelle abzufahren und nach den einschlägigen Vorschriften durch den Auftragnehmer zu entsorgen.

Flucht- und Arbeitswege sind permanent freizuhalten!

2.16 Baustellenabgrenzung / Bauzaun

Während der Bauphase ist das Grundstück als Baustelle zu kennzeichnen. Bei Baustellen auf in Betrieb befindlichen Umspannwerks- und Netzknotengeländen ist das Grundstück mittels Bauzaun in Umspannwerks-/Netzknotengelände und Baustelle zu trennen. Der Auftragnehmer sorgt dafür, dass das Gelände jederzeit verschlossen ist und nur für Ein- und Ausfahrten geöffnet wird. Bei gleichzeitiger Tätigkeit mehrerer Auftragnehmer, wird die Koordinierung durch den Hauptauftragnehmer übernommen. Die projektspezifische Regelung erfolgt in Abstimmung mit dem Auftraggeber.

Der Bauzaun bildet die Einfriedung der Baustelle, wenn eine durchgängige Umgrenzung der Baustelle nach außen nicht gegeben ist.

Anforderungen Allgemein:

- Höhe 2,0 m
- Drahtmattenfelder mit Drahtstärke mind. 3,0 mm
- feste Verbindung der Felder (Schraubschellen)
- Verankerung der Fußpunkte in geeigneter Weise, dass ein Anheben verhindert wird
- statische Sicherung mittels Windbock oder gleichwertig

Verschluss des Geländes. Ein unbefugtes Betreten muss zu jeder Zeit verhindert werden. Zufahrten und Zugänge sind verschlossen zu halten.

Anforderungen Hochbau:

- Bei Baustellen mit höheren Sicherheitsanforderungen können weitergehende Maßnahmen definiert werden, z. B. eine stabilere Ausführung der Matten, eine größere Zaunhöhe, geringere Maschenweite, ein zusätzlicher Sichtschutz oder eine regelmäßige Bestreifung bis hin zu einer 24/7 Bewachung.
- Ab Beginn der Baustelle ist eine Zutrittskontrolle für die Dauer der Arbeitszeiten vor Ort sicherzustellen. Die Zutritte werden vor Ort dokumentiert. Nachts ist die Baustelle verschlossen.

Aufgaben Zutrittskontrolle:

- Überwachung Ein- und Ausfahrt, Dokumentation
- Aufnahme sicherheitsrelevanter Ereignisse, Meldung gemäß Meldekette
- Sprache Deutsch in Wort und Schrift
- Nachschau und Verschluss der Baustelle

2.17 Baustelleneinrichtung

Die Unterbringung von Arbeitnehmern liegt in der Verantwortung der Auftragnehmer. Werkstatt- und Lagerräume müssen der Arbeitsstättenverordnung entsprechen und dürfen nur auf den von der Bauleitung zugewiesenen Flächen errichtet werden. Funktionstüchtige Feuerlöscher, Rettungswegeplan und Erste-Hilfe-Ausrüstungen müssen in diesen Einrichtungen vorhanden sein. Im Rahmen der örtlichen Möglichkeiten werden den Auftragnehmern Flächen zur

ZB AGU für den Einsatz von Fremdfirmen

Seite/Umfang
12/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

Aufstellung von Unterkunfts-, Sanitär-, Lager- und Werkstattcontainer zur Verfügung gestellt.

Die erforderlichen Brandschutzmaßnahmen sind einzuhalten. Übernachtungen auf der Baustelle sind untersagt. Nach Abschluss der Arbeiten ist die Baustelle unverzüglich zu räumen.

An von der Bauleitung zur Benutzung überlassenen Flächen, Zufahrten und Einrichtungen sind bauliche Veränderungen nur nach schriftlicher Zustimmung des Auftraggebers zulässig. Nach der Räumung sind sie in den ursprünglichen Zustand zu versetzen, d. h. auch Fundamente oder sonstige Bauteile sind zu entfernen. Befolgt der Auftragnehmer eine dahingehende Aufforderung nicht innerhalb einer vorgegebenen Frist, kann der Auftraggeber diese Plätze auf Kosten des Auftragnehmers räumen lassen.

Sanitärcontainer gehören zur Baustelleneinrichtung des Auftragnehmers. Ein Frischwasseranschluss wird vom Bauherrn nach Möglichkeit zur Verfügung gestellt. Leitungsverlegung, Instandhaltung, Umlegung und Demontage bis zum Speisepunkt ist Aufgabe des Auftragnehmers. Es sind nur Sanitärcontainer mit abpumpbaren Schmutzwassersammelbehälter oder funktionsfähigen Kanalschlüssen zulässig.

Telefonanschlüsse sind bei der Telekom AG oder anderen Anbietern zu beantragen. Die Verrechnung des Baustromes erfolgt entsprechend Vereinbarung zwischen Auftragnehmer und Auftraggeber.

Personenkraftwagen dürfen nicht auf dem Baustellengelände, sondern nur auf den dafür vorgesehenen Parkplätzen nach Genehmigung durch den Auftraggeber abgestellt werden.

Im Bereich von Freileitungen und Kabelwegen dürfen von dem Auftragnehmer keine Materialien gelagert werden, die eine Störungsbeseitigung behindern. Bei der Aufstellung von Masten und Kränen sowie der Lagerung von Materialien dürfen die in den einschlägigen VDE- und Unfallverhütungsvorschriften geforderten Schutzabstände nicht unterschritten werden. Zusätzliche Schutzeinrichtungen sind vorzusehen.

Vor Beginn der Arbeiten ist rechtzeitig die schriftliche Zustimmung des Anlagenverantwortlichen vom Auftraggeber (Durchführungserlaubnis) einzuholen.

2.18 Baustrom

Die Bereitstellung für den Baustromanschluss obliegt dem Auftraggeber.

Die Baustromverteilung obliegt dem Auftragnehmer, wobei die Trassierung durch den Auftraggeber zu bestätigen ist. Der Leistungsbedarf ist rechtzeitig durch den Auftragnehmer anzugeben. Dabei sind Art, Anzahl und Leistung der Verbraucher sowie zeitliche Belastung detailliert anzugeben.

Eingriffe durch Unbefugte sind verboten. Erweiterungen und Änderungen werden ausschließlich vom Auftraggeber veranlasst. Hauptkabelwege und Anschlusspunkte sind einzuhalten.

ZB AGU für den Einsatz von Fremdfirmen

Seite/Umfang
13/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

**ZB AGU
für den Einsatz
von Fremdfirmen**

Seite/Umfang
14/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

Durch den Bauherrn und den Auftragnehmer sind die jeweils zum Zeitpunkt der Errichtung gültigen Technischen Regeln und Stromnetz Berlin-Richtlinien einzuhalten.

Die Installationen sind durch Elektrofachkräfte vorzunehmen.

2.19 Bau- und Montagegeräte

Alle auf der Baustelle eingesetzten Bau- und Montagegeräte müssen den geltenden Vorschriften und Bestimmungen entsprechen. Jeder Auftragnehmer und Subauftragnehmer hat dafür zu sorgen, dass die einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften der für ihn zuständigen Berufsgenossenschaft sichtbar auslegt sind und ihre Einhaltung überwacht wird.

Bei Verstößen gegen die Unfallverhütungsvorschriften, sonstige geltende Vorschriften und Verordnungen sowie gegen diese ZB AGU können die Arbeiten durch den Auftraggeber sofort und so lange stillgelegt werden, bis die Gefährdung beseitigt ist.

Der Auftraggeber ist berechtigt, Personen, die die Vorschriften und Bestimmungen nicht einhalten, von der Baustelle zu verweisen. Die verantwortliche Person des Auftragnehmers ist davon unverzüglich unter Angabe der Gründe durch den Auftraggeber zu informieren.

2.20 Schutzeinrichtungen und Absperrmaßnahmen

Der Auftragnehmer ist dafür verantwortlich, dass der gesamte Bereich seiner Arbeitsstelle vorschriftsmäßig abgesichert ist.

Das unbefugte Verändern und Entfernen von Schutzeinrichtungen ist strengstens verboten.

Sollte aus zwingenden Gründen vorübergehend eine Abdeckung bzw. ein Geländer entfernt werden müssen, so ist die ungesicherte Stelle auf andere Weise zu sichern. Während der Zeit der Montage sind die Arbeitsstellen sicher abzusperren.

Provisorische Absperrungen und Geländer sind aus Stahlrohrpfosten herzustellen. Holzgeländer sind nur nach Absprache mit dem Auftraggeber zulässig.

2.21 Hebezeuge, Aufzüge

Handhebezeuge und elektrische angetriebene Hebezeuge dürfen nur benutzt werden, wenn sie den gültigen Sicherheits- und Unfallverhütungsvorschriften entsprechen. Die Benutzung eines auf der Baustelle befindlichen Kranes ist vorher mit dem Auftraggeber abzustimmen.

Die erforderliche Befähigung (Kranschein) ist durch den Auftragnehmer nachzuweisen.

Das Mitfahren auf und das Verweilen unter schwebenden Lasten ist verboten.

Aufzüge dürfen zur Personenbeförderung nur verwendet werden, wenn sie hierfür freigegeben und gekennzeichnet sind.

Die geltenden Bestimmungen der Aufzugsverordnung sind zu beachten. Bei Materialaufzügen müssen Sicherheitsabsperrungen vorhanden sein und entsprechend bedient werden.

2.22 Belästigung am Arbeitsplatz

Der Auftragnehmer hat seine Beschäftigten darüber zu informieren, dass jegliche Belästigungen am Arbeitsplatz nicht geduldet werden und zu melden sind. Darüber hinaus hat er zu gewährleisten, dass er Verfahrensweisen zum Umgang mit gemeldeten Vorfällen implementiert hat.

2.23 Alkohol, Rauchwaren und sonstige Rauschmittel

Das Einbringen und der Genuss von alkoholischen Getränken und sonstigen Rauschmitteln sind verboten. Das Rauchen ist nur in speziell gekennzeichneten Einrichtungen gestattet. Der Auftraggeber ist berechtigt, Personen, die den Eindruck vermitteln, unter Alkoholeinfluss oder unter Einfluss sonstiger Rauschmittel sowie Medikamenten zu stehen, den Zutritt zu verweigern bzw. vom Betriebsgelände/von der Baustelle/aus der Kundenanlage zu verweisen.

2.24 Notfallmanagement/Gefahrenabwehr

Bei besonderen Ereignissen (z. B. Brand, Unfall mit oder ohne Personenschäden oder Umweltschäden) sind vom Auftragnehmer unverzüglich die Notrufmeldestelle des jeweiligen Standortes und der vom Auftraggeber benannte Ansprechpartner zu benachrichtigen. Über diese ist im Bedarfsfall auch der Einsatz externer Rettungsdienste zu veranlassen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sein Personal und das Personal der Subunternehmen über das gültige Notfallmanagement des Auftraggebers zu unterweisen. Das Verhalten bei Unfällen, Alarm- und Gefahrenabwehr ist in den jeweiligen Standortregelungen des Auftraggebers beschrieben.

2.25 Meldung von Qualitätsmängeln

Alle im Zusammenhang mit dem Auftrag stehenden Qualitätsmängel sind vom Auftragnehmer unverzüglich dem Auftraggeber mitzuteilen. Auch Mängel, die augenscheinlich sind, aber nicht im Zusammenhang mit dem Auftrag stehen, sind dem Auftraggeber mitzuteilen.

2.26 Meldung von Unfällen oder Infektionseignissen

Alle im Zusammenhang mit dem Auftrag stehenden Arbeitsunfälle (ausgenommen sind Wegeunfälle) sowie Unfälle an der Ausführung unbeteiligter Dritter sind vom Auftragnehmer, unabhängig von der Dauer der Ausfallzeit, unverzüglich dem Auftraggeber mündlich nachfolgend schriftlich mitzuteilen. Die Meldepflicht gilt auch für die von ihm beauftragten Subunternehmen. Hierzu ist der vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Unfallmeldebogen (siehe Anlage „Unfallmeldebogen“) oder eine Kopie der Unfallanzeige zu benutzen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, auf Verlangen des Auftraggebers die Angaben in

**ZB AGU
für den Einsatz
von Fremdfirmen**

Seite/Umfang
15/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

dem Unfallbericht mündlich zu erläutern. Ist eine abschließende Klärung der Unfallursache nicht unmittelbar möglich, hat der Auftragnehmer unverzüglich nach deren Klärung einen abschließenden Unfallbericht vorzulegen.

Die Unfallmeldung an den Auftraggeber ersetzt nicht die Unfallanzeige an die zuständige gesetzliche Unfallversicherung (Berufsgenossenschaft) des Verunfallten sowie die Unfallanzeige an die staatliche Aufsichtsbehörde für Arbeitsschutz (z. B. LAGetSi Berlin oder Gewerbeaufsicht).

Geringfügige Verletzungen von versicherten Personen (Ausfallzeit kleiner ein Tag) sind in das Verbandsbuch des Unternehmens, bei dem der Verletzte beschäftigt ist, sowie im Baustellentagebuch zu dokumentieren.

Der Auftragnehmer einschließlich der Subunternehmen erklärt sich mit der Verarbeitung und Auswertung der Unfalldaten in der Unfallstatistik des Auftraggebers einverstanden. Dieses Einverständnis wird mit Vertragsabschluss/Auftragsannahme erteilt.

Bei Infektionsereignissen (Epidemie/Pandemie) ist der Auftraggeber unverzüglich durch den Auftragnehmer oder Subunternehmer über möglicherweise infizierte Mitarbeitende zu informieren.

2.27 Erste Hilfe

Für Erste Hilfe-Leistungen hat der Auftragnehmer Ersthelfer – gemäß den berufsgenossenschaftlichen Vorgaben – in ausreichender Anzahl bereitzuhalten. Verbandmaterialien sind durch den Auftragnehmer bzw. dessen Erfüllungsgehilfen bereitzuhalten. Auf der Arbeitsstätte (z. B. Baustelle) sind vom Auftragnehmer und dessen Erfüllungsgehilfen aktuelle Angaben bereitzuhalten über:

- Ort und Art der Erste-Hilfe-Einrichtung vor Ort
- die Erreichbarkeit des nächstgelegenen Durchgangsarztes, Facharztes und Krankenhauses
- die Erreichbarkeit der Rettungsdienste
- die zuständigen Ersthelfer sowie
- verfügbare Notrufeinrichtungen.

3 Einweisung

Aufgrund der unterschiedlichen örtlichen Gegebenheiten und sich verändernden Randbedingungen sind Beschäftigte an wechselnden Arbeitsplätzen und in Fremdbetrieben besonders gefährdet. Zur Minimierung möglicher Gefährdungen werden die Auftragnehmer durch den Auftraggeber durch eine mehrstufige Vorgehensweise eingewiesen.

Die Anmeldung der Arbeiten muss spätestens eine Woche vor Arbeitsbeginn beim Auftraggeber und Anlagenverantwortlichen erfolgen.

Die Einweisungen als auch die Unterweisungen sind nachweislich zu dokumentieren (bspw. Sicherheitspass).

ZB AGU für den Einsatz von Fremdfirmen

Seite/Umfang
16/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

Bei auszuführenden Arbeiten, die eine Durchführungserlaubnis notwendig machen, darf erst nach schriftlicher Erteilung einer Durchführungserlaubnis mit den Arbeiten begonnen werden. Der Auftragnehmer hat für seine Subunternehmer die Einbeziehung in dieses Freigabeverfahren (Durchführungserlaubnis) sicherzustellen. Im Niederspannungsnetz (1 kV) sind die gesonderten Regelungen gemäß Abschn. 4.4 „Verfahrensweise 1 kV Verfügungserlaubnis“ zu beachten und einzuhalten. Einladungen vom Auftraggeber zu Sicherheitsveranstaltungen sind für die Mitarbeitenden des Auftragnehmers verpflichtend. Sollte einer Einladung nicht Folge geleistet werden, sind dadurch entstehende Mehrkosten durch den Auftragnehmer zu tragen.

**ZB AGU
für den Einsatz
von Fremdfirmen**

Seite/Umfang
17/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

3.1 Ersteinweisung nach Vertragsabschluss

Nach Vertragsabschluss werden die Verantwortlichen bzw. in Abhängigkeit vom Gewerk auch die Mitarbeitenden der Auftragnehmer zu den Themen, wie z. B.:

- Ansprechpartner
- Prozessabläufe
- Standortbestimmungen
- örtliche Gegebenheiten
- Meldeketten
- Verfahrensweise Durchführungserlaubnis
- Verfahrensweise 1 kV Verfügungserlaubnis

eingewiesen. Ein Teil der Einweisung erfolgt durch die elektronische Anwendung „Sicherheitseinweisung von Fremdfirmen“ (eLearning). Der verantwortliche Auftragnehmer ist verpflichtet sicherzustellen, dass sich seine für den Auftraggeber arbeitenden Mitarbeitenden im System registrieren und das eLearning eigenständig durchführen. Nach erfolgreichem Abschlusstest ist das personalgebundene Zertifikat auszudrucken und durch den jeweiligen Mitarbeitenden des Auftragnehmers zu unterschreiben. Das Zertifikat (Gültigkeit ein Jahr ab Ausstellungsdatum) ist mitzuführen und auf Verlangen vorzuzeigen. Die „Sicherheitseinweisung von Fremdfirmen“ (eLearning) ersetzt nicht die Einweisung vor Ort. Mit Ablauf des Zertifikats erlischt die Zutrittsberechtigung für Anlagen der Stromnetz Berlin GmbH und der/die ausgehändigte(n) Schlüssel sind an die ausgebende Stelle unaufgefordert zurückzugeben.

Die eLearning Plattform ist über folgenden Link zu erreichen:

www.stromnetz.berlin/sicherheitseinweisung

3.2 Schlüsselbeantragung vor Arbeitsaufnahme

Bevor die Arbeiten in abgeschlossenen elektrischen Betriebsstätten aufgenommen werden, müssen Verantwortliche informiert und eine Schlüsselberechtigung beantragt werden.

Die Schlüsselbeantragung erfolgt durch den Auftraggeber bei der ausgebenden Stelle. Den Bedarf an Schlüsseln hat der Auftragnehmer spätestens eine Woche vor Arbeitsbeginn dem Auftraggeber per E-Mail zu übermitteln. Die

Schlüsselbeantragung setzt eine noch mindestens 6-monatige Gültigkeit des eLearning-Zertifikat „Sicherheitseinweisung von Fremdfirmen“ voraus. Zusammen mit dem eLearning-Zertifikat ist die Mobilfunknummer des Mitarbeitenden mitzuteilen. Der Auftraggeber behält sich vor, zusätzliche Einweisungen/Unterweisungen durchzuführen (z. B. Betreten von Netz- und Kundenstationen sowie Umspannwerken (UW)).

Besteht eine Beauftragung über den Gültigkeitszeitraum des eLearning-Zertifikates hinaus, so ist eine unaufgeforderte Erneuerung des eLearning-Zertifikates erforderlich. Die weitere Freischaltung der Schlüssel mit Angabe von Ort und Zeit ist durch den Auftragnehmer erneut beim Auftraggeber zu beantragen. Spätestens eine Woche vor Ablauf der Gültigkeit ist ein aktuelles eLearning-Zertifikat per E-Mail an die ausgebende Stelle zu übersenden.

Elektromechanische Schlüssel der M-Schließung (neues Zutrittskontrollsystem - ZKS) sind im vom Auftraggeber vorgegebenen Wiederholungszeitraum an den durch den Auftraggeber benannten Standorten zu revalidieren. Der Vorgang des Revalidierens wird in der Anlage 1 „Beantragung und Revalidierung M-Schlüssel“ dieser ZB AGU erläutert.

Die Zutrittsberechtigung zu Anlagen des Auftraggebers erlischt:

- mit Ablauf des eLearning-Zertifikates
- bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses des Mitarbeitenden mit der Vertragsfirma des Auftraggebers
- mit Wechsel des Mitarbeiters zu einem anderen vertraglich gebundenen Auftragnehmer
- aufgrund von Verstößen
- bei Beendigung der Beauftragung.

Ausgehändigte Schlüssel sind unaufgefordert durch den Auftragnehmer an die ausgebende Stelle zurückzugeben. Der Verlust oder der Defekt von Schlüsseln ist dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich anzuzeigen. Defekte Schlüssel bzw. abgebrochene Schlüssel sind vollständig bei der ausgebenden Stelle zum Ersatz abzugeben. Die Schlüssel werden personengebunden ausgegeben, und die Weitergabe von Schlüssel an nicht berechtigte Personen ist unzulässig. Jeglicher Missbrauch von Schlüssel ist durch den Inhaber zu verhindern!

Für Elektrofachkräfte bzw. „Elektrotechnisch unterwiesene Personen“ (EuP) können Schlüssel der benötigten Schließung(en) beantragt werden. Elektroanlagen haben abgeschlossene elektrische Betriebsstätten nur in Begleitung einer Elektrofachkraft, nach DIN VDE 105 Teil 100/3.2.3, bzw. einer „Elektrotechnisch unterwiesenen Person“ (EuP), nach DIN VDE 105 Teil 100/3.2.4, zu betreten.

3.3 Einweisung vor Ort

Vor der Arbeitsaufnahme und ggf. bei sich ändernden Arbeitsbedingungen während der Leistungserbringung muss der Auftragnehmer für Betriebsanlagen, bei denen der Auftraggeber die Anlagenverantwortung besitzt, durch den Auftraggeber auf mögliche betriebliche Gefahren und auf einzuhaltende

ZB AGU für den Einsatz von Fremdfirmen

Seite/Umfang
18/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

Sicherheits- und Schutzmaßnahmen eingewiesen werden. In Betriebs-/Kundenanlagen erfolgt diese Einweisung vor Ort durch den verantwortlichen zuständigen Mitarbeitenden bzw. Kunden für die Betriebs-/Kundenanlage. Erst nach der Einweisung durch den Auftraggeber bzw. verantwortlichen zuständigen Mitarbeitenden bzw. Kunden und Weitergabe der Einweisung des Auftragnehmers an seine Mitarbeitenden bzw. die Mitarbeitenden der Subunternehmen und der Vergabe einer schriftlichen Durchführungserlaubnis darf mit den Arbeiten begonnen werden. Soweit der Auftragnehmer feststellt, dass Einweisungen/Unterweisungen fehlen bzw. unterblieben sind, ist die Arbeit unverzüglich einzustellen und der Auftraggeber oder verantwortliche zuständige Mitarbeitende bzw. Kunde zu informieren. Vor Arbeitsaufnahme hat der Auftragnehmer sein eingesetztes Personal und das Personal seiner Subunternehmen hinsichtlich der zu beachtenden Sicherheitsvorschriften, der jeweiligen betrieblichen Verhaltens- und Schutzmaßnahmen sowie möglicher Gefährdungen und der Verkehrssicherungspflicht zu unterweisen.

Die Anmeldung der Arbeiten muss spätestens eine Woche vor Arbeitsbeginn beim Auftraggeber und Anlagenverantwortlichen erfolgen.

ZB AGU für den Einsatz von Fremdfirmen

Seite/Umfang
19/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

4 Auftragsausführung/Auftragsdurchführung

Durch den Auftraggeber werden in regelmäßigen Abständen systematische Begehungen und Baustellenkontrollen (ergänzende Sicherheitsüberwachung) durch Eigenpersonal und/oder beauftragte Personen vorgenommen. Ebenso hat der Auftragnehmer seine Tätigkeiten mit der notwendigen Sorgfalt zu überwachen, dies zu protokollieren und auf Verlangen dem Auftraggeber vorzulegen (z. B. Baustellentagebuch). Der Auftraggeber ist berechtigt, eine Unterbrechung der Arbeiten anzuordnen, wenn dies zur Abwendung einer unmittelbar bestehenden Gefahr erforderlich ist. Liegt der Grund der Unterbrechung in der Verantwortung des Auftragnehmers, so hat dieser die Kosten der Unterbrechung zu tragen.

4.1 Vor Beginn der Arbeiten

Vor Beginn der Arbeiten ist durch den Auftragnehmer ein Arbeitsverantwortlicher gegenüber dem Auftraggeber schriftlich zu benennen. Der Arbeitsverantwortliche des Auftragnehmers hat folgende Punkte sicherzustellen:

- Kontaktaufnahme mit dem Auftraggeber und/oder dem Koordinator/Anlagenverantwortlichen/Anlagenbeauftragten
- Beantragung bzw. Einholung der Durchführungserlaubnis für bestimmte Arbeiten. Hierfür ist die Kernarbeitszeit zw. 07:00 und 15:00 Uhr des Auftraggebers zu beachten
- Aufnahme der Arbeiten erst nach erfolgter Einweisung und schriftlicher Durchführungserlaubnis durch den Auftraggeber sowie nach Ein- bzw. Unterweisung der eigenen Mitarbeitenden in die durchzuführenden Arbeiten und Sicherheitsbestimmungen
- Einhaltung der Regelungen zur Verfahrensweise 1 kV Verfügungserlaubnis gemäß Abschn. 4.4
- Bei allen Arbeiten an bzw. in elektrischen Anlagen sind vom Auftragnehmer zwingend die fünf Sicherheitsregeln zu beachten und einzuhalten:

**ZB AGU
für den Einsatz
von Fremdfirmen**

Seite/Umfang
20/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

- 1) Freischalten
- 2) gegen Wiedereinschalten sichern
- 3) Spannungsfreiheit feststellen
- 4) Erden und Kurzschließen
- 5) benachbarte, unter Spannung stehende Teile abdecken oder abschranken

Vor Aufnahme der Arbeiten hat der Auftragnehmer den Arbeitsablauf rechtzeitig mit dem Auftraggeber abzustimmen.

Vor Beginn der Arbeiten sind, sofern erforderlich, dem Auftraggeber vom Auftragnehmer die verantwortlichen Bauleiter, Sicherheitsfachkräfte und Koordinatoren namentlich schriftlich bekannt zu geben.

Vor der Herstellung von Wand- und Deckendurchbrüchen, dem Anbohren von tragenden Stahl- und Stahlbetonteilen, der Verwendung von Bolzensetzgeräten, dem Arbeiten an Sichtbetonteilen und an statischen Bauteilen, ist ein vorheriger statischer Nachweis erforderlich.

Beim Transport über fertige Fußböden (aufgestellte Böden), Lichtgitterroste und ähnlichen Konstruktionen sind lastverteilende Maßnahmen entsprechend der Tragfähigkeit durch den Auftragnehmer zu realisieren. Diese sind dem Auftraggeber anzuzeigen.

4.2 Verkehrssicherung

Baustellen, Ausschachtungen, Gruben, Kanäle, Bodenöffnungen usw. sind vom Auftragnehmer vor Beginn der Arbeiten und während der gesamten Bau- und Montagezeit vorschriftsmäßig abzusichern (einschl. Beleuchtung).

Wird der normale Verkehrsablauf behindert, so ist vom Auftragnehmer durch geeignete Beschilderung rechtzeitig auf die Gefahrenstelle hinzuweisen.

Baustellen auf Werksstraßen oder Plätzen dürfen nur nach vorheriger Abstimmung mit dem Koordinator bzw. Auftraggeber eingerichtet werden.

Bei Arbeiten oberhalb bestehender Arbeitsstellen, Verkehrsflächen usw. sind diese zum Schutz gegen herabfallende Baustoffe oder Werkzeuge durch den Auftragnehmer in der Gefahrenzone entsprechend zu sichern (z. B. durch Schutzdächer). Arbeitsstellen mit Absturzgefahr sind besonders zu kennzeichnen und zu sichern.

4.3 Freigabeverfahren

Für alle Arbeiten fordert der Auftraggeber vor Beginn der Tätigkeit eine Durchführungserlaubnis. Zu den Arbeiten mit einer Durchführungserlaubnis gehören insbesondere, aber nicht ausschließlich:

- Arbeiten auf Gerüsten
- Arbeiten in engen Räumen

- Heiarbeiten (z. B. Schweißen, Schneiden, Flammen oder Funken reißende Verfahren)
- Tiefbauarbeiten (110 / 30 kV - bei Unterschreitung des Sicherheitsabstandes an Kabeltrassen)
- für Arbeiten in abgeschlossenen elektrischen Betriebsstätten und auf Grundstücken
- Befahren von Behältern
- Arbeiten an oder in der Nähe von elektrischen Anlagen
- Arbeiten an Systemen oder Anlagenteilen, die gefährliche Arbeitsstoffe enthalten oder freisetzen können
- Arbeiten in explosionsgefährdeten Bereichen
- Arbeiten im Bereich von Freileitungen
- Betreten von Fernwrmeschchten/Schächten.

ZB AGU für den Einsatz von Fremdfirmen

Seite/Umfang
21/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

Ohne eine schriftliche Durchführungserlaubnis ist das Arbeiten nicht zulässig!

Abschnitt 4.3 gilt nur für Betriebsanlagen, bei denen der Auftraggeber die Anlagenverantwortung besitzt bzw. die Leistungen durch diesen beauftragt werden.

4.4 Verfahrensweise 1 kV Verfügungserlaubnis

Dieser Abschnitt regelt die allgemeine Verfahrensweise für die Beantragung und Rückgabe einer „1 kV Verfügungserlaubnis“ durch Vertragsfirmen für planbare Niederspannungs-Netzmontagen

- 1) Übergabe der kompletten Montage-/Unterlagen in digitaler Form durch den Auftraggeber an die ausführende Vertragsfirma, im Weiteren Auftragnehmer.
- 2) Den Antrag auf Erteilung einer „1 kV Verfügungserlaubnis“, im Weiteren „1 kV VE“, stellt der Auftragnehmer mit dem Auftraggeber-Vordruck 2277 „Antrag 1 kV Verfügungserlaubnis“ **mindestens drei (3) Arbeitstage, bei vorhandenen ins Verteilungsnetz einspeisenden Eigenerzeugungsanlagen fünf (5) Arbeitstage, vor dem Ausfhrungstermin**, per E-Mail an die jeweilige regionale Einsatzsteuerung/ 1 kV VE-Vergabestelle des Auftraggebers (Anlagenverantwortlicher). Bei Bedarf und nach Absprache cc zur Info an den direkten Auftraggeber (Fachbereich)
- 3) Bearbeitung des Antrages „1 kV VE“ durch die regionale Einsatzsteuerung/ 1 kV VE-Vergabestelle des Auftraggebers; Besonderheiten auf dem Antrag vermerken (Trennstellen vorhanden, Trennstellen herstellen, berbrckungsgert benutzen usw.), ggf. Einfügen weiterer Seiten im Dokument bzw. Zufügen weiterer Anlagen zum Dokument mit zusätzlichen Informationen.
- 4) Rücksendung des bestätigten Antrages „1 kV VE“ durch die regionale Einsatzsteuerung/ 1 kV VE-Vergabestelle per E-Mail an den Auftragnehmer. Bei Bedarf und nach Absprache cc zur Info an den direkten Auftraggeber (Fachbereich)

- 5) Am Tag der Netzmontagen meldet sich der Anlagenverantwortliche (Auftragnehmer) für die betreffende Bau-/Arbeitsstelle unmittelbar vor Beginn der Arbeiten telefonisch bei der regionalen Einsatzsteuerung/ 1 kV VE-Vergabestelle, um sich durch den zuständigen Mitarbeiter des Auftraggebers (Anlagenverantwortlicher) die Gültigkeit der „1 kV VE“ im persönlichen Gespräch bestätigen zu lassen.
Das Hinterlassen einer Nachricht auf dem Anrufbeantworter gilt nicht als Anmeldung und berechtigt nicht zum Beginn der Arbeiten.
- 6) Die „1 kV VE“ gilt nur für diesen Tag bis 20:00 Uhr und muss bei mehrtägigen Baustellen täglich vor Beginn der Arbeiten neu telefonisch durch die regionale Einsatzsteuerung/ 1 kV VE-Vergabestelle gemäß Pkt. 5 bestätigt werden.
- 7) Die „1 kV VE“ muss vollständig, Antrag (Seite 1) und ggf. mit den von der regionalen Einsatzsteuerung/ 1 kV VE-Vergabestelle übergebenen weiteren Seiten/Anlagen, am Tage der Ausführung auf der Bau-/Arbeitsstelle vorliegen
- 8) Bei Bedarf und nach Absprache erfolgt zusätzlich zu der unter Pkt. 5. genannten Regelung vor Beginn der Arbeiten eine telefonische Meldung des Montagebeginns durch den Anlagenverantwortlichen (Auftragnehmer) an den direkten Auftraggeber (Fachbereich).
- 9) Zeigt sich während der Auftragsausführung, dass die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Montage-/Unterlagen und/oder die Angaben in der „1 kV VE“ mit den örtlichen Verhältnissen nicht übereinstimmen und/oder sind die in der „1 kV VE“ genannten Anlagen / Betriebsmittel nicht eindeutig zu bestimmen, ist die regionale Einsatzsteuerung/ 1 kV VE-Vergabestelle / der Auftraggeber sofort telefonisch zu informieren.
Die „1 kV VE“ ist in diesem Fall ungültig und die Arbeiten sind einzustellen!
- 10) Unmittelbar nach Beendigung der Arbeiten, gilt auch arbeitstäglich bei mehrtägigen Baustellen, erfolgt die telefonische Rückgabe der „1 kV VE“ durch den Anlagenverantwortlichen (Auftragnehmer) an die regionale Einsatzsteuerung im persönlichen Gespräch oder durch Hinterlassen einer Nachricht auf dem Anrufbeantworter. Zusätzlich erfolgt zeitnah, spätestens drei (3) Arbeitstage nach Ausführung der Netzmontagen, bei mehrtägigen Baustellen beginnt der Zeitraum ab dem letzten Tag der Netzmontagen, die Rückgabe der „1 kV VE“ per E-Mail bzw. Fax.
- 11) Nach Rückgabe der „1 kV VE“ sind keine weiteren Arbeiten ohne erneute Erteilung einer „1 kV VE“ des Anlagenverantwortlichen (Auftraggeber) an den Anlagen / Betriebsmitteln zulässig.
- 12) Bei Bedarf und nach Absprache erfolgt unmittelbar nach Beendigung der Arbeiten eine telefonische Meldung über den Stand der Montagen durch den Auftragnehmer an den direkten Auftraggeber (Fachbereich).
- 13) Der veränderte Schaltzustand ist durch den Auftragnehmer zu dokumentieren; dazu ist eine Skizze über den aktuellen Schaltzustand

ZB AGU für den Einsatz von Fremdfirmen

Seite/Umfang
22/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

**ZB AGU
für den Einsatz
von Fremdfirmen**

Seite/Umfang
23/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

bzw. bei Abbruch bzw. Unterbrechung der Arbeiten des zwischenzeitlichen Schaltzustandes mit den dazu gehörigen Abschriften der Abgangsbelegung der Niederspannungsverteilungen anzufertigen und unverzüglich an die regionale Einsatzsteuerung/ 1 kV VE-Vergabestelle per E-Mail bzw. Fax zu senden.

- 14) Bei Eilaufträgen (z. Bsp. Störungsreparaturen im Niederspannungsnetz), bei denen bei der Vorbereitung der Arbeiten keine „1 kV VE“ durch den Auftragnehmer beantragt werden kann, werden durch den Anlagenverantwortlichen (Auftraggeber) vor Ort eine Durchführungserlaubnis (DE) (Auftraggeber-Vordruck 1023) und, falls erforderlich, der „Sicherheitsmaßnahmeschein bei Arbeiten in Netzstationen“ (Auftraggeber-Vordruck 2613) übergeben. Die genauen Regelungen hierzu werden nach Vertragsabschluss in einer kostenfreien Schulung durch den Auftraggeber erläutert.
- 15) Bei allen Netzabschaltungen, auch bei einzeln betroffenen Hausanschlüssen, ist zusätzlich der Auftraggeber-Vordruck 1049 „Merkblatt - Haftung bei Versorgungsstörungen“ (Entlastungsnachweis) durch den Auftragnehmer auszufüllen und nach Abschluss der Arbeiten zusammen mit der Rückgabe der „1 kV VE“ an die jeweilige regionale Einsatzsteuerung/ 1 kV VE-Vergabestelle per E-Mail bzw. Fax zu übergeben.
Die Uhrzeiten der tatsächlichen Abschaltung sind genauestens anzugeben!

4.5 Durchführungserlaubnis zur 1-kV-Störungsbearbeitung

Dieser Abschnitt regelt die Erteilung einer Durchführungserlaubnis durch den Auftraggeber im Rahmen einer 1-kV-Störungsbearbeitung.

In der Niederspannung kann es erforderlich werden, dass der Auftraggeber im Rahmen einer Störungsbeseitigung (hierbei handelt es sich ausschließlich um 1-kV-Kabelfehler) den Auftragnehmer während der vertraglich definierten Bereitschaftszeit mit der Leistung zur Betreuung der eingesetzten Mitarbeitenden der Messtechnik des Auftraggebers beauftragt wird.

Der Ersteinsatz zur Eingrenzung und Bearbeitung einer Störung im Niederspannungsnetz erfolgt grundsätzlich durch die Mitarbeitenden des Auftraggebers. Anschließend übergeben die Mitarbeitenden des Auftraggebers diese Störung zur weiteren Bearbeitung vor Ort an die Mitarbeitenden des Auftragnehmers.

Der Anlagenverantwortliche von Stromnetz Berlin erteilt vor Ort mit dem Auftraggeber-Vordruck 1023 „Durchführungserlaubnis (DE)“ eine Verfügungserlaubnis (ohne Erteilung einer DE!) für das betroffene 1-kV-Kabel an den (Anlagenverantwortlichen) Mitarbeitenden der Vertragsfirma.

Der Mitarbeitende der Vertragsfirma muss VE empfangsberechtigt, sprich Anlagenverantwortlicher im Niederspannungsnetz sein. Er darf demzufolge eigenständig die Arbeitsschutzsicherungen einsetzen und entfernen.

Somit wird dem Mitarbeitenden der Vertragsfirma auch die Verfügungserlaubnis (VE) für dieses Betriebsmittel (nur im Niederspannungsnetz!) übergeben. Er muss vor Ort sämtliche Sicherheitsmaßnahmen und die Verkehrssicherungspflicht überwachen bzw. für andere Arbeiten ergänzen.

Jetzt kann der Mitarbeitende der Vertragsfirma als Anlagenverantwortlicher an den Mitarbeitenden (Arbeitsverantwortlichen) der Messtechnik des Auftraggebers eine Durchführungserlaubnis (DE) zur Durchführung der Fehlerortungstätigkeiten erteilen.

Nach Abschluss der Fehlerortungstätigkeiten gibt der Mitarbeitende (Arbeitsverantwortlicher) der Messtechnik des Auftraggebers die Durchführungserlaubnis (DE) an den Mitarbeitenden (Anlagenverantwortlichen) des Auftragnehmers zurück.

Im Anschluss übernimmt der Auftragnehmer die weitere Störungsreparatur (Tiefbau & Montagen).

Nach Abschluss der Arbeiten gibt der Anlagenverantwortliche (Auftragnehmer/Vertragsfirma) die Verfügungserlaubnis an den Anlagenverantwortlichen (Auftraggeber) zurück.

4.6 Anlagenbeauftragter an der Arbeitsstelle

Nimmt der Auftragnehmer die Aufgabe des Anlagenbeauftragten im Zuge der Bau- und/oder Instandhaltungsarbeiten ab zwei auf der Arbeitsstelle tätigen Gewerke wahr, sind die in diesem Abschnitt aufgeführten Regelungen verpflichtend.

Der Geschäftsführer oder eine bevollmächtigte Person des Auftragnehmers meldet dem Auftraggeber bei Vertragsabschluss mit dem Auftraggeber-Vordruck 2655 seine Mitarbeiter an, welche für die Arbeiten des Anlagenbeauftragten befähigt sind und somit mit der Durchführung der Aufgaben eines Anlagenbeauftragten beauftragt werden können.

Folgende Anforderungen muss der Anlagenbeauftragte erfüllen:

- Elektrofachkraft
- Nachweis der zeitnahen Berufserfahrung (innerhalb des letzten Jahres) auf dem Gebiet elektrotechnischer Arbeiten in den Nieder-, Mittel- oder Hochspannungsanlagen
- fachliche Kenntnisse der einschlägigen Normen und Vorschriften
- Wissen über Gefahren und Sicherheitsaspekte bei den auszuführenden Tätigkeiten
- muss in der Lage sein, Gefahren erkennen zu können
- klare Kommunikation
- Durchsetzungsvermögen.

Für den Auftragnehmer ist es verpflichtend, dass Mitarbeiter seines Unternehmens, die als Anlagebeauftragter durch den Anlagenverantwortlichen beauftragt werden können, an einer Schulung zum Anlagenbeauftragten teilnehmen.

ZB AGU für den Einsatz von Fremdfirmen

Seite/Umfang
24/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

Diese für die Teilnehmer kostenfreie Schulung wird durch den Auftraggeber durchgeführt. Die Anfrage zum Bedarf der Schulung stellt der Auftragnehmer.

Durch den Anlagenverantwortlichen des Auftragsgebers wird ein angemeldeter Mitarbeiter des Auftragnehmers schriftlich zum Anlagenbeauftragten für die jeweilige Bau-/Arbeitsstelle benannt. Somit ist der Anlagenbeauftragte des Auftragnehmers berechtigt Durchführungserlaubnisse auszustellen.

Vor einer Durchführung von Bau- und/oder Instandhaltungsarbeiten an den Anlagen der Stromnetz Berlin GmbH werden die Erstmaßnahmen zur Arbeitssicherheit (5 Sicherheitsregeln) in Verantwortung des Anlagenverantwortlichen (Auftraggeber) durchgeführt. Die schriftliche Erteilung der Durchführungserlaubnis erfolgt für die beauftragten Arbeiten vom benannten Anlagenbeauftragten (Auftragnehmer).

Der Anlagenbeauftragte ist an der unmittelbaren Arbeitsstelle für die Einhaltung/Überwachung der Vorgaben des Anlagenverantwortlichen (Sicherheitsmaßnahmen und Verkehrssicherungspflichten) sowie für die Koordinierung und sichere Durchführung der Arbeiten während der gesamten Ausführungszeit verantwortlich.

Er dokumentiert dieses durch seine Unterschrift auf der von ihm ausgestellten Durchführungserlaubnis. Die Vorgaben des Anlagenverantwortlichen dürfen nicht ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Anlagenverantwortlichen verändert werden. Jedoch dürfen weitere Sicherheitsmaßnahmen durch den jeweiligen Arbeitsverantwortlichen durchgeführt werden.

Hat der Anlagenbeauftragte eine Durchführungserlaubnis an weitere Auftragnehmer erteilt, so müssen die benannten Arbeitsverantwortlichen alle Beteiligten in ihren eigenen Teams über die durchgeführten Sicherheitsmaßnahmen und Verkehrssicherungspflichten informieren und sie in die Arbeitsstelle einweisen.

Im Falle einer Unterbrechung der Arbeiten mit Verlassen der Arbeitsstelle ist die Wiederaufnahme der Arbeit erst nach einer Kontrolle der getroffenen Schutzmaßnahmen und einer erneuten Einweisung aller Mitarbeiter seines Teams durch den Arbeitsverantwortlichen/Beaufsichtigenden zulässig.

Kann er nicht ohne weiteres erkennen, ob sich die Sicherheitsmaßnahmen und Verkehrssicherungspflichten geändert haben, so ist der Anlagenbeauftragte oder Anlagenverantwortliche hinzuzuziehen.

Diese Einweisung ist durch alle Beteiligten auf der Durchführungserlaubnis durch ihre eigenhändige Unterschrift zu bestätigen.

Der tägliche Beginn und Abschluss der Arbeiten sind zu dokumentieren. Mit der Dokumentation nach Beendigung der Arbeiten und Rückgabe/Entzug der Durchführungserlaubnis an/durch den Anlagenverantwortlichen/-beauftragten ist die Arbeitsstelle als unter Spannung stehend zu betrachten.

ZB AGU für den Einsatz von Fremdfirmen

Seite/Umfang
25/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

Die ausgefüllten Vordrucke „Durchführungserlaubnis“ und der in der Mittel- und Niederspannung eingesetzte „Sicherheitsmaßnahmeschein“ müssen auf der Baustelle vorliegen.

**ZB AGU
für den Einsatz
von Fremdfirmen**

Seite/Umfang
26/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

4.7 Erlaubnisschein für feuergefährliche Arbeiten

Wird der Einsatz von offenem Feuer (dazu gehören auch Autogen- und Elektroschweißen, Verwendung von beheizten Teerkesseln, Flämmarbeiten und Funken reiße Arbeiten) erforderlich, so ist durch den Anlagenbeauftragten oder Anlagenverantwortlichen eine Erlaubnis (ggf. als Erlaubnisschein für feuergefährliche Arbeiten (Auftraggeber-Vordruck 2110) oder Erlaubnisschein für feuergefährliche Arbeiten für den Netzbetrieb (Auftraggeber-Vordruck 2659) oder als Punkt auf der Durchführungserlaubnis) einzuholen. Die Erlaubnis ist rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten durch den Auftragnehmer einzuholen bzw. zu beantragen. Bei Änderung der Arbeitsstelle und/oder des Zeitplanes für die betreffenden Arbeiten ist eine neue Erlaubnis einzuholen. Der Auftragnehmer darf erst nach Erlaubnis mit der Ausführung der feuergefährlichen Arbeiten beginnen. Die Vorgaben aus der Erlaubnis sind strikt einzuhalten. Insbesondere ist die Nachkontrolle durchzuführen und zu dokumentieren.

5 Arbeitssicherheits-/Koordinierungsmaßnahmen

Der Auftragnehmer ist in seinem Arbeitsbereich für die Veranlassung und Durchführung der Arbeitssicherheitsmaßnahmen verantwortlich. Er ist verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, dass der Sicherheits- und Gesundheitsschutz der zum Einsatz kommenden Mitarbeitenden sowie aller anderen Personen, die im Umfeld des Arbeitsbereiches tätig sind, stets gewährleistet ist. Kommt es durch Arbeiten mehrerer beauftragter Unternehmen zu einer möglichen gegenseitigen Gefährdung, so bestimmt der Auftraggeber einen Koordinator/Anlagenbeauftragten, um die Arbeiten vor Ort aufeinander abzustimmen. Dieser wird dem Auftragnehmer spätestens mit der Einweisung bekannt gegeben. Der Koordinator/Anlagenbeauftragte hat zur Durchsetzung des Sicherheits- und Gesundheitsschutzes Weisungsbefugnis gegenüber allen Mitarbeitenden, die im Rahmen der Vertragsausführung des Auftragnehmers tätig sind.

Der Einsatz des Koordinators/Anlagenbeauftragten entbindet den Auftragnehmer nicht von seiner eigenen Verantwortung, insbesondere von den Aufsichts- und Koordinierungspflichten gegenüber seinem Personal und dem Personal der von ihm beauftragten Subunternehmen. Der Auftragnehmer hat sich mit anderen Fremdfirmen untereinander bei Auftreten oder Erkennen möglicher Gefährdungen abzustimmen und den Auftraggeber unverzüglich zu unterrichten. Für Baustellen, die gemäß Definition in die Baustellenverordnung (BaustellV) fallen, wird vom Auftraggeber oder von verantwortlichen Dritten ein Koordinator nach BaustellV (SiGeKo) bestellt.

6 Brandschutz

6.1 Allgemeine Hinweise

Vor Beginn der Arbeiten hat sich der Auftragnehmer über die nächsten erreichbaren Feuerlöscheinrichtungen, Flucht- und Rettungswege sowie

Notrufeinrichtungen zu informieren. Sicherheitseinrichtungen einschließlich der Feuerlöscheinrichtungen dürfen nicht ohne Genehmigung beseitigt, verstellt, unwirksam gemacht oder zweckentfremdet werden.

Geeignete Feuerlöscher, die bei der Durchführung von Arbeiten erforderlich sind, sind durch den Auftragnehmer bereitzustellen (z. B. bei feuergefährlichen Arbeiten).

Die Regelung für die Benutzung von Feuerlöschern in elektrischen Anlagen mit Betriebsspannung über 1000 V sind Bestandteil der Gefährdungsbeurteilung und des Arbeitsfreigabeverfahrens sowie der Einweisung vor Aufnahme der Arbeiten.

Die Flucht- und Rettungswege sowie die Zufahrtswege für die Rettungskräfte sind ständig freizuhalten. Brennbare Abfälle sind in geeigneten Behältnissen zu sammeln und arbeitstäglich zu entsorgen.

Die Hinweise auf Rauchverbotszonen und den Umgang mit Feuer bzw. offenem Licht sind zu beachten.

Brand- und Rauchschutztüren müssen ständig geschlossen gehalten werden, wenn nicht eine automatische Schließtechnik vorhanden ist. Das Feststellen oben genannter Türen durch Keile, Gegenstände oder dergleichen ist nicht zulässig. Erstellte Mauerdurchbrüche und Brandschotte sind im Anschluss an Arbeiten (u. U. arbeitstäglich) sach- und fachgerecht zu verschließen. Prüfzeugnisse über die bauaufsichtliche Zulassung der verwendeten Bauteile und Materialien sind vom Auftragnehmer dem Auftraggeber zu übergeben.

6.2 Vorbeugender Brandschutz

Jeder Auftragnehmer hat an und in seinem Büro- und Mannschaftsunterkünften sowie Arbeitsorten eine ausreichende Anzahl von Feuerlöschern anzubringen und für die turnusmäßige Prüfung der Funktionstüchtigkeit dieser Feuerlöscher zu sorgen. Jede Art von offenem Feuer ist auf der Baustelle verboten.

Wegen akuter Brandgefahr ist die Benutzung von Heizkörpern mit offenen Flammen oder mit freiliegenden Heizspiralen untersagt.

Die Feuerlöscheinrichtungen, wie Saugbrunnen, Hydranten, Ringleitungen, Schlauchschränke, Feuerlöscher und Hinweisschilder sind in ständig betriebsbereitem Zustand zu halten. Sie dürfen nicht verdeckt, zugestellt, beschädigt oder anderweitig unbenutzbar gemacht werden und müssen jederzeit zugänglich sein. Beschädigungen sind dem Auftraggeber zu melden. Benutzte Feuerlöscher sind unverzüglich auszutauschen.

ZB AGU für den Einsatz von Fremdfirmen

Seite/Umfang
27/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

7 Elektrische Anlagen und Betriebsstätten

7.1 Aufenthalt an oder in der Nähe von elektrischen Anlagen

Der Aufenthalt in abgeschlossenen elektrischen Betriebsstätten, bei denen der Auftraggeber die Anlagenverantwortung besitzt, bedarf der vorherigen Zustimmung durch den Auftraggeber und einer Einweisung. In Betriebs-/Kundenanlagen ist zudem die Zustimmung/Einweisung beim zuständigen verantwortlichen Mitarbeiter bzw. Kunden einzuholen.

7.2 Arbeiten an oder in der Nähe von unter Spannung stehenden Teilen

Der Auftragnehmer hat gemäß DGUV Vorschrift 3 § 8 zu bestätigen, dass er die Forderungen hinsichtlich der fachlichen Eignung für Arbeiten an unter Spannung stehenden Teilen erfüllt (Befähigungsnachweis). Die Kenntnisse und Fertigkeiten müssen in regelmäßigen Abständen (jährliche Unterweisung/alle 4 Jahre Wiederholungsprüfung) überprüft werden und, wenn erforderlich, muss die Ausbildung wiederholt oder ergänzt werden.

Darüber hinaus muss bei Arbeiten an unter Spannung stehenden aktiven Teilen elektrischer Anlagen und Betriebsmittel außer der Elektrofachkraft noch eine weitere, mindestens elektrotechnisch unterwiesene Person als Ersthelfer anwesend sein. Für Alleinarbeitsplätze muss eine entsprechende Meldekette benannt sein.

7.3 Einsatz von Sonderfahrzeugen

Wird bei Arbeiten auf Betriebsgeländen der Einsatz von Sonderfahrzeugen, z. B. Kränen, Baggern, mechanischen Leitern, Arbeitsbühnen und ähnlichen Geräten, erforderlich, so ist auf der schriftlichen Durchführungserlaubnis die Genehmigung hierfür vom Auftraggeber zusätzlich zu vermerken.

7.4 Arbeiten in großen Höhen

Für alle Arbeiten nach der Anlage II der Baustellenverordnung (Arbeiten in großen Höhen - Gefahr des Absturzes aus einer Höhe von mehr als 7 m) ist während dieser Arbeiten ein eigenständiger SiGeKo durch den Auftragnehmer auf der Baustelle einzusetzen. Dieser SiGeKo hat permanent die Einhaltung der gesetzlichen und berufsgenossenschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften sowie der Stromnetz Berlin Sicherheitsvorschriften auf der Baustelle zu überwachen und dies dem Auftraggeber gegenüber täglich zu dokumentieren.

8 Abschließende Pflichten des Auftragnehmers

Nach Beendigung von Arbeiten an Gebäuden, Anlagen oder Maschinen ist vom Auftragnehmer eine Endkontrolle durchzuführen und zu protokollieren. Hierbei ist insbesondere darauf zu achten, dass betroffene sicherheitstechnische Einrichtungen (z. B. Abdeckungen, Endpunktschalter) ordnungsgemäß funktionieren bzw. montiert sind. Alle Werkzeuge, Teile, Abfallstücke bzw.

**ZB AGU
für den Einsatz
von Fremdfirmen**

Seite/Umfang
28/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

Materialreste müssen entfernt werden. Die Abfallbeseitigung muss nach den entsprechenden Vorschriften erfolgen. Die Arbeit ist dem Auftraggeber/Sicherheits- und Gesundheits-Koordinator/Anlagenverantwortlichen/Anlagenbeauftragten fertig zu melden (schriftliche Rückmeldung einer erteilten Durchführungserlaubnis).

ZB AGU für den Einsatz von Fremdfirmen

Seite/Umfang
29/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

9 Sanktionen

Bei Verstößen des Auftragnehmers gegen diese Bedingungen, Arbeitsschutz-Vorschriften, innerbetrieblichen Anweisungen und/oder fachlichen Mängeln kommt ein in drei Phasen gestuftes Eskalations-Programm zur Anwendung:

- Phase I: Verwarnung des Verantwortlichen des Auftragnehmers (Diese Verwarnung wird schriftlich dokumentiert.)
- Phase II: Gespräch mit Geschäftsführenden/Vertreter des Auftragnehmers (Die Inhalte des Gesprächs, die Festlegung verbindlicher Maßnahmen und die Androhung der Konsequenzen bei Nichteinhaltung sind schriftlich zu protokollieren.)
- Phase III: Kündigung aus wichtigem Grund, ggf. Schadensersatz/Einstellung der weiteren Zusammenarbeit.

Weitere vertragliche und/oder gesetzliche Rechte des Auftraggebers bleiben unberührt.

In besonders schwerwiegenden Fällen des Verstoßes gegen diese Anweisung ist der Auftraggeber berechtigt, den Auftragnehmer außerordentlich mit sofortiger Wirkung zu kündigen, ohne dass die vorgenannten Phasen I - III durchlaufen werden müssen. Die Folgen der Kündigung richten sich nach den übrigen vertraglichen Vorschriften bzw. dem Gesetz.

Darüber hinaus ist der Auftraggeber unbeschadet weiterer Rechte, die sich aus dem Gesetz oder den übrigen vertraglichen Regelungen ergeben, berechtigt, die Arbeiten bei Gefahr in Verzug unverzüglich einstellen zu lassen und die Mitarbeiter des Auftragnehmers, die Arbeitsschutzvorschriften und innerbetriebliche Anweisungen zuwiderhandeln, von dem Betriebsgelände oder von den Baustellen/Kundenanlage zu verweisen. Die Verstöße werden protokolliert und in der zentralen Datenbank des Fremdfirmenmanagements des Auftraggebers dokumentiert.

10 Abweichung zur Vertragsleistung

Sicherheitstechnische Abweichungen zur Vertragsleistung, Störungen und Schäden sind zeitnah im Bautagebuch bzw. Betriebstagebuch zu dokumentieren und unverzüglich dem Koordinator oder dem Auftraggeber zu melden.

11 Überwachungs- und Prüfrechte

Der Auftraggeber oder die von ihm Beauftragten haben das Recht, die vertragsgemäße Ausführung der Leistungen zu überwachen und die Einhaltung der erforderlichen Sicherheitsbestimmungen nach vorheriger Abstimmung mit dem Auftragnehmer zu prüfen.

Der Auftraggeber oder die von ihm Beauftragten erhalten hierzu Zutritt zu den Arbeitsplätzen, Werkstätten und Lagerräumen des Auftragnehmers, wo die vertraglichen Leistungen erbracht oder Teile hiervon hergestellt oder dafür bestimmte Stoffe und Bauteile gelagert werden.

Auf Verlangen sind dem Auftraggeber oder seinen Beauftragten alle für die Leistungserbringung erforderlichen Dokumente zur Einsicht vorzulegen und die erforderlichen Auskünfte zu erteilen. Die genannten Rechte des Auftraggebers erstrecken sich auch auf den Bereich der Schadensfeststellung.

**ZB AGU
für den Einsatz
von Fremdfirmen**

Seite/Umfang
30/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

12 Schriftliche Anerkennung durch Firma

Der Auftragnehmer bestätigt durch Unterschrift, dass er die „ZB AGU für den Einsatz von Fremdfirmen bei der Stromnetz Berlin GmbH“ erhalten und den Inhalt zur Kenntnis genommen hat.

Er verpflichtet sich, die darin enthaltenen Bedingungen seinen Beschäftigten sowie den durch ihn beauftragten Subunternehmen nachweislich bekannt zu geben und darauf zu achten, dass diese auch eingehalten und befolgt werden. Der Nachweis ist auf Verlangen des Auftraggebers vorzulegen.

Unabhängig von den vertraglichen Haftungsregelungen gemäß dem Hauptvertrag (Kommerzielle Bedingungen), haftet der Auftragnehmer vollumfänglich für die Einhaltung der vorstehenden „Zusätzlichen Bedingungen Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz für den Einsatz von Fremdfirmen bei der Stromnetz Berlin GmbH“ nach den gesetzlichen Vorschriften.

ZB AGU für den Einsatz von Fremdfirmen

Seite/Umfang
31/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

Auftragnehmer (Firma)

Anschrift Auftragnehmer

Straße

Hausnummer

Postleitzahl

Ort

Auszuführender Auftrag

Anfragenummer

Datum

Name (in Druckschrift)

Stempel / Unterschrift Auftragnehmer

Anhang

I – Änderungshinweise

Version	Abschnitt	Thema
5.1	0	Seite 4 Abschnitt „0 Änderungshinweise“ für Dokument eingefügt
5.1	3.2	Seite 16 Absatz 3, letzter Satz: Ergänzung mit Verweis auf Anlage 1 „Beantragung und Re-validierung M-Schlüssel“ eingefügt.
5.2	2.1	Änderung des LTIF von ≤ 10 auf ≤ 20

Tab. I -1 – Änderungshinweise

ZB AGU für den Einsatz von Fremdfirmen

Seite/Umfang
32/32

Zuständig
Einkauf

Herausgeber
Stromnetz Berlin GmbH

Ausgabe
Version 5.2 / 11.01.2024

1394 Einhaltung Arbeitnehmerentsendegesetz und Mindestlohngesetz, Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz etc.

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der Bestimmungen des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG) und des Mindestlohngesetzes (MiLoG), des Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG), des AÜG und der SGB sowie der Bestimmungen der illegalen Ausländerbeschäftigung in der jeweils aktuell gültigen Fassung bei der Auftragsabwicklung.
- (2) Der Auftragnehmer ist verpflichtet, den Auftraggeber unverzüglich zu informieren, soweit gegen ihn oder einen seiner Subunternehmer ein Ordnungswidrigkeitsverfahren wegen eines Verstoßes gegen die unter Abs. (1) genannten Vorschriften geführt wird bzw. er von einem solchen Verfahren Kenntnis erlangt.
- (3) Der Auftragnehmer stellt durch geeignete Maßnahmen sicher, dass die vorgenannten Bestimmungen (Abs. (1)) eingehalten werden.
- (4) Der Auftragnehmer hat insbesondere zu dokumentieren, welche Nachunternehmer in welchem Nachunternehmerverhältnis für die Vertragsausführung des Auftraggebers tätig sind, die regelmäßige Anzahl der Beschäftigten jedes Nachunternehmers sowie das Datum der letzten Kontrolle dieser Nachunternehmer [optional: z.B. durch einen entsprechenden Eintrag im Bautagebuch].

Weiterhin ist der Auftragnehmer verpflichtet, vor Ausführung des Auftrages dem Auftraggeber Arbeitnehmerlisten vorzulegen, in denen er angibt, welche Arbeitnehmer er bei der Ausführung beschäftigen wird. Ziel der Arbeitnehmerlisten ist die Möglichkeit eines Abgleiches bei eventuellen späteren Kontrollen nach Absatz (4).

- (5) Der Auftraggeber ist berechtigt, jederzeit stichprobenweise oder anlassbezogene Kontrollen durchzuführen. In diesen Fällen ist der Auftragnehmer auf Verlangen des Auftraggebers verpflichtet, ihm umfassend Auskunft zu erteilen und entsprechende eigene Nachweise und Dokumente sowie Nachweise und Dokumente der von ihm eingesetzten Nachunternehmen einschließlich aller sozialversicherungsrechtlich relevanten Nachweise vorzulegen. In diesem Zusammenhang erklärt sich der Auftragnehmer bereit, dem Auftraggeber auch jederzeit auf dessen Verlangen eine Eigenerklärung darüber abzugeben, dass er die unter Abs. (1) genannten Vorschriften einhält.

Der Auftragnehmer hat durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen, dass seine Arbeitnehmer bei eventuellen Kontrollen bereit sind, Eigenerklärungen zum Erhalt des Mindestlohnes und zu den sie betreffenden Versicherungen abzugeben.

- (6) Der Auftraggeber ist berechtigt, sich bei den vorgenannten Überprüfungen und Kontrollen eines beauftragten Dritten zu bedienen.

Der Auftraggeber verpflichtet sich zum vertraulichen Umgang mit den eingereichten Unterlagen sowie dazu, den von ihm eingesetzten Dritten entsprechend zu verpflichten.

- (7) Der Auftragnehmer hat seine Nachunternehmer ebenso zur Einhaltung der vorgenannten Bedingungen zu verpflichten. Insbesondere, aber nicht ausschließlich, hat er sicherzustellen, dass Nachunternehmer den vorgenannten Kontrollen einschließlich der Vorlage von Nachweisen und Dokumenten zustimmen und ihre

Arbeitnehmer ebenfalls zur Abgabe der unter Abs. (4) geregelten Eigenerklärungen verpflichten.

Dies gilt auch im Hinblick auf die Einhaltung der Pflichten durch etwaige Nachunternehmer des Nachunternehmers.

Sämtliche vorgenannten Verpflichtungen gelten somit mit Weitergabeverpflichtung.

- (8) Der Auftragnehmer stellt den Auftraggeber und seine Mitarbeiter hinsichtlich aller Schäden, Kosten, Aufwendungen usw., die diesem durch die Inanspruchnahme aufgrund einer Verletzung der unter Abs. (1) benannten Bestimmungen durch den Auftragnehmer bzw. seine Nachunternehmer entstehen, frei bzw. haftet für einen entsprechenden Schadensersatz. Die Freistellungs- und Ersatzverpflichtung umfasst auch mögliche Rechtsverteidigungskosten sowie Geldbußen für den Fall von Verfahren gegen den Auftraggeber.
- (9) Im Falle eines Verstoßes gegen die vorgenannten Regelungen ist der Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung dieses Vertrages (optional bei Rahmenverträgen: dieses Rahmenvertrages sowie der darauf beruhenden Einzelverträge) berechtigt. Alternativ steht ihm das Recht zu, gemeinsam mit dem Auftragnehmer Maßnahmen zur Verhinderung von zukünftigen Verstößen zu vereinbaren und zu kontrollieren und erst bei einem erneuten Verstoß von seinem Kündigungsrecht Gebrauch zu machen.

[xxx] Besondere Vertragsbedingungen nach dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG)

- (1) Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung der diesem Vertrag beigelegten Besonderen Vertragsbedingungen zum Mindeststundenentgelt (**Anlage W**), der Besonderen Vertragsbedingungen zur Frauenförderung (**Anlage X**), der Besonderen Vertragsbedingungen zur Verhinderung von Benachteiligungen (**Anlage Y**) sowie der Besonderen Vertragsbedingungen über Kontrollen und Sanktionen nach dem BerlAVG (**Anlage Z**).
- (2) Der Auftraggeber möchte eine einheitliche Vertragskontrolle sicherstellen und ist daher abweichend von den Besonderen Vertragsbedingungen über Kontrollen und Sanktionen nach dem BerlAVG (**Anlage Z**) berechtigt, die Durchführung von Kontrollen über die Einhaltung der Besonderen Vertragsbedingungen betreffend die **Anlage W**, **Anlage X** und **Anlage Y** ebenfalls nach Maßgabe von § X Abs. 4 bis 6 vorzunehmen; der Auftragnehmer hat die Durchsetzbarkeit der Kontrollrechte entsprechend sicherzustellen.
- (3) Der Auftraggeber und/oder die zentrale Kontrollgruppe des Landes Berlin haben abweichend von vorstehendem Abs. 2 und ggf. anderer, in diesem Vertrag festgelegter Kollisionsregelungen, in jedem Einzelfall das Wahlrecht, ausschließlich die Anwendung der Besonderen Vertragsbedingungen über Kontrollen und Sanktionen nach dem BerlAVG (**Anlage Z**) zu verlangen und die darin geregelten Rechte auszuüben.

Bezeichnung Vergabeverfahren	Qualifizierungssystem Herstellung und Lieferung von Sekundärtechnik - Schalt-schranken für Kundenumspannwerke
Veröffentlichungsnummer (eVergabe)	2026000671
Bieter/Bietergemeinschaft	

**Besondere Vertragsbedingungen (BVB)
zum Mindeststundenentgelt und zur Tariftreue**

- 1. Verpflichtung zur Zahlung bestimmter Mindeststundenentgelte und bestimmter tarifvertraglicher Entgelte**
 - 1.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seinen für den Auftrag eingesetzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern während der Ausführung dieses Auftrags die folgend benannten Mindeststundenentgelte und/oder tarifvertraglicher Entgelte zu zahlen:
 - 1.1.1 Es sind bei der Ausführung wenigstens diejenigen Entlohnungsregelungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die nach dem jeweils Anwendung findenden Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag oder einer nach § 7, § 7a oder § 11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder einer nach § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden.
 - 1.1.2 Unabhängig vom Sitz des Betriebes und vom Ort der Erbringung der Arbeitsleistung ist mindestens die Entlohnung (einschließlich der Überstundensätze) nach den Regelungen des Tarifvertrags, der im Land Berlin auf das entsprechende Gewerbe anwendbar ist zu zahlen; im Einzelnen werden die in der Anlage zu diesen Vertragsbedingungen aufgeführten Entlohnungsregelungen der beigefügten „Tarifbroschüre(n) zum tariftreuepflichtigen Entgelt“ vereinbart. Zu den tariftreuepflichtigen Entgelten gehören neben der Grundvergütung auch alle weiteren Entlohnungsbestandteile, insbesondere Zulagen, Zuschläge und Sonderzahlungen, die neben dem regulären Entgelt für die erbrachte Arbeitsleistung gezahlt werden. Insgesamt sind diese den einzelnen branchenbezogenen Broschüren „Tariftreuepflichtiges Entgelt“ zu entnehmen. Darüber hinaus gehende Zahlungen wie zusätzliches Urlaubsgeld, vermögenswirksame Leistungen, Reisekostenersatz oder sonstige Spesen gehören nicht dazu. Sie sind nicht in den Broschüren „Tariftreuepflichtiges Entgelt“ enthalten und daher nicht zu berücksichtigen. Sofern sie vom Auftragnehmer gezahlt wurden, sind sie herauszurechnen.
 - 1.1.3 Es ist den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des Auftrages mindestens das Mindestentgelt je Zeitstunde in Höhe von 13,69 Euro brutto zu bezahlen.
 - 1.2 Treffen den Auftragnehmer mehr als eine der unter 1.1.1, 1.1.2 und 1.1.3 genannten Verpflichtungen, so ist die für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer günstigste Regelung maßgeblich.

- 1.3 Die vorstehenden Verpflichtungen bestehen nicht, soweit die Leistungen im Ausland erbracht werden.

2. Übertragung der Verpflichtung auf die eingesetzte Unterauftragnehmerkette

- 2.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine Unterauftragnehmer und/oder Verleiher von Arbeitskräften zur Einhaltung der Verpflichtung nach der vorstehenden Nr. 1 zu verpflichten.
- 2.2 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine Unterauftragnehmer und/oder Verleiher von Arbeitskräften zu verpflichten, mit etwaigen Unterauftragnehmern eine Vereinbarung nach 2.1 zu treffen, so dass die Einhaltung der Vorgaben für die gesamte Unterauftragnehmerkette sichergestellt ist.
- 2.3 Ein Unterauftragnehmer und/oder Verleiher von Arbeitskräften ist zur Einhaltung der Vereinbarungen nicht zu verpflichten, wenn
- 2.3.1 der betreffende Unterauftrag vergaberechtsfrei ist im Sinne der §§ 107, 109, 116, 117, 137, 140 sowie § 145 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB),
 - 2.3.2 der Auftragnehmer bzw. der weitervergebende Unterauftragnehmer die Vertragsbedingungen des Unterauftragnehmers anerkennen muss, um die Leistung erfüllen zu können,
 - 2.3.3 der betreffende Unterauftrag im Fall einer Liefer- oder Dienstleistung den Wert von 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) oder im Fall einer Bauleistung den Wert von 50.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) unterschreitet.
- 2.4 Der Auftragnehmer hat über die Übertragung der Verpflichtung nach 2.1 und 2.2 bzw. über das Vorliegen einer Ausnahme nach 2.3 auf Anforderung einen Nachweis zu erbringen.
- 2.5 Verstößt ein Unterauftragnehmer oder Verleiher von Arbeitskräften des Auftragnehmers gegen seine nach 2.1 und 2.2 vereinbarten Verpflichtungen nach 1, so werden diese dem Auftragnehmer zugerechnet.

Hinweis: Die Vertragsbedingungen über die Kontrolle der vorstehenden Verpflichtungen sowie Sanktionsmöglichkeiten im Falle eines Verstoßes sind Gegenstand der Unterlage „Besondere Vertragsbedingungen (BVB) über Kontrollen und Sanktionen nach dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG)“, mit der die hiesige Anlage zu einer Einheit verbunden wird.

Anlagenverzeichnis

Maßgebliche Tariffbroschüre(n) zum tariftreuepflichtigen Entgelt nach 1.1.2

Bezeichnung Vergabeverfahren/Los	Qualifizierungssystem Herstellung und Lieferung von Sekundärtechnik - Schaltschränken für Kundenumspannwerke
Veröffentlichungsnummer (eVergabe)	2026000671
Bieter/Bietergemeinschaft	

Besondere Vertragsbedingungen (BVB) zur Frauenförderung

Der Auftragnehmende verpflichtet sich,

- das geltende Gleichbehandlungsrecht zu beachten.
- sicherzustellen, dass zur Vertragserfüllung eingeschaltete Nachunternehmer sich abhängig von der Unternehmensgröße gemäß § 3 Frauenförderverordnung (FFV) zur Durchführung von Maßnahmen gemäß § 2 FFV und zur Einhaltung der Verpflichtungen nach § 4 FFV bereit erklärt. Eine Verletzung dieser Verpflichtung durch den/die Nachunternehmer/-in wird der oder dem Auftragnehmenden zugerechnet.
- abhängig von der Unternehmensgröße gemäß § 3 Frauenförderverordnung (FFV) eine oder mehrere der in § 2 FFV aufgeführten Maßnahmen der Frauenförderung und/oder der Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie durchzuführen.

Hinweis: Die Vertragsbedingungen über die Kontrolle der vorstehenden Verpflichtungen sowie Sanktionsmöglichkeiten im Falle eines Verstoßes sind Gegenstand der Unterlage „Besondere Vertragsbedingungen (BVB) über Kontrollen und Sanktionen nach dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG)“ mit der die hiesige Anlage zu einer Einheit verbunden wird.

Erklärung gem. § 1 Abs. 2 der Frauenförderverordnung (FFV)

Hiermit erkläre(n) ich/wir Folgendes:

- Zutreffendes bitte ankreuzen -

A Anwendbarkeit von § 13 Abs. 1 LGG

Im Unternehmen sind i.d.R. mehr als 10 Arbeitnehmer/-innen) beschäftigt (ausschließlich der zu Ihrer Berufsbildung Beschäftigten)

- ☐ Ja
- ☐ Nein (keine weiteren Angaben erforderlich)

B Falls ja, bitte folgende weitere Angaben:

I. Beschäftigungszahl¹

Im Unternehmen sind in der Regel beschäftigt:

- über 500 Beschäftigte (-> gemäß § 3 Absatz 1 FFV sind drei der in § 2 FFV genannten Maßnahmen zur Förderung von Frauen und/oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auszuwählen, davon mindestens eine Maßnahme der Nummer 1 bis 6)	<input type="checkbox"/>
- über 250 bis 500 Beschäftigte (-> gemäß § 3 Absatz 2 FFV sind drei der in § 2 FFV genannten Maßnahmen zur Förderung von Frauen und/oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auszuwählen)	<input type="checkbox"/>
- über 20 bis 250 Beschäftigte (-> gemäß § 3 Absatz 3 FFV sind zwei der in § 2 FFV genannten Maßnahmen zur Förderung von Frauen und/oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auszuwählen)	<input type="checkbox"/>
- über 10 bis 20 Beschäftigte (-> gemäß § 3 Absatz 4 FFV ist eine der in § 2 Nummer 1 bis 20 FFV genannten Maßnahmen zur Förderung von Frauen und/oder der Vereinbarkeit von Beruf und Familie auszuwählen)	<input type="checkbox"/>

¹ Bei der Feststellung der Beschäftigtenzahl ist § 23 Abs. 1 Satz 4 des Kündigungsschutzgesetzes zu berücksichtigen.

II.

Maßnahmen zur Frauenförderung und/oder zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie

In meinem/unserem Unternehmen wird/werden während der Durchführung des Auftrags folgende Maßnahme(n) gemäß § 2 FFV durchgeführt oder eingeleitet:

1.	Umsetzung eines qualifizierten Frauenförderplans	<input type="checkbox"/>
2.	verbindliche Zielvorgaben zur Erhöhung des Frauenanteils an den Beschäftigten in allen Funktionsebenen	<input type="checkbox"/>
3.	Erhöhung des Anteils der weiblichen Beschäftigten in gehobenen und Leitungspositionen	<input type="checkbox"/>
4.	Erhöhung des Anteils der Vergabe von Ausbildungsplätzen an Bewerberinnen	<input type="checkbox"/>
5.	Berücksichtigung von weiblichen Auszubildenden bei der Übernahme in ein Arbeitsverhältnis zumindest entsprechend ihrem Ausbildungsanteil	<input type="checkbox"/>
6.	Einsetzung einer Frauenbeauftragten	<input type="checkbox"/>
7.	Überprüfung der Entgeltgleichheit im Unternehmen mit Hilfe anerkannter und geeigneter Instrumente	<input type="checkbox"/>
8.	Angebot von Praktikumsplätzen für Mädchen und junge Frauen, insbesondere in Berufen, in denen Frauen unterrepräsentiert sind	<input type="checkbox"/>
9.	Teilnahme an anerkannten und geeigneten Maßnahmen und Initiativen, die Mädchen und junge Frauen für männlich dominierte Berufe interessieren sollen	<input type="checkbox"/>
10.	spezielle Bildungsmaßnahmen nur für Frauen, die zur Erreichung qualifizierter Positionen befähigen sollen	<input type="checkbox"/>
11.	Bereitstellung der Plätze bei sonstigen betrieblichen Bildungsmaßnahmen für Frauen zumindest entsprechend ihrem Anteil an den Beschäftigten	<input type="checkbox"/>
12.	Bereitstellung der Plätze außerbetrieblicher, vom Betrieb finanzierter Bildungsmaßnahmen für Frauen zumindest entsprechend ihrem Anteil an den Beschäftigten	<input type="checkbox"/>
13.	bevorzugte Berücksichtigung von Frauen beim beruflichen Aufstieg nach erfolgreichem Abschluss einer inner- oder außerbetrieblichen Bildungsmaßnahme	<input type="checkbox"/>
14.	Angebot flexibler, den individuellen Bedürfnissen entsprechender Gestaltung der Arbeitszeit	<input type="checkbox"/>
15.	Angebot alternierender Telearbeit	<input type="checkbox"/>
16.	Möglichkeit befristeter Teilzeitarbeit, vorzugsweise vollzeitnah, mit Rückkehroption in eine Vollzeitarbeit, auch in Führungspositionen	<input type="checkbox"/>
17.	Kontakthalteangebote, Möglichkeit zur Teilnahme an betrieblicher Fortbildung, zu Vertretungseinsätzen und Rückkehrvereinbarungen für Beschäftigte in Elternzeit	<input type="checkbox"/>
18.	Bereitstellung betrieblicher oder externer Kinderbetreuung, auch für Arbeitszeiten außerhalb der üblichen Öffnungszeit der regulären Kinderbetreuung	<input type="checkbox"/>
19.	Bereitstellung geeigneter Unterstützung und Flexibilität am Arbeitsplatz für Beschäftigte, die Erziehungs- und Pflegeaufgaben wahrnehmen	<input type="checkbox"/>
20.	Umwandlung geringfügiger Beschäftigungsverhältnisse in mindestens Teilzeitarbeitsplätze	<input type="checkbox"/>

21.	Vermeidung einer überproportionalen Verringerung des Frauenanteils an der Gesamtzahl der Beschäftigten bei Personalabbaumaßnahmen	<input type="checkbox"/>
-----	---	--------------------------

III. Weitere vertragliche Verpflichtungen

Ich/Wir erkläre(n) mich/uns darüber hinaus mit folgenden Verpflichtungen gem. § 4 FFV einverstanden:

1. Der oder die Auftragnehmende hat das geltende Gleichbehandlungsrecht zu beachten.
2. Sofern sich der oder die Auftragnehmende zur Vertragserfüllung eines Unterauftragnehmers oder einer Unterauftragnehmerin bedient, hat er sicherzustellen, dass die Unterauftragnehmer/-innen sich nach Maßgabe von § 3 FFV zur Durchführung von Maßnahmen gem. § 2 FFV und zur Einhaltung der Verpflichtungen nach § 4 FFV bereit erklären. Eine schuldhafte Verletzung dieser Verpflichtung durch die Nachunternehmer/-innen wird den Auftragnehmenden zugerechnet.
3. Auf Verlangen der Vergabestelle hat der oder die Auftragnehmende die Einhaltung der übernommenen vertraglichen Verpflichtungen nach der Frauenförderverordnung in geeigneter Form nachzuweisen.

IV. Rechtliche Hindernisse (Erforderlichenfalls anzugeben)

An der Durchführung folgender Maßnahmen unter II. bzw. an der Übernahme folgender Verpflichtungen nach III. bin ich/sind wir gem. § 5 Abs. 2 FFV aus rechtlichen Gründen gehindert:

Begründung:

(auf Verlangen nachzuweisen)

Ort:

Datum:

, ,

(Name des Erklärenden; Funktion des Erklärenden; Unternehmensbezeichnung)

Bezeichnung Vergabeverfahren	Qualifizierungssystem Herstellung und Lieferung von Sekundärtechnik - Schaltschränken für Kundenumspannwerke
Veröffentlichungsnummer (eVergabe)	2026000671
Bieter/Bietergemeinschaft	

Besondere Vertragsbedingungen (BVB) zur Verhinderung von Benachteiligungen

1. Verpflichtung, Benachteiligungen zu verhindern

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

- 1.1 die bundes- und landesrechtlichen Bestimmungen über allgemeine Benachteiligungsverbote, insbesondere das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, zu beachten,
- 1.2 seinen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei gleicher oder gleichwertiger Arbeit gleiches Entgelt zu zahlen. Tarifvertragliche Regelungen bleiben davon unberührt.

2. Übertragung der Verpflichtung auf die eingesetzte Unterauftragnehmerkette

- 2.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine Unterauftragnehmer und/oder Verleiher von Arbeitskräften zur Einhaltung der Verpflichtung nach der vorstehenden Nummer 1 zu verpflichten.
- 2.2 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, seine Unterauftragnehmer und/oder Verleiher von Arbeitskräften zu verpflichten, mit etwaigen Unterauftragnehmern eine Vereinbarung nach 2.1. zu treffen, so dass die Einhaltung der Vorgaben für die gesamte Unterauftragnehmerkette sichergestellt ist.
- 2.3 Ein Unterauftragnehmer und/oder Verleiher von Arbeitskräften ist zur Einhaltung der Vereinbarungen nicht zu verpflichten, wenn
 - 2.3.1 der betreffende Unterauftrag vergaberechtsfrei ist im Sinne der §§ 107, 109, 116, 117, 137, 140 sowie 145 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen,
 - 2.3.2 der Auftragnehmer bzw. der weitervergebende Unterauftragnehmer die Vertragsbedingungen des Unterauftragnehmers anerkennen muss, um die Leistung erfüllen zu können,
 - 2.3.3 der betreffende Unterauftrag im Fall einer Liefer- oder Dienstleistung den Wert von 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) oder im Fall einer Bauleistung den Wert von 50.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) unterschreitet.

2.4 Der Auftragnehmer hat über die Übertragung der Verpflichtung nach 2.1 und 2.2 bzw. über das Vorliegen einer Ausnahme nach 2.3 auf Anforderung einen Nachweis zu erbringen.

2.5 Verstößt ein Unterauftragnehmer oder Verleiher von Arbeitskräften des Auftragnehmers gegen seine nach 2.1 und 2.2 vereinbarten Verpflichtungen nach 1., so werden diese dem Auftragnehmer zugerechnet.

Hinweis: Die Vertragsbedingungen über die Kontrolle der vorstehenden Verpflichtungen sowie Sanktionsmöglichkeiten im Falle eines Verstoßes sind Gegenstand der Unterlage „Besondere Vertragsbedingungen (BVB) über Kontrollen und Sanktionen nach dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG)“ mit der die hiesige Anlage zu einer Einheit verbunden wird.

Bezeichnung Vergabeverfahren	Qualifizierungssystem Herstellung und Lieferung von Sekundärtechnik - Schaltschränken für Kundenumspannwerke
Veröffentlichungsnummer (eVergabe)	2026000671
Bieter/Bietergemeinschaft	

Besondere Vertragsbedingungen (BVB) über Kontrollen und Sanktionen nach dem Berliner Ausschreibungs- und Vergabegesetz (BerlAVG) zu den Vertragsanlagen:

„Besondere Vertragsbedingungen (BVB) zum Mindeststundenentgelt und zur Tariftreue“

„Besondere Vertragsbedingungen (BVB) zur Verhinderung von Benachteiligungen“

„Besondere Vertragsbedingungen (BVB) zur Frauenförderung“

1. Kontrolle

1.1 Umfang der Kontrolle

Der Auftraggeber und der Auftragnehmer vereinbaren (unter Bezugnahme auf die Verpflichtungen gem. § 15 BerlAVG), dass die Einhaltung der nachfolgend benannten Vertragsbedingungen durch den Auftraggeber oder die zentrale Kontrollgruppe des Landes Berlin kontrolliert werden kann:

- 1.1.1 Zahlung einer Entlohnung an die zur Auftragsausführung eingesetzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach denjenigen Entlohnungsregelungen einschließlich des Mindestentgelts, die nach dem jeweils Anwendung findenden Mindestlohngesetz, einem nach dem Tarifvertragsgesetz mit den Wirkungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes für einen allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag oder einer nach § 7, § 7a oder § 11 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes oder einer nach § 3a des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes erlassenen Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden;
- 1.1.2 Zahlung einer Entlohnung an die zur Auftragsausführung eingesetzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach den Regelungen des Tarifvertrags, der im Land Berlin auf das entsprechende Gewerbe anwendbar ist;
- 1.1.3 Zahlung eines Mindeststundenentgelts an die zur Auftragsausführung eingesetzten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (ohne Auszubildende) in der vereinbarten Höhe;
- 1.1.4 - *entfällt* -
- 1.1.5 Maßnahmen zur Frauenförderung und/oder der Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie;
- 1.1.6 - *entfällt* -

- 1.1.7 Übertragung der übernommenen Verpflichtungen an Unterauftragnehmer und/oder Verleiher von Arbeitskräften und Weitergabe dieser Verpflichtung entlang der Unterauftragnehmerkette (bezüglich der Zahlung bestimmter Mindeststundenentgelte und bestimmter tarifvertraglicher Entgelte; bezüglich der Frauenfördermaßnahmen; bezüglich der in diesem Formblatt enthaltenen Vereinbarungen auf Unterauftragnehmer und/oder Verleiher von Arbeitskräften und Weitergabe dieser Verpflichtung entlang der Unterauftragnehmerkette).

1.2 Durchführung der Kontrolle

- 1.2.1 Der Auftraggeber oder die zentrale Kontrollgruppe des Landes Berlin kontrollieren die Einhaltung der unter Nummer 1.1 aufgeführten Vertragsbedingungen, indem sie die für die Überprüfung erforderlichen Unterlagen anfordern oder die für die jeweilige Kontrolle bereitzuhaltenden Unterlagen vor Ort in den Geschäftsräumen des Auftragnehmers bzw. Unterauftragnehmers einsehen.
- 1.2.2 Der Auftragnehmer bzw. der Unterauftragnehmer hat bei der Kontrolle mitzuwirken, indem er die Unterlagen vollständig und prüffähig vorhält, die erforderlich für die Überprüfung sind, ob die in Nummer 1.1 benannten vereinbarten Vertragsbedingungen eingehalten wurden.
- 1.2.3 Die Kontrollen erfolgen in Absprache mit dem Auftragnehmer bzw. Unterauftragnehmer. Dazu setzt der Auftraggeber oder die zentrale Kontrollgruppe angemessene Fristen für die Zusendung oder die Bereitstellung der für die Prüfung erforderlichen Unterlagen unter Berücksichtigung des Aufwands für den Auftragnehmer oder den Unterauftragnehmer. Die Frist für die Zusendung oder Bereitstellung der Unterlagen beträgt mindestens 21 Tage. Beauftragt der Auftraggeber einen Dritten, die Kontrollen für ihn durchzuführen, so teilt er dem Auftragnehmer dies vorab unter Nennung der Kontaktdaten mit.

1.3 Für die Kontrolle erforderliche Unterlagen

Die vollständigen und prüffähigen Unterlagen bestehen in der Regel bei der Kontrolle auf Einhaltung

- 1.3.1 der Zahlung des gesetzlichen Mindestlohns oder des Vergabemindestentgeltes aus:
- Arbeitsverträgen
 - Entgeltnachweisen
 - Arbeitszeitrachweisen;
- 1.3.2 eines Entgelts nach einem einzuhaltenden Tarifvertrag zusätzlich zu den Unterlagen aus:
- Dokumenten zur Zugehörigkeit in eine Lohngruppe/ Entgeltgruppe
 - den einschlägigen Tarifverträgen;
- 1.3.3 der Weiterverpflichtung der gesamten Unterauftragnehmerkette aus:
- der vertraglichen Verpflichtung des Unterauftragnehmers oder Verleihers von Arbeitskräften und deren gesamten Unterauftragsnehmerkette bezüglich der zu kontrollierenden Verpflichtungen;
 - ggf. Unterauftragnehmervverträgen, Bestellscheinen oder Rechnungen;
- 1.3.4 - entfällt -

1.3.5 der Maßnahmen zur Frauenförderung und/oder zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie aus:

- Unterlagen, aus denen jeweils die konkrete Maßnahme zur Frauenförderung und/oder zur Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nachweisbar hervorgeht
- Arbeitsverträgen
- ggf. Nachweis der Anzahl der im Betrieb beschäftigten Personen;

Zusätzlich zu den in den unter 1.3.1 bis 1.3.5 genannten Unterlagen können je nach Einzelfall weitere Unterlagen für eine schlüssige Kontrolle erforderlich sein.

1.4 Datenschutz

Bei der Durchführung und Dokumentation der Kontrolle werden mögliche Geschäftsgeheimnisse gewahrt. Ebenso werden personenbezogene Daten nur zu Kontrollzwecken verarbeitet und nur den unmittelbar mit den Kontrollen zuständigen Beschäftigten des öffentlichen Auftraggebers bzw. der zentralen Kontrollgruppe zugänglich gemacht. Die Grundsätze der Datensparsamkeit und der Datensicherheit werden beachtet.

Sofern datenschutzrechtlich geboten, ist der Auftragnehmer berechtigt, in den unter 1.3 genannten Unterlagen enthaltene Angaben zu schwärzen (beispielsweise Religionszugehörigkeit), soweit diese Angaben zur Kontrolle der Einhaltung der Pflichten nach dem BerlAVG nicht notwendig sind.

1.5 Mitwirkung des Auftragsnehmers bzw. Unterauftragnehmers bei der Kontrolle

Der Auftragnehmer bzw. Unterauftragnehmer hat an den Kontrollen mitzuwirken (siehe auch 1.2). Dies beinhaltet neben der Bereitstellung und Übermittlung der unter Nummer 1.3 genannten Unterlagen auch, dass der Auftragnehmer bzw. Unterauftragnehmer alle datenschutzrechtlichen Voraussetzungen für die Verarbeitung von personenbezogenen Daten seiner zur Auftragserfüllung eingesetzten Beschäftigten zu Zwecken der Kontrollen erfüllt, indem er diese insbesondere auch über die Möglichkeit von Kontrollen unterrichtet und aufklärt. Diese Verpflichtung hat der Auftragnehmer ebenso innerhalb der gesamten für den Auftrag beauftragten Unterauftragsnehmerkette zugunsten des Auftraggebers und der zentralen Kontrollgruppe weiterzugeben. Der Auftragnehmer trägt die durch die Kontrolle ggf. verursachten Kosten; der Auftraggeber trägt die ihm durch die Kontrolle entstandenen Kosten selbst.

2. Sanktionen

2.1 Umfang der Sanktionen

Auftraggeber und Auftragnehmer vereinbaren, dass der Auftraggeber den Auftragnehmer sanktionieren kann für den Fall, dass dieser schuldhaft gegen die in Nummer 1.1.1 bis 1.1.7 benannten Vertragsbedingungen verstößt. Dies gilt ebenso für einen Verstoß gegen die Regelungen der Unterlage „*Besondere Vertragsbedingungen (BVB) zur Verhinderung von Benachteiligungen*“, sowie einen Verstoß gegen die Mitwirkungspflicht an Kontrollen gemäß Nummer 1.2. Als Sanktionsmöglichkeit kommen die Vertragsstrafe, Kündigung oder Rücktritt, sowie Schadensersatz oder Minderung nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen in Betracht.

2.2 Vertragsstrafe

2.2.1 Auftraggeber und Auftragnehmer vereinbaren für jeden unter Nummer 2.2.2 benannten schuldhaften Verstoß gegen die Verpflichtungen aus den in Nummer 2.1 aufgeführten Besonderen Vertragsbedingungen eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 Prozent der an den Auftragnehmer zu zahlenden Vergütung (ohne Umsatzsteuer). Ausgenommen von dieser Vereinbarung sind Verstöße gegen Entlohnungsvereinbarungen nach 2.1 i.V.m. Nummer 1.1.1 der Besonderen Vertragsbedingungen zum Mindeststundenentgelt und zur Tariftreue sowie gegen die Besonderen Vertragsbedingungen zur Verhinderung von Benachteiligungen nach Nummer 2.1.

2.2.2 Ein Verstoß liegt jeweils vor,

2.2.2.1 wenn die Entlohnung nach einem Tarifvertrag mit Geltungsbereich im Land Berlin nicht in der vereinbarten Höhe an einen zur Auftragsausführung eingesetzten Beschäftigten gezahlt wurde. Dies gilt je beschäftigter Person je Vertragslaufzeit (Nummer 1.1.2 der Besonderen Vertragsbedingungen zum Mindeststundenentgelt und zur Tariftreue);

2.2.2.2 wenn das vergaberechtliche Mindeststundenentgelt nicht in der vereinbarten Höhe an einen zur Auftragsausführung eingesetzten Beschäftigten gezahlt wurde. Dies gilt je beschäftigter Person je Vertragslaufzeit Nummer 1.1.3 der Besonderen Vertragsbedingungen zum Mindeststundenentgelt und zur Tariftreue);

2.2.2.3 - *entfällt* -

2.2.2.4 wenn entgegen der vereinbarten „Besonderen Vertragsbedingung zur Frauenförderung“ die verlangte(n) Maßnahme(n) zur Förderung von Frauen und/oder zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht nachweislich durchgeführt oder eingeleitet wurde(n). Dies gilt je Maßnahme je Vertragslaufzeit;

2.2.2.5 - *entfällt* -

- 2.2.2.6 wenn gegen die Pflicht zur Übertragung übernommener Verpflichtungen auf Unterauftragnehmer und/oder Verleiher von Arbeitskräften und Weitergabe dieser Verpflichtung entlang der Unterauftragnehmerkette verstoßen wurde, bezüglich der Zahlung bestimmter Mindeststundenentgelte und bestimmter tarifvertraglicher Entgelte; bezüglich der Frauenfördermaßnahmen; bezüglich der Übertragung der in diesem Teil der Besonderen Vertragsbedingungen enthaltenen Vereinbarungen auf Unterauftragnehmer und/oder Verleiher von Arbeitskräften und Weitergabe dieser Verpflichtung entlang der Unterauftragnehmerkette;.
- 2.2.2.7 wenn entgegen der Verpflichtung nach Nummer 1.2 nicht an den Kontrollen zur Einhaltung der unter Nummer 1.1 aufgeführten Vertragsbedingungen mitgewirkt wurde, durch vollständige oder teilweise unterlassene Übermittlung von Unterlagen zu Kontrollzwecken trotz mindestens zweimaliger Aufforderung mit erfolgloser angemessener Fristsetzung oder die fehlende Gestattung des Zugangs zu den Unterlagen im Falle einer Vor-Ort-Kontrolle.
- 2.2.3 Der Auftragnehmer ist zur Zahlung einer Vertragsstrafe auch für den Fall verpflichtet, dass der Verstoß durch einen von ihm eingesetzten Unterauftragnehmer oder einen Verleiher von Arbeitskräften oder durch einen Unterauftragnehmer in dessen Unterauftragnehmerkette schuldhaft begangen wird.
- 2.2.4 Ist die verwirkte Vertragsstrafe für einen Verstoß unverhältnismäßig hoch, so ist sie vom Auftraggeber auf einen angemessenen Betrag herabzusetzen. In Ausübung seines Ermessens wird der Auftraggeber mindestens folgende Faktoren berücksichtigen:
- (a) Dauer des Verstoßes,
 - (b) Art, Ausmaß und Art der Ausführung des Verstoßes (z. B. Organisationsgrad),
 - (f) Grad des Verschuldens,
 - (g) vorausgegangene Verstöße,
 - (h) vor dem Verstoß getroffene, angemessene und wirksame Vorkehrungen zur Vermeidung und Aufdeckung von Verstößen des Auftragnehmers und/oder der Unterauftragnehmer,
 - (i) positives Nachtatverhalten des Auftragnehmers und/oder der Unterauftragnehmer (insbesondere Bemühungen, den erfolgten Verstoß aufzudecken sowie nach dem Verstoß getroffene Vorkehrungen zur effektiven Vermeidung und Aufdeckung von entsprechenden Verstößen in der Zukunft).

Die Ausübung des Ermessens wird im Rahmen einer Gesamtabwägung erfolgen. Bei nachweislich existenzgefährdender mangelnder wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit des Auftragnehmers kann die Vertragsstrafe ebenfalls abgesenkt werden, wenn Ratenzahlung, Stundung oder andere Zahlungserleichterungen nicht ausreichen und die tatangemessene Vertragsstrafe kausal für die Existenzgefährdung wäre.

2.2.5 Die Summe der Vertragsstrafen für die Verstöße darf insgesamt 5 Prozent der an den Auftragnehmer zu zahlenden Vergütung (ohne Umsatzsteuer) nicht überschreiten. Auf diese maximale Höhe der Vertragsstrafe von 5 Prozent wird eine auf der Grundlage weiterer Vertragsbedingungen verwirkte Vertragsstrafe angerechnet; soweit nicht anders geregelt, werden hier verwirkte Vertragsstrafen auch auf die maximale Höhe der Vertragsstrafen angerechnet, welche auf der Grundlage weiterer Vertragsbedingungen verwirkt werden.

2.2.6 Es gelten zudem die §§ 339 ff. BGB.

2.3 Kündigung; Rücktritt

2.3.1 Der Auftraggeber kann bei einem Verstoß gegen die unter Nummer 2.1 aufgeführten vereinbarten Vertragsbedingungen nach seiner Wahl bzw. nach der Art des zugrundeliegenden Vertrages den Vertrag, für den diese Bedingungen gelten, kündigen oder von diesem Vertrag zurücktreten. Die Kündigung bzw. der Rücktritt ist erst nach erfolglosem Ablauf einer zur Abhilfe bestimmten Frist oder nach erfolgloser Abmahnung zulässig. Die Bestimmung einer Frist zur Abhilfe und eine Abmahnung sind entbehrlich, wenn besondere Umstände vorliegen, die unter Abwägung der beiderseitigen Interessen die sofortige Kündigung bzw. den sofortigen Rücktritt rechtfertigen.

2.3.2 Die in Nummer 2.2.2 bezüglich der Vertragsstrafe aufgeführten Verstöße bilden Regelbeispiele für Gründe, die zur Ausübung der Ansprüche nach Nummer 2.3.1 berechtigen.

2.4 Minderung; Schadensersatz

2.4.1 Der Auftraggeber kann bei einem Verstoß gegen die unter Nummer 2.1 aufgeführten Vertragsbedingungen nach seiner Wahl bzw. der Art des zugrundeliegenden Vertrages eine angemessene Minderung der Vergütung oder Schadenersatz verlangen. Ausgenommen von diesen Ansprüchen sind Verstöße gegen Entlohnungsvereinbarungen nach Nummer 2.1 i.V.m. Nummer 1.1.1 der Besonderen Vertragsbedingungen zum Mindeststundenentgelt und zur Tariftreue sowie Maßnahmen zur Verhinderung von Benachteiligungen nach Nummer 2.1.

2.4.2 Die in Nummer 2.2.2 bezüglich der Vertragsstrafe aufgeführten Verstöße bilden Regelbeispiele für Gründe, die zur Ausübung der Ansprüche nach Nummer 2.4.1 berechtigen.

Verfahren: 2026000671 - Qualifizierungssystem Herstellung und Lieferung von
Sekundärtechnik- Schaltschränken für Kundenumspannwerke

EIGNUNGSKRITERIEN

1 Mindestkriterien (MK) zur Eignung [Mussangabe]

Ausschlusskriterium

MK1 Befähigung zur Berufsausübung - einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

MK1.1 Aktueller Eintrag aus dem Berufs- oder Handelsregister des Herkunftslandes bzw. Vorlage einer entsprechenden Bescheinigung

MK1.2 Aktueller Nachweis des Finanzamtes über die Zahlung von Steuern oder gleichwertige Bescheinigungen des Ursprungs- oder Herkunftslandes.

MK1.3 Aktueller Nachweis des Sozialversicherungsträgers über die Zahlung von Krankenkassenbeiträgen, Unfallversicherungsbeiträgen und Rentenversicherungsbeiträgen oder gleichwertige Bescheinigungen des Ursprungs- oder Herkunftslandes.

MK1.4 Eigenerklärung zur Einhaltung der Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 08.04.2022 zur Änderung der Verordnung (EU) 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren

MK1.5 Eigenerklärung zur Eignung, zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen sowie zu Maßnahmen der Selbstreinigung

MK1.6 Verschwiegenheitserklärung

MK2 finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit - Bankauskunft/Versicherung en/Umsatz/Bürgschaften/et c.

MK2.1 Eigenerklärung, über das Bestehen bzw. Abschließen und Aufrechterhalten einer Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden einer Versicherungsgesellschaft mit Firmensitz in der EU.
Ein Nachweis zum Bestehen des Versicherungsschutzes erfolgt unaufgefordert durch Vorlage einer entsprechenden Bestätigung der Versicherung im Auftragsfall spätestens 14 Tage nach Zuschlagserteilung.

MK2.2 Eigenerklärung durch Eigenangaben des Bewerbers, dass der durchschnittliche Gesamtjahresumsatzes des Bewerbers innerhalb der letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre mindestens 2.000.000,00 Euro netto betragen hat.
(Vorbehalt zur Nachforderung der kompletten konsolidierten Geschäftsberichte (oder vergleichbar) insbesondere Anhängen, Wirtschaftsprüferfreigaben und Kommentaren, etc.)

MK3 Formblatt 7.2 - Technische und berufliche Leistungsfähigkeit - Ausstattung, Fachkräfte, Zertifikate

MK3.1 Eigenerklärung, dass der Bewerber bestätigt, das Knowhow und entsprechend ausgebildetes Personal zu haben, um die folgenden übergreifenden externen Vorschriften
- VDEW Empfehlungen für Maßnahmen zur Herabsetzung von Transienten Überspannungen in Sekundärleitungen (TÜ) innerhalb von Hochspannungsschaltanlage n,
- DIN EN 61936 VDE 0101,
- EMVG,
- FTEG,
- FuAG,
- EN 60297,
- DIN EN 61439 VDE 0660-600,
und die folgenden besonderen Technischen Ausführungsrichtlinien
- Erdung und Potentialausgleich gemäß TB 3548,
- Beschriftung und Kennzeichnung in Umspannwerken gemäß KG 4048,
- Kennzeichnung von elektrischen Betriebsmitteln der Energieverteilung gemäß TB 3605,
- Beschriftung und Kennzeichnung in Umspannwerken gemäß TB 3606, Zugelassene Klemmen gemäß TB 3549 Anlage 4,
- Ausrüstung von Umspannwerken gemäß TB 3549,
- Kennzeichnung und Ordnung von Schaltungsunterlagen gemäß TB 3604
zur Herstellung der Sekundärtechnik-Schaltschränke einzuhalten.

MK3.2 Eigenerklärung, dass der Bewerber in der Lage ist die Abwicklung des Gesamtauftrages auf der Grundlage einschlägiger EN- und DIN-Normen, einschlägiger deutscher oder europaweit harmonisierter vergleichbarer technischer Regelwerke, Vorschriften und Richtlinien durchzuführen.

MK3.3 Eigenerklärung, dass der Bewerber eine Prüf- und Nachbereitungsfläche zur Bemusterung/Werkprüfung für die gefertigten Sekundärtechnik-Schaltschränke in einem Radius von 500 km um Berlin vorhalten kann.

MK3.4 Eigenerklärung, dass der Bewerber über eine jährliche Fertigungskapazität von mindestens 100 Schaltschränken, die mit den in diesem PQ-Verfahren beschriebenen technischen Anforderungen vergleichbar sind, verfügt.

MK3.5 Nachweis durch Vorlage des aktuell gültigen Zertifikates, dass der Bewerber ein eingeführtes und durch betriebliche Anweisungen umgesetztes, zertifiziertes Qualitätsmanagementsystem entsprechend der DIN EN ISO 9001-er Reihe oder gleichwertig betreibt.

MK3.7 Nachweis durch Vorlage des aktuell gültigen Zertifikates, dass der Bewerber ein eingeführtes und durch betriebliche Anweisungen umgesetztes Sicherheits-, Gesundheits- und Umweltschutzmanagementsystem entsprechend der DIN ISO 45001 oder gleichwertig betreibt.

MK3.8 Eigenerklärung, dass der Bewerber im Auftragsfall in der Lage ist:

a) die Vertragsabwicklung auch in allen Unterlagen und im Schriftverkehr in deutscher Sprache durchzuführen und Personal zu den erforderlichen Terminen vor Ort (Stadtgebiet Berlin) bereit zu stellen

b) Projektpersonal in ausreichender Anzahl zu stellen:

- das technisch und kommerziell verhandlungssicher deutsch spricht (mind. C1) und im Bedarfsfall an Projektbesprechungen und technischen Abstimmungen vor Ort (Stadtgebiet Berlin) teilnimmt,

- das bei erkennbaren Gefährdungen des Projektablaufs kurzfristig an Klärungsgesprächen vor Ort (Stadtgebiet Berlin) teil nimmt und das über die gesamte Projektlaufzeit erreichbar ist.

c) im Bedarfsfall Aufsichtspersonal für Montage-, Prüf- und Inbetriebsetzungsarbeiten zu stellen, welches technisch sicher deutsch spricht und zur Auftragsabwicklung in ausreichender Anzahl zur Verfügung steht.

MK4 Formblatt 7.1 Technische und berufliche Leistungsfähigkeit - Referenzen

Info: Die Auswahl, der zur Beurteilung der Mindestkriterien heranzuziehenden Referenzen erfolgt seitens des Bewerbers durch Eintragung der jeweiligen Referenzen in den Bewerberbogen. Referenzen der ausschreibenden Stelle sind ausdrücklich zugelassen.

MK4.1 Nachweis projektvergleichbare Referenz. Die Referenz ist projektvergleichbar, wenn diese mindestens die folgenden Anforderungen beinhaltet:

- a) Die Referenz umfasst ein Projekt in der Verdrahtungstechnik zum Umgang mit flexiblen Leitungen und - Aderendhülsen in Kabelkanälen innerhalb von Sekundärtechnik-Schaltschränken.
- b) Die Referenz beinhaltet die Fertigung von mindestens 5 Schränken (freistehend und mit einer Breite zwischen 600 und 1200 mm)
- c) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.

MK4.2 Nachweis mindestens einer projektvergleichbaren Referenz. Die Referenz ist projektvergleichbar, wenn diese mindestens die folgenden Anforderungen beinhaltet:

- a) Die Referenz umfasst ein Projekt mit Kundenspezifischen Komponenteneinbau, wobei folgende Geräte in den Sekundärtechnik-Schaltschränken mit 19-Zoll-Technik und Montageplatten verbaut wurden: Leitungsschutzschalter, Hilfsrelais, Durchgangsklemmen, Messertrennklemmen, Prüfsteckdosen, Stromschienen
- b) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.

MK4.3 Nachweis mindestens einer projektvergleichbaren Referenz. Die Referenz ist projektvergleichbar, wenn diese mindestens die folgenden Anforderungen beinhaltet:

- a) Die Referenz umfasst hinsichtlich der Fertigungstechnik Projekterfahrung bei der Verarbeitung (Stanzung) von Metallplatten mit Bedien- und Anzeigeelementen wie z.B. Taster, Stellungsmelder, Um- oder Schlüsselschalter gemäß individueller Kundenvorgaben.
- b) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.

MK4.4 Nachweis mindestens einer projektvergleichbaren Referenz. Die Referenz ist projektvergleichbar, wenn diese mindestens die folgenden Anforderungen beinhaltet:

- a) Die Referenz umfasst die Lieferung von Sekundärtechnik-Schaltschränken und/oder Wandschaltschränke für ein Umspannwerk oder Netzknoten.
- b) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.
- c) Der Gesamtauftragswert der Referenz beträgt mindestens 200.000,00 EUR/netto.

Die vorgenannten Mindestkriterien zur Eignung werden durch Eintragung im Bewerberbogen und durch Einreichung der entsprechenden Nachweise erfüllt.

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

2 Bewertungskriterien zur Eignung (BK)

Info: Von sämtlichen eingereichten Referenzen werden je Bewertungskriterium max 3 Referenzen zu Bewertung herangezogen. Die Auswahl, der zur Bewertung heranzuziehenden Referenzen erfolgt seitens des Bewerbers, durch Eintragung der jeweiligen Referenzen in den Bewerberbogen.

Referenzen der ausschreibenden Stelle sind ausdrücklich zugelassen.

Die zur Bewertung heranzuziehenden Nachweise werden unabhängig von den Referenzen einmalig bewertet. Bei Punktgleichheit behält sich die ausschreibende Stelle vor, eine etwaige Entscheidung durch Auslosung vorzunehmen.

BK4.1 Nachweis weiterer projektvergleichbarer Referenzen. Die Referenz ist projektvergleichbar, wenn diese mindestens die folgenden Anforderungen beinhaltet:

- a) Die Referenz umfasst ein Projekt in der Verdrahtungstechnik zum Umgang mit flexiblen Leitungen und - Aderendhülsen in Kabelkanälen innerhalb von Sekundärtechnik-Schaltschränken.
- b) Die Referenz beinhaltet die Fertigung von mindestens 5 Schränken (freistehend und mit einer Breite zwischen 600 und 1200 mm)
- c) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.

BK4.2 Nachweis weiterer projektvergleichbarer Referenzen. Die Referenz ist projektvergleichbar, wenn diese mindestens die folgenden Anforderungen beinhaltet:

- a) Die Referenz umfasst ein Projekt mit Kundenspezifischen Komponenteneinbau, wobei folgende Geräte in den Sekundärtechnik-Schaltschränken mit 19-Zoll-Technik und Montageplatten verbaut wurden: Leitungsschutzschalter, Hilfsrelais, Durchgangsklemmen, Messertrennklemmen, Prüfsteckdosen, Stromschienen
- b) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.

BK4.3 Nachweis weiterer projektvergleichbarer Referenzen. Die Referenz ist projektvergleichbar, wenn diese mindestens die folgenden Anforderungen beinhaltet:

- a) Die Referenz umfasst hinsichtlich der Fertigungstechnik Projekterfahrung bei der Verarbeitung (Stanzung) von Metallplatten mit Bedien- und Anzeigeelementen wie z.B. Taster, Stellungsmelder, Um- oder Schlüsselschalter gemäß individueller Kundenvorgaben.
- b) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.

BK4.4 Nachweis weiterer projektvergleichbarer Referenzen. Die Referenz ist projektvergleichbar, wenn diese mindestens die folgenden Anforderungen beinhaltet:

- a) Die Referenz umfasst die Lieferung von Sekundärtechnik-Schaltschränken und/oder Wandschaltschränke für ein Umspannwerk oder Netzknoten.
- b) Die Referenz ist vollständig geliefert/erbracht bzw. abgeschlossen und wurde nach dem Jahr 2018 schluss-/abgenommen.
- c) Der Gesamtauftragswert der Referenz beträgt mindestens 200.000,00 EUR/netto.

BK3.6 Nachweis durch Vorlage des aktuell gültigen Zertifikates, dass der Bewerber ein bestehendes Umweltmanagementsystem entsprechend der DIN EN ISO14001:2005-06 oder gleichwertig betreibt

Die maximal erreichbare Gesamtpunktzahl beträgt 27.

Die vorgenannten Bewertungskriterien zur Eignung werden vollständig oder teilweise erfüllt - siehe Eintragungen im Bewerberbogen. Die Bewertung Anhand der Tabelle MK_BK_PQ_SSKÜW habe ich/haben wir zur Kenntnis genommen.

- ☐ Keine Angabe (0)
- ☐ Ja (0)
- ☐ Nein (0)

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	01 Ausschreibungsunterlagen. zip	78,76 MB	zip
Dateianlage	Formblatt_9_Verschwiegenheitserklärung.docx	56,03 KB	docx